

PROTOKOLL

über die 23., ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Donnerstag,
dem 16. Dezember 1976, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 13.30 Uhr

Öffentliche Sitzung

Anwesend:

VORSITZENDER:

Bürgermeister Franz Weiss

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:

Heinrich Schwarz
Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Rudolf Fürst
Anna Kaltenbrunner
Konrad Kinzelhofer
Manfred Wallner
Leopold Wippersberger
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Alfred Baumann
Johann Brunmair
Maria Derflinger
Vinzenz Dresl
Franz Enöckl
Ing. Wolfgang Fahrnberger
Karl Feuerhuber
Ernst Fuchs
Karl Holub
Walter Kienesberger
Johann Knogler-Kraxberger
Walter Köhler
Rudolf Luksch
Johann Manetsgruber
Franz Mayr

Erich Mayrhofer

Therese Molterer

Josef Radler

Friedrich Reisner

Erich Sablik

Hubert Saiber

Dr. Konrad Schneider

Johann Schodermayr

Herbert Schwarz

Dr. Alois Stellnberger

Otto Tremel

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Johann Eder

Magistratsdirektor-Stellvertreter

Senatsrat Dr. Helmut Schreibmüller

Senatsrat Dr. Kurt Wabitsch

Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat

Alfred Eckl

Präsidialdirektor Oberamtsrat

Roland Postler

Rechnungsdirektor Oberamtsrat

Ludwig Stary

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser

VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Ha-4100/76

Antrag auf Feststellung des Voranschlages der
Stadt Steyr für das Jahr 1977.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

Darf ich Sie bitten, die Plätze einzunehmen. Ich begrüße Sie zur heutigen Gemeinderatsitzung. Es ist die letzte in diesem Jahr. Wie immer möchte ich auch zur heutigen Sitzung sagen, es ist die wichtigste, denn hier geht es um die Entscheidungen, die im kommenden Jahr 1977 von der Finanzseite her zu treffen sind. Ich stelle fest, daß die Beschlußfähigkeit eindeutig gegeben ist. Eine Entschuldigung liegt vor von Frau Gemeinderät Liebl. Ansonsten ist mir keine Entschuldigung bekannt und der Gemeinderat dürfte sonst vollzählig anwesend sein. Ich begrüße auch die Vertreter der Presse zur heutigen Sitzung und darf vorschlagen, daß als Protokollprüfer die Herren Gemeinderäte Mayrhofer und Dr. Stellnberger fungieren. Ich sehe aus dem Nicken beider Herren, daß Sie mit dieser Beauftragung einverstanden sind. Bevor wir in die Sitzung eingehen, darf ich Ihnen noch die erfreuliche Mitteilung machen. Sie haben es vielleicht schon bemerkt, daß bereits das Protokoll von der 21. Sitzung am Montag, 8. 11., vorliegt und somit die Fristen wunschgemäß sehr kurz gehalten sind von der Sitzung bis zur Protokollausfolgung. Eine Maßnahme, die wir sehr begrüßen und wofür wir den zuständigen Beamten im Hause bzw. Bediensteten danken dürfen.

Ich möchte auch gleichzeitig darauf hinweisen, daß das Amtsblatt mit 1. 1. dieses Jahres, also mit Beginn der Jännernummer ein neues Gesicht bekommen hat, und zwar ist die etwas antiquierte Form im Kopf abgeändert worden auf eine einfachere. Sie werden in der nächsten Zeit Gelegenheit haben, das Amtsblatt selbst zu bekommen. Ich hoffe, daß Sie mit dieser Abänderung zufrieden sind. Das waren die Bemerkungen, die ich eingangs der Sitzung machen wollte. Naturgemäß gebührt es auch, die Beamtenschaft hier zu begrüßen, die mit der Vorbereitung zur heutigen Sitzung und bei der Abwicklung aller Geschäfte, die damit zusammenhängen, eng verbunden sind.

Bevor wir uns dem einzigen Tagesordnungspunkt zuwenden, nämlich der Behandlung des Voranschlages für die Stadt Steyr für das kommende Jahr 1977, darf ich noch zur Kenntnis bringen, daß mir ein Schreiben zugegangen ist, adressiert an den Gemeinderat von einem Herbert Mascher, Arbeiterbetriebsrat der Fa. GFM, Steyr, Dieselstraße 29. Es betrifft Erinnerung zum Budget 1977 der Stadt Steyr. Ich möchte nicht den ganzen Inhalt zur Kenntnis bringen, und zwar deshalb, weil ich zur Auffassung gelangt bin, daß es zum Budget direkt keinen Bezug hat, sondern erklärt wird, daß entsprechend der hier angeführten geschichtlichen Wahrheit, die aus den Veröffentlichungen des Ex-Außenministers Dr. Gruber abgeleitet werden, der Geschichtsunterricht in den Schulen abzuändern sei in der Form, daß bekanntgemacht wird, daß die Amerikaner sich gegen den Abschluß des Staatsvertrages seinerzeit gewendet haben und die Sowjetunion seit eh und je dafür war. Nachdem es hier nicht in die Ingerenz des Gemeinderates fällt und auch nicht in die des Bürgermeisters, sondern in die des Bezirksschulkollegiums, werde ich dieses Schreiben dem Bezirksschulinspektor als Aufsichtsbehörde des Schulwesens übermitteln, der dafür weiter sorgen soll, inwieweit diesem Punkt entsprochen werden kann. Zweifelsohne steht fest, daß nicht der Gemeinderat für die Maßnahmen in dieser Richtung zuständig ist. Daher kann es auch nicht behandelt werden und ist auch kein direkter Zusammenhang zum Budget erkennbar. Ich werde daher dem Herrn Bezirksschulinspektor, nachdem er ja selbst Gemeinderat ist, diese Aufgabe ohne Diskussion zuweisen (BEILAGE A).

Damit kommen wir zur Tagesordnung selbst. Wir werden nun den einzigen Tagesordnungspunkt zu behandeln haben und ich bitte den Referenten, Herrn Stadtrat Fürst, um seine Antragstellung bzw. um die nötigen Aufklärungen. Bevor das

geschieht, noch ein kleiner technischer Hinweis. Das Mikrofon wird hier am Rednerpult aufgestellt und wird die ganze Zeit während der Sitzung dort stehen bleiben. Wenn sich jemand zur Diskussion meldet, so bitte ich schon jetzt, zum besseren Verständnis der Protokollführung, sich des Mikrofons zu bedienen, indem der Diskussionsteilnehmer das Rednerpult aufsucht. Damit ist diese technische Aufklärung von mir gegeben. Ich bitte nun den Referenten um seinen Bericht.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Hochgeschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Das Jahr geht seinem Ende zu, damit ist die Zeit gekommen, wo es eine Verpflichtung des Gemeinderates ist, für das kommende Jahr 1977, einen Haushaltsvoranschlag zu erstellen bzw. zu beschließen. Dies sagt der § 49 des Stadtstatutes aus. Laut Absatz 2 dieses Paragraphen sind dem Voranschlag der Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen, die Fonds der Stadt, denen keine Rechtspersönlichkeit zukommt, der Dienstpostenplan, die Wirtschaftspläne des Städt. Wirtschaftshofes und der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr angegliedert sowie der Wirtschaftsplan der Gemeinn. Wohnungsgenossenschaft der Stadt Steyr nachrichtlich ausgewiesen.

Bei der Erstellung des Voranschlages 1977 wurden natürlich sämtliche rechtlichen Notwendigkeiten beachtet und erfüllt. Darüber hinaus wurde der Entwurf zum Voranschlag bereits geraume Zeit vor seiner Einbringung am 18. 11. in den Senat allen Fraktionen zugeleitet. Daraus resultierende Forderungen fanden einen größtmöglichen Niederschlag im vorliegenden Budget. Die öffentliche Auflage des Voranschlages erbrachte weder Einwendungen noch Erinnerungen zum Voranschlag.

Soweit meine Ausführungen über die Erstellung des Voranschlages selbst. Der Voranschlag 1977 stellt das Ergebnis von Bemühungen dar, die finanziellen Möglichkeiten der Stadt mit den kommunalen Zielsetzungen und unbedingten Notwendigkeiten in ein tragbares und zielführendes Verhältnis zueinander zu bringen. Diese Bemühungen können, da zur völligen Realisierung vieler gewiß wünschenswerter Ziele auch im kommenden Rechnungsjahr 1977 u. a. Voraussetzungen auch die nötigen Einnahmen fehlen und der Kreditmarkt, aus naheliegenden Gründen, nicht unbegrenzt in Anspruch zu nehmen ist, nur ein Versuch des Ausgewogensens zwischen der in allen Sparten der Verwaltung gebotenen Sparsamkeit und überlegter Ausgaben bzw. Investitionen sein.

Der ordentliche Haushalt ist ausgeglichen, der außerordentliche Haushalt schließt mit einem Abgang. Soweit eine allgemeine Aussage zum Voranschlag und nun zu den konkreten Zahlen. Da Ihnen, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, der eingebrachte Haushaltsvoranschlag 1977 jedem bis ins kleinste Detail vorliegt, kann ich mich, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, bei meinem Vortrag auf wesentliche Fakten beschränken. Ich danke für Ihr Verständnis.

Der Voranschlag 1977 ergibt folgendes Bild:

	<u>Gesamteinnahmen</u>	<u>Gesamtausgaben</u>
Ordentlicher Haushalt:	296, 890. 100, --	296, 890. 100, --
Außerordentlicher Haushalt:	89, 820. 200, --	108, 530. 000, --
Summe	386, 710. 300, --	405, 420. 100, --
Abgang des ordentlichen Haushaltes:	18, 709. 800, --.	

Durch Ausscheiden der im ordentlichen Haushalt enthaltenen Vergütungen zwischen den Verwaltungszweigen ergeben sich die Reineinnahmen bzw. Reinausgaben des Gesamthaushaltes. Die Summe der Vergütungen zwischen den Dienst-

zweigen beträgt S 17,552.000,-, sodaß Reineinnahmen von S 368,158.300,- und Reinausgaben von S 386,848.100,- verbleiben.

Zur Einnahmen-Entwicklung generell. Die Entwicklung der Einnahmen ist generell gesehen nach wie vor nicht befriedigend, wenngleich auch die Entwicklung Ende des Jahres, wie der Nachtragsvoranschlag zeigt, günstiger verläuft als auf Grund der Ergebnisse 1975 für das Budgetjahr 1976 angenommen werden konnte. Es müssen doch noch rund 59 % der Vorhaben im aoH mit Krediten finanziert werden. Dies ist nicht nur alleine eine Folge stagnierender Einnahmen, sondern findet einen großen Teil der Begründung darin, daß die Service-Leistungen der Stadt an Ihre Bürger in den letzten 10 Jahren in sehr starkem Maße ausgeweitet wurden. Im letzten Finanzausgleichsgesetz 1973 fand diese Entwicklung keinen finanziellen Niederschlag, weder seitens des Bundes noch des Landes. Diese Ausgaben stecken alle im oH und vergrößern sein Volumen in einer Weise, daß die Zuführung an den aoH unbefriedigend wird. Ein Beispiel dafür sind die Personalkosten bzw. der Personalstand, der in dieser Zeit eine Erhöhung um 100 Bedienstete alleine auf dem Service-Sektor erfuhr. So wurden 55 Neuaufnahmen im Zentralaltersheim, 25 in den Kindergärten, 10 in der Gärtnerei und 10 beim Reinigungspersonal durch Schul- und Kindergartenbau erforderlich. In diesem Lichte muß auch die Erhöhung der Personalkosten in diesem Zeitraum, neben der Gehaltsentwicklung im allgemeinen, gesehen werden. Den Einnahmen bzw. deren Entwicklung ist besonderes Augenmerk gewidmet, da ja schon in absehbarer Zeit ein neues Finanzausgleichsgesetz verhandelt wird, welches dann die Grundlage der künftigen Einnahmenentwicklung sein wird. Darum wurden auch von den zuständigen Stellen des Magistrates Versuche unternommen bzw. Maßnahmen zur Hebung der Einnahmen in der Richtung gesetzt, daß Mitte Juli 1976 dem österreichischen Städtebund eine schriftliche Aussage über die Erfahrungen mit dem FAG 1973 zuzuging. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Aufgaben der Städte unserer Größenordnung für ihr Gebiet Leistungen beinhalten, die weitgehend auch ihrem Umland zugutekommen. Es sei in diesem Zusammenhang auf den Brückenbau, den Straßenbau, die Errichtung des Hallenbades und der Kunsteisbahn und der Sporthalle, den Theaterbetrieb, wie die Volkshochschule u. a. hingewiesen. Diese Aufzählung erhebt aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Der Einwohnerzahl gemäß bzw. den Bestimmungen des FAG § 8 (3) beträgt der Vervielfältiger zur Volkszahl 2 und müßte aus diesem Titel wenigstens auf 2 1/3 erhöht werden. Angestrebt wird auch eine Erhöhung gem. § 18 (1) 7 des FAG für den Personen-Nahverkehr, schließen doch die Verkehrsbetriebe infolge allgemeiner Kostensteigerungen immer wieder mit Defiziten ab. Es wird auch darauf verwiesen, daß Steyr für sein Stadtgebiet als Bezirksverwaltungsbehörde tätig ist. Diese Tätigkeit erfordert einen nicht geringen Aufwand und wird bis heute vom Land Oberösterreich in keiner Weise abgegolten. Im Finanz- und Rechtsausschuß des österr. Städtebundes, im Sommer, bei Beratungen des Forderungskataloges der Städte an den Bund, anlässlich von Verhandlungen für ein neues FAG, wurde von mir darauf hingewiesen, daß mit der Valorisierung des FAG 1973, im Hinblick auf die heute schon zitierten erhöhten Serviceleistungen seitens der Städte an die Bevölkerung keineswegs ein Auslangen gefunden werden kann. In diesem Zusammenhang soll auch die Beseitigung der Landesumlage erreicht werden, eine Aussage die hier bereits bei der letzten Budgeterstellung getroffen wurde. Diese Forderungen haben alleine den Zweck, einerseits die von der Bevölkerung an die Stadt gerichteten Anliegen und Forderungen nach Dringlichkeit und Möglichkeiten zu erfüllen, andererseits aber die vorhandenen öffent-

lichen Mittel so aufzuteilen, daß den finanziell Schwächsten, den Städten und Gemeinden, diese Erfüllung auch ohne immer größer werdende Verschuldung möglich wird. Diese Forderungen können aber auf längere Sicht gesehen auch im Erfolgsfalle nur finanzielle Unterstützungen bringen, aber keine positive Beeinflussung des eigenen Steueraufkommens. Eine solche kann nur durch ein steigendes Wirtschaftswachstum bewirkt werden. Eine wirtschaftlich zunehmende Prosperität aber bedingt für sich günstige Voraussetzungen in unserer Stadt und ihrer Umgebung. Diese Voraussetzungen zu schaffen bedarf es aber der Hilfe von Bund und Land in einer Form, wie sie als Maßnahmen im Entwicklungsprogramm für Steyr und sein Umland enthalten sind. Die endliche bzw. ehebaldigste Realisierung der S 37, d. h. der zeitgemäße schnellstraßenmäßige Anschluß an den Raum Linz als wirtschaftliche Lebensader oder die Einbeziehung in das Nahverkehrskonzept für den öö. Zentralraum, als dessen fester Bestandteil, mit konkreten Aussagen über Form und Realisierungstermin, um nur einige dieser für die Zukunft Steyrs und der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Raum wichtigen Forderungen daraus zu nennen. Diese Forderungen zeigen die Hilfestellungen auf, die hier gebraucht werden und auf die Steyr infolge der in der Vergangenheit und bis heute erbrachten hohen Steuerleistung und ihrer industriellen Tradition ein Recht hat. Aber wir fordern nicht nur Hilfe, die Stadt tut auch von sich aus seinen Teil in dieser Richtung. Viele Maßnahmen dieses Voranschlags und Ansatzposten geben in der Besprechung der Ausgaben darüber Auskunft.

Der Vergleich mit dem Vorjahr ergibt nun folgendes Bild: Der Finanzertrag der Gebahrung für das Jahr 1977 ist gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1976 mit einer Summe von 324,466.100 um rund 5,7 Mill. höher, der wirksame Aufwand mit einer Summe von 352,522.900 um 25,8 Mill. 1977 wird der aoH mit einem Abgang von 18,7 Mill. ausgewiesen, für den erst Darlehensgeber gefunden werden müssen, während das Vorjahr mit dem Nachtrag als ausgeglichen ausgewiesen wurde. Bei dieser Darstellung wäre der Finanzertrag gegenüber dem Vorjahr statt um 5,7 Mill. um 24,4 Mill. höher.

Die Rücklagenbeanspruchung beträgt 9,367.000,-. Auf die Aufgliederung des Aufwandes im Detail soll bei der Besprechung der Einzelhaushalte eingegangen werden. Ich komme nun zur Besprechung des oH und darf mich mit der Betrachtung der Einnahmen näher befassen. Die eigenen Steuern in der Höhe von 89,725.000,- gegen den Nachtrag 1976 in der Höhe von 98,520.000,- sind scheinbar um 8,8 Mill. niedriger, da 1976 bedeutende Nachzahlungen bei der Grundsteuer von rund 8,8 Mill. und rund 2 Mill. bei der Gewerbesteuer für vergangene Jahre zu verzeichnen waren, ebenso bei der Grundsteuer B mit rund 7,85 Mill. Bei Außerachtlassung dieser Nachzahlungen kann das Steueraufkommen als leicht steigend bezeichnet werden. Im Vergleich zu 1975 ist eine wesentliche Verbesserung des Aufkommens durch die Erhöhung der Grundsteuer eingetreten. Die Grundsteuer A ist mit 165.000 im Jahre 1977 gegenüber 160.000 Schilling 1976 ausgewiesen, die Grundsteuer B mit 9,100.000 gegenüber 1976 mit Nachtrag mit 16,950.000 Schilling.

Das Aufkommen an Gewerbesteuer wurde auf Grund der Meßbetragsübersichten mit 26 Mill. rund für 1977 angenommen. Falls keine Gewerbesteuernachveranlagungen bedeutender Firmen für die vergangenen Jahre erfolgen, kann der veranschlagte Betrag als real bezeichnet werden. Die Lohnsummensteuer, weitaus größte Post des eigenen Steueraufkommens, erfuhr gegenüber 1976 eine Korrektur von 1 Mill. auf 41 Mill. 1977 nach oben.

Die anderen Sparten der eigenen Steuern, die Getränkesteuer mit 12 Mill., die

Lustbarkeitsabgabe mit S 550.000,-, die Hundesteuer mit S 110.000,-, die An-
kündigungsabgabe mit S 200.000,- und letzten Endes die Anzeigenabgabe mit
S 600.000,- für das Jahr 1977 ausgewiesen, erfuhren nur geringfügige Korrek-
turen gegenüber 1976 nach oben. Die Erhöhung bei den Gemeindeabgaben gegen
1976 um rund 3 Mill. auf S 20,881.000,- ist bedingt durch das Mehraufkommen
bei der Kanalbenützungsgebühr, ebenso dürfte bei den Zuweisungen eine Erhö-
hung eintreten.

Die größte Post der Einnahmen; die Abgabenertragsanteile wurden mit S 111 Mill.
veranschlagt, dies entspricht dem etwas erhöhten Aufkommen des Jahres 1976.
Wie schon vorher gesagt, erfuhr die Post "Zuschüsse und Beiträge von Gebiets-
körperschaften" eine Korrektur um 1 Mill. rund auf 9,435.200 nach oben. Die
Mieten und Pachten sowie die Pensionsbeiträge können mit 4,1 Mill. bzw. mit
1 Mill. nur unwesentlich nach oben geändert angenommen werden. Mit rund 2,8
Mill. werden die Verwaltungsstrafen niedriger als 1976 veranschlagt, da die
Eingänge von Geldstrafen im vorhinein kaum feststellbar sind. Ich würde auch
eine Spekulation mit einer erhöhten Straffälligkeit unserer Bürger, in der Hoff-
nung auf vermehrte Einnahmen, aus diesem Titel verwerflich finden, noch möch-
te ich in dieser Richtung durch Einsetzen einer höheren Voranschlagspost weder
finanzielle noch polizeiliche Erfolgsziele setzen. Zurückgegangen ist um rund
1 Mill. der Ansatz Zinsen für Guthaben auf rund 3,9 Mill., da 1976 Nachzahlun-
gen durch Abrechnung von Bauvorhaben der GWG fällig wurden. Bei der Position
Erträge aus Beteiligungen und Wertpapieren ist der normale Ertrag mit S 31.000
ausgewiesen. Eventuelle vorzeitige Verlosungserlöse können nicht geschätzt wer-
den. Für die Einnahmen aus Rückflüsse von Darlehen gilt dasselbe wie für die
Post Zinsenerträge. Die Ansätze für Rücklagenentnahmen sind jeweils in der Hö-
he der vorgesehenen Neuanschaffungen, für welche Rücklagen bestehen, anzuset-
zen.

Die Vergütung zwischen den Verwaltungszweigen, die um rund 1 Mill. höher ge-
genüber 1976 mit S 18,552.000,- angesetzt wurde, basiert auf den Arbeiten des
Städt. Wirtschaftshofes für die einzelnen Dienststellen. Soviel zu den Einnahmen.

Die Ausgaben des oH werden von der Post Personalaufwand dominiert. Er ist ge-
genüber dem Nachtragsvoranschlag 1976 von 115,387.000,- um 8,084.000,- auf
S 123,5 Mill. gestiegen und wird mit 41,6 % des Haushaltes angenommen. Das ist
im Vergleich mit Städten unserer Größenordnung sparsam anzusehen. Die Erhö-
hung ist bedingt durch die Bereitstellung von Mitteln für eine eventuell eintreten-
de allgemeine Bezugsregelung. Im übrigen darf ich auf meine Ausführungen über
den Personalstands- bzw. Personalkostenentwicklung bei meinen generellen Bud-
getbetrachtungen hinweisen.

Der Sach- und Zweckaufwand als zweitgrößte Ausgabenpost ist mit rund 107 Mill.
gegenüber 1976 um 1,3 Mill. für 1977 niedriger angesetzt. Es handelt sich bei
diesen Ausgaben um reine Pflichtausgaben, ein Charakteristikum fast aller Aus-
gaben im oH.

Bei den Gebäudeerhaltungs- und -benutzungskosten, mit S 9,865.000,- ausgewie-
sen, ist gegenüber 1976 eine Senkung eingetreten, die im wesentlichen auf nied-
riger veranschlagte Reinigungs- und Gebäudeerhaltungskosten beruhen.

Bei den Allgem. Amtserfordernissen ist mit einer Steigerung von S 245.000,- auf
S 3,688.000 nur der allgemeinen Teuerung Rechnung getragen. Die Zuführung an
die Rücklagen erfolgt nach den hierfür unverändert geltenden Richtlinien. Die Ver-
gütungen zwischen den Verwaltungszweigen ist infolge steigender Material- und
Lohnkosten bei der Straßenerhaltung und Reinigung und des Städt. Wirtschafts-

hofes um S 1 Mill. höher und zwar mit S 18;552.000,- angenommen. Die Zuführung an den aoH kann nur in der Höhe durchgeführt werden, als Mittel des oH hier übrig bleiben, es werden hier rund S 29,6 Mill. veranschlagt.

S 9,9 Mill. an Ausgaben im oH betreffen einmalige Anschaffungen, das sind rund 3,6 %. Ein Kriterium, welches allerdings Beachtung verdient, das ist der Zuschußbedarf in den einzelnen Verwaltungszweigen. Er beträgt bei den Sparten:

Allgem. Verwaltung rund	33,5 Mill. gegenüber 32,4 Mill. 1976
Öffentl. Ordnung und Sicherheit	4,4 Mill. gegenüber 4,1 Mill. 1976
Kulturwesen	8,1 Mill. gegenüber 7,9 Mill. 1976
Gesundheitswesen und körperl. Ertüchtigung	12,6 Mill. gegenüber 11,7 Mill. 1976
Bau-, Wohnungs- und Sied- lungswesen	12,9 Mill. gegenüber 10,9 Mill. 1976

Die Steigerung in diesen Verwaltungszweigen beruht hauptsächlich auf der Erhöhung der Gehälter und Löhne. So ist für eine eventuell eintretende allgemeine Bezugsregelung bei den Pensionen und Versorgungsgenüssen eine Erhöhung gegenüber 1976 um 1 Mill. auf 12,1 Mill. vorgesehen.

In der Gruppe Gesundheitswesen und körperl. Ertüchtigung ist für die Gesundheit unserer Bevölkerung ein laufender Aufwand von rund 10,5 Mill. vorgesehen, in diesem Betrag werden S 7,5 Mill. als Krankenanstaltenbeitrag ausgewiesen. Der laufende Aufwand für die körperliche Ertüchtigung wird mit rund S 2,6 Mill. veranschlagt. Im Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen sind fast die Hälfte der veranschlagten Mittel, rund S 8,1 Mill., der Erhaltung und Verbesserung von Gemeindestraßen und Wegen gewidmet.

Die Erhöhung des Zuschußbedarfes bei der Sozial- und Jugendhilfe auf 29,3 Mill. gegenüber 28,3 Mill. 1976 ist auf das ständige Steigen der Sozialhilferichtsätze und der Pflegekostensätze in den Heimen zurückzuführen.

Beim Zweig öffentliche Einrichtungen ist der Zuschußbedarf 1977 mit 6,939.000 rund 2,5 Mill. niedriger als Folge der Erhöhung der Kanalbenutzungsgebühren anzunehmen.

Bei den Wirtschaftl. Unternehmungen hat sich durch höhere Erträge bei den Verpachtungen der Bedarf etwas gesenkt und steht mit S 2,280.000,- zu Buche. Bei der Finanz- und Vermögensverwaltung sei nochmals auf die Landesumlage, die mit S 14 Mill., die unter Zugrundelegung der Finanzkraft von 1976 veranschlagt wurde, hingewiesen. In diesem Verwaltungszweig wird auch der Schuldendienst in der Höhe von S 15,1 Mill., resultierend aus 11,5 Mill. Darlehenszinsen, S 600.000,- Kreditkosten und 3 Mill. Tilgungsrate ausgewiesen. Der Schuldenstand der Gemeinde wird mit 31. 12. 1976 S 118,595.600,- voraussichtlich betragen. Markante Einzelpositionen mit wachsendem Zuschußbedarf in den einzelnen Verwaltungszweigen sollen aber einer näheren Betrachtung zugeführt werden.

Im Schulwesen, welches infolge von Einsparungen bei der Handelsschule und Handelsakademie eine Minderung von rund 86.000 Schilling aufweist, steigen, wie bei allen personalintensiven Einrichtungen, die Kosten. So bei der Fachschule für Damenkleidermacher und wirtschaftl. Frauenberufe um rund 350.000,- auf S 2,754.000,-, bei den Kindergärten und Horten um S 673.000,- auf S 7,478.500,-. In diesem Zusammenhang, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, darf ich vielleicht die Problematik der Finanzsituation der Kindergärten hier aufzeigen, sie gipfelt darin, daß einmal mehr die Stadtgemeinde es ist, die den zweitgrößten Zuschußbedarf einer gemeindeeigenen Einrichtung in der Höhe von rund S 7,5 Mill. zu tragen hat. Wie ist dies möglich, wo doch angeblich 75 % der Personalkosten vom Land Oberösterreich getragen werden? Es sind 75 % genau der

Kosten der diplomierten Kindergärtnerinnen nicht aber der des Hilfs- und Reinigungspersonals, auch nicht der nichtdiplomierten Kindergärtnerinnen. Das heißt in Zahlen ausgedrückt, von 60 Kindergärtnerinnen bezahlt das Land für 39 75 % der Kosten der 5. Gehaltsstufe. Sie können natürlich auch ermessen, daß Kindergärtnerinnen nicht in der 5. Gehaltsstufe stehenbleiben, sondern im Gehaltsschema wesentlich weiter nach oben wandern und daß auch anderes Personal im Kindergarten beschäftigt ist. Das sieht dann folgendermaßen aus: Die Gesamtpersonalkosten in den Kindergärten betragen S 10,807.000,-, der Zuschuß seitens der Gebietskörperschaften, sprich das Land OÖ., zahlt S 3,100.000, das sind nicht 75 % der Personalkosten sondern nur 28,6 %. Daher erneuere ich meinen Appell an das Land Oberösterreich in Sachen Übernahme der Personalkosten, im Interesse einer finanziellen Entlastung der Gemeinde endlich tätig zu werden.

Um beim Einzelzuschußbedarf von Gemeindeeinrichtungen zu bleiben, eine Erhöhung von S 79.000 auf S 1,677.000,- erfährt auch die Städt. Musikschule. Auch hier sehen wir einer Landeshilfe, ohne diese Einrichtung dem Lande überantworten zu müssen, mit großem Interesse entgegen.

Die Zentralbücherei erfordert auch um S 93.000,- mehr Zuschuß, nämlich S 1,199.500,-. Das Feuerwehrewesen erfordert S 1,780.400,-, das sind gegen 1976 um S 200.000,- mehr, natürlich ohne den Bedarf an Großgeräten und Großeinrichtungen, die auf anderer Seite zu Buche stehen.

Die Park- und Gartenanlagen einschließlich der Stadtgärtnerei erfordern S 4,691.000,- an Zuschüssen, das sind um S 792.000,- mehr als 1976. Dies ist ein nicht kleiner Betrag, der für ein Stück Lebensqualität ausgegeben wird. Bedauerlich ist nur, daß ein immer größer werdender Betrag in dieser Summe enthalten ist, um Schäden zu beseitigen und ganze Anlagen zu erneuern, die purer Zerstörungswut zum Opfer gefallen sind.

Neben den Ursachen für die Kostenerhöhungen, die bereits besprochen wurden, sind bei den einzelnen Verwaltungszweigen wie Stadttheater, Volkshochschule, Heimatmuseum, Altersheim mit S 10,110.000,- größter Zuschußbedarf, Jugendwanderherberge und Städt. Wirtschaftshof Senkungen des Zuschußbedarfes durch Einsparungen eingetreten.

Am Ende der Betrachtungen über die Ausgaben im oH müssen aber die verschiedenen Aktionen an die Bevölkerung mit rund S 1 Mill. Erwähnung finden, und zwar die Brennstoffaktion mit rund S 180.000,- und die sonstigen Aktionen mit rund S 400.000,-. Der außerordentliche Haushalt hat ein Volumen von rund S 108,5 Mill., er verzeichnet veranschlagte Einnahmen in der Höhe von S 89,820.200,- und weist daher einen Abgang von S 18,709.800,- auf. Unter der Voraussetzung, daß die im aoH vorgesehenen Vorhaben zur Gänze realisiert werden und nicht durch unvorhergesehene Mehreinnahmen abgedeckt werden, müssen für diesen Betrag Kreditgeber gefunden werden bzw. mehrere Kredite aufgenommen werden.

Die Einnahmen im aoH bestehen aus einem Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds in der Höhe von S 5 Mill., einer Entnahme aus der Rücklage zur Reinhaltung des Grund- und Quellwassers von S 1,7 Mill., einem Zuschuß für einen Feuerwehrrüstwagen seitens des Landes OÖ. von S 450.000,-, einer Entnahme von Rücklagen in der Höhe von S 12 Mill., einer Darlehensaufnahme von S 40 Mill., aus dem Verkauf von Liegenschaften ist S 1 Mill. zu erwarten und letztlich soll die Zuführung aus dem oH S 29,670.200,- bringen, was zusammen die Summe von S 89,820.000,- ergibt.

Die Ausgaben sollen eine Summe von S 108,530.000,- erreichen.

Der Schwerpunkt der Ausgaben liegt unzweifelhaft in der Verbesserung der Infrastruktur der Stadt und bedarf einer Ausgabensumme von S 46 Mill. für den Straßenbau und Kanalbau zusammen, wobei der Straßenbau mit S 26,8 Mill. zu Buche steht. Berücksichtigt man noch die S. 5 Mill. im oH für Straßen, so gibt Steyr im Jahre 1977 rund S 32 Mill. für seine Straßen und Brücken aus, eine Zahl, die in den nächsten Jahren infolge einer Zwangssituation am Brückensektor in Zwischenbrücken, eher größer denn kleiner werden wird.

Um nur einige der größten Vorhaben zu nennen, erfordert der Ausbau der Dukartstraße noch ca. S 5 Mill., der Anteil an den Bundesstraßen S 1,5 Mill., eine erste Brückenbaurate Zwischenbrücken S 4 Mill., der Ausbau der Ulriker Kreuzung - Hubergutstraße 1. Rate S 1 Mill., die Aschacher Straße inkl. Belichtung ca. S 1 Mill., der Autobusbahnhof, Baurate S 1,5 Mill., der Straßenbau Waldbrandsiedlung S 6 Mill. und der Straßenbau Leebergründe S 1 Mill. Als Planungskosten diverser Fußgeherübergänge stehen ebenfalls S 1,1 Mill. zur Verfügung.

Mit S 14,2 Mill. ist der Kanalbau im Rang der Schwerpunkte in der Strukturverbesserung am 2. Platz, wovon allein S 5 Mill. dem Kanalbau der Waldbrandsiedlung zugutekommen. Da dem Kanalbau auf den Leebergründen S 1,5 Mill. gewidmet sind, stehen dem Siedlungskanalbau fast 50 % der Gesamtsumme zur Verfügung, was zusammen mit dem Straßenbau einen finanziellen Schwerpunkt für die Erschließung neuer Siedlungsgebiete von S 14 Mill. ergibt.

Als zweite große Ausgabengruppe figuriert das Schul- und Kindergartenwesen im oH, wobei die Baurate für die Handelsschule und Akademie in der Höhe von S 30 Mill. den größten Einzelansatz bildet. Mit Bauraten von S 4 Mill. zur Promenadeschul-Erweiterung und einer Baurate von S 2 Mill. für den Lehrkindergarten zur Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen nebst anderen kleineren Voranschlagsposten, werden für diese Gruppe zusammen S 36,550.000,- veranschlagt.

Der Denkmalpflege und Altstadterhaltung sind allgemein S 3 Mill., dem alten Stadttheater bzw. einer Revitalisierungsrate speziell S 2 Mill. gewidmet. Mit dem Betrag von S 500.000,- für Maßnahmen zur Tausendjahrfeier sind sie zusammen dem Titel Denkmal- und Heimatpflege gewidmet.

Ich habe schon ausgeführt, daß rund S 46 Mill. in Steyr dem Straßen-, Brücken- und Kanalbau im Jahre 1977 zur Verfügung stehen. Eine Summe, die noch größer werden wird, wenn der Brückenbau Zwischenbrücken finanziell voll zum Tragen kommt. Dies ist eine sehr schwere Finanzbürde für die nächste Zukunft, sie muß aber getragen werden, soll Steyr im ö. Zentralraum bestehen können. Ich darf in diesem Zusammenhang auf meine Ausführungen hinweisen, die ich bereits anfangs meines Referates unter der Einnahmenentwicklung gemacht habe. Unter der Post 01 Hauptverwaltung ist die Fassadenrenovierung der Rathausfassade aus der Stadtbildpflege verborgen bzw. buchhalterisch so zugeordnet und mit S 450.000,- dotiert, ebenso die Revitalisierung des Hauses Ennskai 27, dessen Mauerpölung seit vielen Jahren zu bewundern ist, als Umbau Ennskai 27 mit S 4 Mill. veranschlagt. Der Größe des Finanzeinsatzes nach gereiht rangiert das Feuerwehrwesen mit S 4,2 Mill., wobei eine 1. Baurate des Bootshauses der Wasserwehr S 2 Mill., der Ankauf eines Rüstwagens S 1 Mill., der Neubau der Zeugstätte Christkindl bedingt den Ansatz von S 800.000,- und der Rest, also S 420.000,- als Restzahlung für die Alarmanlage der Feuerwehr.

Dem Wohnungswesen sind S 4 Mill. als Darlehen und Förderungsmittel zuge-dacht. Der Reparatur des Stadtbades sind S 1,2 Mill., ebenso der Erweiterung des Hallenbades, das heißt der Errichtung eines Lehrschwimmbeckens und der

Vergrößerung der Sauna, sind für die Planung und 1. Baurate S 2,5 Mill., also den Badeeinrichtungen zusammen S 3,7 Mill. gewidmet. Zum Ankauf von Liegenschaften sind Mittel in der Höhe von S 4,3 Mill. bereitgestellt.

Als erste Baurate ist der Ansatz von einer Million für Errichtung eines Veranstaltungsraumes für den Stadtteil Münichholz gedacht und S 1 Mill. steht unter Restaurierung Stadttheater im Ansatz, hier ist das Theater im Volkskino, wenn ich mich so ausdrücken darf, gemeint.

S 750.000,- sind als Restabwicklung für den Ankauf eines Röntgenbildverstärkers notwendig. S 760.000,- sind auch noch als Restzahlung zum Kostenbeitrag für den Wasserverband Steyrfluß vorzusehen. Die direkte Gewerbeförderung ist mit einem Betrag von S 500.000,- bedacht. Der Vollständigkeit halber seien noch 3 kleinere Ansatzposten im Siedlungswesen mit einer Gesamtsumme von S 450.000 erwähnt, ebenso eine 300.000-Schillingrate für den Einbau von Schutzräumen im Resthof, welche durch die ab 1977 geltende neue Bauordnung wieder Eingang in unserem Voranschlag gefunden hat.

Soweit, meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Besprechung der Ausgaben im aOH. Sosehr die Einnahmen, deren Ansteigen oder deren Rückgang die Hauptsorge der Stadt bzw. seiner Organe sind, so ist für die Wirtschaft die Ausgabenseite interessant, d. h. wieviel Geld wird im Jahr 1977 voraussichtlich in Form von Aufträgen und Bestellungen das Rathaus verlassen. Aus dem oH kommen rund 38 Mill., aus dem aOH 84,2 Mill., aus den Städt. Unternehmungen 12,1 und aus der GWG der Stadt Steyr 66 Mill., das sind zusammen rund S 200 Mill., die der Wirtschaft in Form von Aufträgen zugute kommen werden. Es bleibt nur zu hoffen, daß die Steyrer Wirtschaft in der Lage ist, sich den größten Teil der Aufträge in ihrem und unserem Interesse zu sichern.

Abschließend möchte ich darauf verweisen, daß dieser Voranschlag weitestmöglich den Realitäten angeglichen wurde. Die sogenannten Anmerkungsposten wurden womöglich klein angesetzt, und wenn eine Realisierung für dieses Rechnungsjahr nicht im Bereich des Möglichen schien, überhaupt nicht darin aufgenommen. Dies schon im Hinblick der Notwendigkeit einer dementsprechenden und zeitgerechten Kreditaufnahme.

Soweit meine Ausführungen zum ordentlichen und außerordentlichen Haushalt für das Jahr 1977. Weiters liegen zur Genehmigung vor, der Wirtschaftsplan der Stadtwerke. Der Erfolgsplan für das Jahr 1977 weist Aufwendungen in der Höhe von S 50,020.000,- auf. Zur Deckung der Verluste beim Stadtbad und der Kunsteisbahn sind an Gemeindegzuschüssen insgesamt S 3,4 Mill. veranschlagt (Stadtbad S 2,000.000,- und Kunsteisbahn S 410.000). Ein weiterer Verlust mit S 1,000.000,- betrifft den Verkehrsbetrieb. Im Finanzplan sind Investitionen in der Höhe von rund S 12,1 Mill. vorgesehen. Hievon entfallen u. a. 3,1 Mill. für den Ausbau des Wasserleitungsnetzes, 2 Mill. als Rate für den Bau eines Hochbehälters in der Waldrandsiedlung, S 2,8 Mill. für den Ausbau und die Erneuerung des Gasrohrnetzes. Desweiteren sind Beiträge für Ankäufe von Fahrzeugen und Geräten, für Instandhaltungs- und Aufforstungsarbeiten vorgesehen. Die Finanzierung der Investitionen ist buchmäßig mit Eigenleistungen und aus Abschreibungen und Rücklagen ausgewiesen.

Der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr ist mit Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von S 1,8 Mill. ausgeglichen.

Der Voranschlag der Dr. Wilhelm-Groß-Stiftung. Das Vermögen in der Höhe von S 243.800,- ergibt einen Zinsertrag von rund S 10.000,-, welcher an Stipendien zur Verteilung gelangen kann.

Der Dienstpostenplan. Einschließlich der Stadtwerke ist der Personalstand wie

folgt vorgesehen:

	Soll (1. 1. 1977)	Ist (1. 10. 1976)
Pragmatische Bedienstete	121	79
Vertragsbedienstete	554	540
Kollektivvertragsarbeiter	<u>16</u>	<u>16</u>
Summe der Vollbeschäftigten	691	635
Nebenberuflich Beschäftigte	14	14
Teilbeschäftigte: 17 Nebenlehrer		
<u>80</u> weitere Bedienstete		
97 (entsprechen 62 vollbe- schäftigten Vertragsbed.)	<u> </u>	<u> </u>
	705	711
	===	===

Der Sollbestand ist gegenüber 1976 gleich geblieben, der Iststand hat sich um 8 Bedienstete erhöht. Die Erhöhung ist bedingt durch die Aufnahme einer Kindergärtnerin und von zwei Lehrkräften (Abbau von Überstunden), einer Hausbesorgerin, eines Arbeiters für das Wasserwerk (Rohrnetzüberwachung) und Aushilfen für Mutterschaftsurlaube.

Ich habe schon in meinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß die Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr im Finanzplan Wohnungsbauten in der Höhe von S 66 Mill. vorsieht. Erträge und Aufwendungen sind mit S 60,4 Mill. ausgeglichen. Die jährliche Umsatzsteigerung ist auf die laufende Fertigstellung und Vergabe von Wohnungen zurückzuführen.

Zusammenfassend sei festgestellt, daß Sie, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, mit den Wirtschaftsplänen, welche ich Ihnen zum Schluß vortrug und dem Voranschlag, dem Gemeindehaushalt selbst, zusammen einer Summe von rund S 516 Mill., also über einer halben Milliarde, die Zustimmung, wie ich hoffe, geben werden. Ich darf nun den Antrag des Stadtsenates zur Verlesung bringen:

Ha-4100/76

Antrag auf Feststellung des Voranschlages
der Stadt Steyr für das Jahr 1977.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1977 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je	S 296,890.100
der außerordentliche Haushalt bei den Ausgaben mit	S 108,530.000
und bei den Einnahmen mit	<u>S 89,820.200</u>

daher mit einem Abgang von S 18,709.800 festgestellt, im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die mit den Sammelnachweisen zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städt. Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für Berufsschulen.

Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift Zl. 5209/1948 in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 50,020.000 und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 12,080.000, der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr in Einnahmen und Ausgaben mit je S 1,810.000 ausgeglichen sowie der Voranschlag der Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	500 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital	150 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

(BEILAGE B)

Ich bin nun am Ende meiner Ausführungen und ersuche nun den Herrn Bürgermeister, über den Voranschlag die Diskussion in die Wege zu leiten.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke dem Referenten Stadtrat Fürst für die ausführliche Behandlung und Vorlage seines Berichtes mit der damit verbundenen Antragstellung zum Voranschlag 1977. Üblicherweise wird nunmehr die Diskussion eröffnet und ich habe mir erlaubt, so wie nach der bisherigen Praxis, die sich bewährt hat, zunächst einmal die Fraktionssprecher der Reihe nach zum Wort vorzumerken und bitte als ersten Kollegen Kinzelhofer zum Rednerpult. Als weitere Sprecher Bürgermeister-Stellvertreter Fritsch, dann Gemeinderat Fuchs und Gemeinderat Tremml.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Finanzreferent der Stadt Steyr, Stadtrat Fürst, hat eine breit gefächerte Übersicht über den Voranschlag 1977 abgegeben. Er hat die Einnahmen kritisch beleuchtet, unsere Finanzsituation real dargestellt und schließlich die Vorhaben 1977 erläutert. Wie ich bereits zum Nachtragsvoranschlag für das heurige Jahr feststellen konnte, können wir auf einer soliden Budgetbasis aufbauen. Unsere Betriebe zeigen eine solide Entwicklung, Handel und Gewerbe konnten ihre Positionen halten, im Einzelfall sogar ausbauen und die Stadt Steyr hat ihr Profil als Einkaufsstadt wesentlich verbessert. Das ist aber nicht der Ausdruck besonderer Einzelinitiativen, sondern doch die Frucht einer jahrzehntelangen Ausbauphase, verbunden mit dem Fleiß und der Arbeitskraft unserer Bevölkerung. Solidität könnte also über den Voranschlägen der letzten Jahre, aber auch über den Budgetentwurf 1977 stehen und wir sind gut damit gefahren. Trotz aller Kritik, einiges versäumt zu haben, trotz der Aufforderung, die schon gemacht wurde, wir hätten mehr Schulden tätigen sollen; glaube ich, daß unsere Finanzpolitik, die seit 1945 von einem sozialistischen Referenten geprägt wird, die bessere war. Wir Sozialisten haben damit aber auch bewiesen, daß wir zu wirtschaften verstehen. Wir sind keine Verschleuderer von Steuergeldern, wir sind keine Ge-

schenkemacher und wir huldigen nicht dem Gießkannenprinzip bei Subventionen. Wir stellen bei allen Betrachtungen den Menschen, sein Wohl und seinen Arbeitsplatz in die Mitte unserer Erwägungen und das Ergebnis ist nicht schlecht. Als Betriebsrat des größten Unternehmens unserer Stadt weiß ich, daß es großer Anstrengungen bedarf, diese wirtschaftliche Ertragslage auch in Zukunft beizubehalten. Daher bin ich sehr dafür, daß wir bei unserem kommenden Budget nicht in den Fehler verfallen, einfach Wünsche in den Raum zu stellen, Vorhaben zu beginnen ohne zu wissen, wie die Sache zu Ende geführt werden kann. Es gibt schon eine Reihe von Gemeinden in Österreich, die dafür ein Beispiel bieten. Eine im Salzburgerischen gelegen, soll sogar schon unter der Aufsicht von Bankinstituten ihr Geld verwalten müssen. Bringen wir unsere Darlehensaufnahmen, die wir vorhaben, in Einklang mit dem, was wir erreichen können, bilden wir uns nicht ein, in einem Jahr alles beginnen zu müssen und überschätzen wir unsere finanziellen Kräfte auf keinen Fall.

Ich möchte daher auch die anderen Fraktionen um Verständnis bitten, daß wir manchen Wunsch, der sicherlich auch seine Berechtigung hat, nicht ins Budget aufgenommen haben. Wir müssen eben ehrlich sein, auch gegenüber unserer Bevölkerung. Optimismus besteht nicht darin, daß man Luftschlösser baut, Optimismus setzt eine sehr überlegte Einschätzung der Verhältnisse voraus. Wir glauben daher, unsere Einnahmen und unsere Ausgaben in den richtigen Einklang gebracht zu haben. Sollte sich eine Seite davon einschneidend verändern, werden wir selbstverständlich im Laufe des kommenden Budgetjahres darüber befinden können. Ich hoffe aber, daß es dann eine so positive und angenehme Entscheidung ist, wie die im Jahre 1976, nämlich über Mehreinnahmen beschließen zu können. Ergänzend zu diesen Ausführungen des Finanzreferenten Fürst werden noch andere Mitglieder meiner Fraktion einzelne Budgetkapitel besprechen. Ich kann mir daher ersparen, darauf einzugehen. Lediglich ein Gebiet, das mich selbst als stadträtlicher Referent betrifft, möchte ich kurz hervorheben, nämlich das des öffentlichen Nahverkehrs. Hier können wir doch eine stolze Bilanz vorlegen. Neueinführung der Linie Resthof, die anfangs, so zaghaft sie war, jetzt doch aufweist, daß 4.500 Fahrgäste monatlich diese Linie benützen. Wir können feststellen, daß die Einbindung des Wieserfeldes und Eysnfeld die Linie frequentiert. Aber auch die Eröffnung einer neuen Linie, seit dieser Woche wird die Christkindlsiedlung angefahren und die Verdichtung des Verkehrs zu unseren Bewohnern in der Waldrandsiedlung. Diese Linie wird zur Zeit vorerst hauptsächlich von Christkindl her von den Schülern benützt. Das ist bereits eine bestimmt erfreuliche Tatsache.

Vielleicht noch zwei Zahlen. Ich möchte Ihnen sagen, daß wir ca. im Jahr 3 Mill. Fahrgäste befördern und wir sind dieses Jahr 370.000 km gefahren. Dazu kommt noch der Ausbau einer Reihe von Haltestellen und Wartehäuschen. Wir haben diese Woche Gelegenheit, das Wartehäuschen oben am Tabor bei der Schule fertigstellen zu können. Damit ist ein Wunsch ...

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Kollege Treml, das sind die kleineren Sorgen. Wichtig ist, daß das Wartehäuschen steht für die Bevölkerung. Nicht zu übersehen der Baubeginn am zentralen Autobusbahnhof am Hessenplatz, bei dem alle öffentlichen Linien, also nicht nur die der Stadt, die 35 Mal diesen Bahnhof anfährt, sondern auch die der Bahn und

Post einmal zusammengeführt werden. Was für den Autofahrer leistungsfähige Straßen, für Gewerbe, Handel und Industrie aufnahmefähige Transportwege sind, ist für den Fußgänger einmal das öffentliche Verkehrsnetz, und hier glaube ich mit Recht sagen zu können, daß sich entscheidende Verbesserungen ergeben haben und wir selbstverständlich versuchen werden, dem Bürger noch in irgend einer Form entgegenzukommen. Ich hoffe, daß unsere Bevölkerung davon auch den Gebrauch macht, den wir uns erwarten.

Zum Abschluß meiner Ausführungen möchte ich noch die Zustimmung der sozialistischen Fraktion, die eine Reihe von Anregungen aus ihrer Mitte in diesem Voranschlagsentwurf 1977 enthalten sieht, geben. Bei dieser Gelegenheit danke ich dem stadträtlichen Finanzreferenten Kollegen Fürst für die Ausarbeitung des Voranschlages, die er im Verein mit den Mitarbeitern im Magistrat vorgenommen hat. Ein so umfassendes Finanzwerk, das den Pulsschlag unserer Stadt spiegelt, kann nicht von heute auf morgen aus dem Boden gestampft werden, es bedarf vieler Überlegungen und Gegenüberstellungen und dafür möchte ich im Namen meiner Fraktion danken. Wie gesagt, die sozialistische Fraktion stimmt dem vorgelegten Voranschlag 1977 zu.

Darf ich zum Abschluß, werte Damen und Herren, da ich noch am Wort bin, allen Bediensteten der Gemeinde zum bevorstehenden Weihnachtsfest alles Schöne wünschen und für das Jahr 1977 viel Erfolg und Gesundheit. Aber auch Ihnen, werte Damen und Herren, für das kommende Weihnachtsfest und den Jahreswechsel viel Gesundheit, ein schönes Fest und Erfolg.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Kinzelhofer für seine Ausführungen. Ich darf als nächsten Redner Herrn Kollegen Fritsch zum Rednerpult bitten.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates! Wenn heute der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1977 beschlossen wird, ist es meiner Meinung nach angebracht, doch einige Gedanken anzubringen, wie dieser, aber zum Teil auch die vorangegangenen Voranschläge, erstellt werden. Sie alle kennen die Vorgangsweise, daß ein sogenannter Beamtenentwurf verfertigt wird, daß daraus ein Entwurf entsteht, der sich in erster Linie mit den Vorstellungen der Mehrheitsfraktion nun decken wird, daß aber, und hier muß ich es anerkennend zum Ausdruck bringen, auch die anderen Fraktionen zur Stellungnahme aufgefordert werden. Es ist dies ein Vorgehen, das gerechtfertigt und im Sinne demokratischen Wollens auch als richtig zu empfinden ist. Was allerdings dabei als ein Wermutstropfen zu verzeichnen sein wird, ist die kurzfristigste Möglichkeit zu einer Stellungnahme seitens der Minderheitsfraktionen. Ich darf vielleicht festhalten, daß wir, die Fraktion der ÖVP, und ich glaube auch zum selben Zeitpunkt die beiden anderen Minderheitsfraktionen mit diesem am 18. 10. datierten Schreiben eingeladen worden sind, bis zu einem Termin 2. 11. unsere Stellungnahmen abzugeben. Es ist sicherlich dieser Zeitpunkt etwas kurzfristig. Ich darf aber festhalten, daß meine Fraktion rechtzeitig ihre Wünsche und Vorstellungen auch übermittelt hat. Was dabei befremdend zu vermerken ist, wäre die Tatsache, daß eigentlich keine weitere Reaktion erfolgt ist, kein weiteres Gespräch mit unserer Fraktion diesbezüglich in die Wege geleitet wurde. Sondern daß erst und das ist sicherlich sein gutes Recht, der Herr Finanzreferent in der Sitzung des Finanz-

und Rechtsausschusses am 18. 11. dieses Jahres die Erklärungen gegeben hat, welche Realisierungsmöglichkeiten unserer Vorstellungen gegeben waren, oder aber welche Ablehnungen zu verzeichnen waren. Sicherlich im Bezug auf die Begründung dieser Ablehnungen auch von ihm erklärt, wobei allerdings nicht alles einsehbar war. Diese Raschheit der Stellungnahme der Minderheitsfraktion zu einem Voranschlag, in dem bedeutenden Ausmaß wie es der unserer Stadt eben für uns alle bedeutet, zwingt mich dazu, nun vielleicht Vorschläge zu erstatten, wie man künftige Budgets vorbereiten, zielführender vorbereiten kann. Ich könnte mir vorstellen, daß eine frühzeitige Zusammenarbeit bei der Erstellung der Ansätze zwischen den Referenten und den zuständigen Beamten in die Wege geleitet werden könnte. Ich könnte mir vorstellen, daß alle wesentlichsten Positionen und da betrifft es in erster Linie den aoH kollegial durchzudiskutieren seien und dann ein Konzept und ein Budget erstellbar wäre, das allen Gegebenheiten, so sie realisierbar sind - das ist sicherlich dazu zu bemerken - auch Rechnung tragen würde. Ich verweise in diesem Zusammenhang, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf diese von mir geschilderte Praxis, die immer wieder in unserer Vergleichsstadt Wels in die Wege geleitet wird. Die derzeitige Situation ist sicherlich nicht so, daß sie die Mitglieder des Gemeinderates, und hier darf ich natürlich nur für meine Fraktion sprechen, echt zufriedenstellen könnte. Tatsache ist doch, daß wir immer wieder von Seiten der Mehrheit mit einem fix und fertigen Budget konfrontiert werden, das nur mehr geringfügigst und noch dazu kurzfristigst abänderbar ist. Dadurch ist aber eigentlich offenkundig, daß man auf Vorstellungen seitens der Minderheiten eigentlich gar nicht eingehen will oder kann. Es entspricht dies, meine sehr geehrten Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, keinesfalls der immer wieder von Ihnen verkündeten Erklärung zur Zusammenarbeit, dem von Kollegen Wippersberger in der Sitzung am 23. 9. 1976 hier in diesem Saal erklärten Ringen und erklärten Bemühen um diese Zusammenarbeit. Daß weiters auch Kollege Wippersberger erklärte in dieser Sitzung, daß man dort, wo man Auffassungsdifferenzen hätte und diese bestünden, so lange miteinander reden müsse, bis wir einen für die Stadt und für alle Fraktionen wirklich gangbaren Weg finden. Wie schaut es, sehr geehrte Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, mit dieser Zusammenarbeit wirklich aus? Ich darf mit einigen Beispielen dies beleuchten, allerdings nur im Streifzug. Erinnern Sie sich an das Problem der Vergabeordnung. Ich möchte das gar nicht mehr aufwärmen, wie die Vorgangsweise sich uns gezeigt hat. Ich möchte aber das Wort Vergabeordnung hier bewußt in den Raum stellen deswegen, weil man, wie man aus Pressenotizen aber auch aus Informationen erfahren konnte, in unserer Vergleichsstadt Wels eine Vergabeordnung einstimmig beschlossen hat. Eine Vergabeordnung, die eigentlich inhaltsgleich oder fast inhaltsgleich mit der der Stadt Steyr ist. Daß also hier in Wels die Schwierigkeiten nicht aufgezeigt waren, die man hier zur Ablehnung der Vergabeordnung anwandte. Ich glaube aber auch, daß gerade auf diesem Sektor die zitierte Zusammenarbeit hätte dokumentiert werden können. Ich weise bitte darauf weiter hin, daß uns diese Zusammenarbeit, an der wir letztlich alle miteinander interessiert sind, erschwert wird durch andere Umstände, erschwert wird z. B. durch die Vorbereitung gravierender Entscheidungen durch den Gemeinderat. Ich verweise in dem Zusammenhang auf die Tarifgestaltung. Die Minderheiten werden letztlich mit fertigen, mit fixen Tatsachen, die Sie in Ihrer Mehrheitsfraktion beschlossen haben, konfrontiert. Es ist kein gemeinsames Ringen um tragbare Entschlüsse zu verzeichnen. Ich verweise weiter in dem Zusammenhang darauf, daß in unseren Augen diese Zusammenarbeit etwas hapert im Bezug auf Präsidialbesprechung.

Da darf ich Herrn Bürgermeister Weiss zitiieren anlässlich der GR-Sitzung vom 16. 12. vergangenen Jahres, wo er bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes "Einführung von Allfälligem", nachzulesen auf Seite 273, erklärte, diese - die Präsidialbesprechungen - finden fallweise alle zwei Wochen, wenn es geht wöchentlich statt. Daß die Tatsache ganz anders ausschaut, ist auch eine unbestreitbare Gegebenheit. Ich erwähne nur am Rande, ich kann nicht alles anführen im Bezug auf dieses Mangeln an Zusammenarbeit, auch die Angelegenheit Geschenkpakete an Altersjubilare. Ich möchte mich da gar nicht verbreitern. Ihnen ist die Problematik bekannt. Hier wäre auch eine Möglichkeit dafür, zu dokumentieren, daß die Zusammenarbeit im ständigen Ringen gesucht werden würde. Ich könnte weitere Beispiele anführen. Ich möchte aber dezidiert erklären, daß meine Fraktion nach wie vor zur Zusammenarbeit zum Wohle unserer Stadt bereit ist. Daß wir im Interesse aller Steyrer handeln wollen, wenn wir zur Zusammenarbeit eingeladen wurden, haben wir dies immer bekundet und diese Zusammenarbeit aber auch echt gesucht. Eine Zusammenarbeit selbständiger Partner funktioniert in unserer Stadt genau so wie im Leben jedes einzelnen Bürgers nur dann, wenn jeder deutlich seine Meinung vertritt. Auch dann, wenn es dem anderen nicht immer paßt. Wenn wirklich etwas vorwärts gebracht werden soll, dann muß es Meinungsverschiedenheiten geben, damit nicht der erstbeste Vorschlag, sondern die beste Lösung zum Zuge kommt. Diese Worte, sehr geehrte Damen und Herren, stammen nicht von mir, sondern sie stammen von Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl, dem Landesobmann der SPÖ, der damit eine Aussage für seine Parteimitarbeiter getroffen hat als auch für jene in der Stadt Steyr. Es steht hier auf dem Werbeprospekt der SPÖ verzeichnet. Wenn also die von Ihnen in Steyr immer wieder beschworene Zusammenarbeit im Sinne des rechtzeitigen miteinander Redens, des gemeinsamen Planens betrieben wird, dann werden Sie stets in uns mitarbeitwillige Partner finden. Wenn aber diese Zusammenarbeit nur in der Form des Mitbeschließendürfens fertiger Anträge, so wie es derzeit praktiziert wird, dokumentiert werden soll, dann wird sich meine Fraktion gestatten, eigene Ideen und Vorstellungen öffentlich zu verlautbaren, die allerdings auch Probleme aufrühren könnten, die in einem gemeinsamen rechtzeitigen Diskutieren vermieden werden könnten. Nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, anlässlich einer Budgetdebatte sind uns solche gestattet, noch zum Voranschlag 1977 selbst. Ich möchte allerdings dem hinzufügen, daß ich nur einige Schwerpunkte herausgreifen möchte, weil zu speziellen Problemen Mitglieder meiner Fraktion in der Fortführung der Diskussion Stellung beziehen werden.

Eingangs darf ich festhalten, daß wir, die ÖVP, im großen und ganzen mit dem Budget und seinen Schwerpunkten mitziehen, daß allerdings in verschiedenen Gruppen entsprechende differenzierte Auffassungen bestehen. Ich darf das Kapitel Schulwesen kurz herausgreifen. Ich stelle fest und stelle das mit Genugtuung fest, daß die zielführenden Verhandlungen zwecks Verbundlichung der Frauenberufsschule auch von uns begrüßt werden. Deswegen, weil damit auch eine Ausgabenpost in fernerer Zukunft für unsere Stadt wegfallen werden wird. Wenn wir aber bei den Schulen sind, so komme ich im Pflichtschulbereich zu dem Standpunkt, daß man unbedingt bei der zielstrebigem Bautätigkeit in unserer Steyrer Nordstadt die Planung der Volks- und Hauptschule Gleink in die Wege leiten müßte. Es war dies nebenbei bemerkt einer unserer Wünsche zum Budget, der allerdings groschenmäßig nicht einmal einen Niederschlag gefunden hat. Warum ich die Betonung besonders darauf lege, sei erhärtet durch die Tatsache, daß im mittelfristigen In-

vestitionskonzept 1974 von uns beschlossen, dieser Schulbau Gleink beinhaltet war und daß er eigentlich nach diesen unseren Beschlüssen im Jahr 1977 fertig sein sollte. Heuer haben wir nicht einmal einen Groschen Ansatzpost für die Planung drinnen. Es gibt verschiedene Überlegungen, die derzeit die Mehrheitsfraktion bewegt haben, diesen Schulbau planungsmäßig sogar zurückzustellen. Es sind dies aber Überlegungen, die, glaube ich, nicht auf der realen Einschätzung der wesentlichsten Gegebenheiten in diesem Gebiet, auch im Bezug auf Bevölkerungsentwicklung oder mit Schulentwicklung bestehen werden. Wenn ich nun ein weiteres Schwerpunktkapitel herausgreife, so sei es mir gestattet, die Aufmerksamkeit auch auf das Kanalprogramm zu lenken. Wir begrüßen alle Tätigkeiten, alle Investitionen, die gerade auf diesem Gebiet unbedingt vonnöten sind. Ich glaube, ich gehe eins mit Ihnen allen in der Behauptung, daß der Kanalbau und damit die Reinhaltung forciert, mit allem möglichen Einsatz vorangetrieben sein wird. Noch dazu, wo durch die Gründung eines Reinhaltverbandes auch eine entsprechende Dotation, wenn auch in geringerem Ausmaß, auch den anderen Mitgliedern unserer Stadt zukommen wird. Ich meine aber, daß mit diesem Kanalbauvorhaben es unbedingt vonnöten sein wird, auch die zentrale Kläranlage, deren Bau zu forcieren. Ich bezeichne jetzt etwas überspitzt und bitte mich nicht zu korrigieren, ich weiß es, daß Sie das wollen, was nützt es mir, wenn ich einerseits die Kanalstränge bis zum Standplatz der Kläranlage fertig habe und sie nicht existiert? Was würde es mir umgekehrt aber auch nützen, eine zentrale Kläranlage zu besitzen und keine zuführenden Kanäle zu haben. Eine gewisse Parallelität dieser Bautätigkeit, glaube ich, wäre gerechtfertigt, noch dazu wo in diesem Zusammenhang auch die Überlegungen betreffend einer Rotteanlage bestehen. Wenn wir schon vom Kanal reden, sei hier ein Wort gestattet betreffend das Problem Wehrgraben. Es ist, glaube ich, unbedingt vonnöten, daß dieses Problem, das Umdenken zwecks Revitalisierung dieses Stadtteiles und auch eine Revision eines derzeit gültigen und bestehenden GR-Beschlusses in die Wege zu leiten sei. Eigentlich war es unser Wunsch und unsere Vorstellung, daß in dieser Richtung auch ein entsprechender Niederschlag im Budget 1977 verzeichnet hätte werden können. Daß dieses Problem nicht leicht lösbar sein wird, ist uns allen miteinander klar und daß die Lösung dieses Problems nicht einzig und allein von der Stadt, von der öffentlichen Hand getragen werden wird können, ist uns auch miteinander klar. Aber entsprechende einleitende Maßnahmen wären unter Umständen gerechtfertigt.

Ein weiterer Schwerpunkt sei mir noch gestattet, kurz anzureißen. Es ist dies das Problem des Verkehrs. Damit - der Herr Finanzreferent hat das bereits ausgeführt - steht aber auch im ursächlichen Zusammenhang der Neubau Zwischenbrücken. Wir alle kennen die Problematik, wir alle haben uns durchgerungen dazu, dort Brücken zu bauen. Wenn ich aus einer Informationssitzung auch keinen Beschluß zitieren kann, so ist eine vertretene Meinung sicherlich unter Umständen gerechtfertigt. Da muß man überlegen, daß der Neubau auch in der höchstmöglichen Brückenklasse sicherlich gerechtfertigt ist, aber nur dann kapitalmäßig als gerechtfertigt erscheint, wenn damit in Zusammenhang steht, und das müßte auch parallel gehen, eine Überdenkung, ein Überlegen unseres Generalverkehrskonzeptes unter Einbindung der beiden neu zu errichtenden Brücken in die Wege zu leiten. Auch hier ist die Parallelität vonnöten. Nicht zuerst die Überlegung, bauen wir die Brücken und nachher werden wir schauen, wie es weitergeht. Ich glaube, vorausschauend denken, vorausschauend planen, wäre in diesem Gebiet, auch die Verkehrsproblemlösung, mehr als gerechtfertigt und notwendig.

Wenn nun die Stadt Steyr alles übernimmt und unternimmt, den Ausbau von zuführenden aber auch von wegführenden Straßen, seien es Bundes- oder Landesstraßen zu betreiben, so darf ich hier festhalten und feststellen, daß auch meine Fraktion der Meinung ist, daß alles unternommen werden muß, daß Steyr im Interesse unserer Stadt im künftigen Zentralraum seine Stellung behaupten aber sie auch in diesem Zentralraum weiter entwickeln wird können.

Ein Kapitel scheint mir nun streifzugweise auch des Erörterns wert. Es betrifft den Oberbegriff Kultur. Wir feiern bekanntlich, es hat sich ja schon überall herumgesprochen und nicht nur hier in diesem Saal, das ist als bekannt gegeben und auch als ideell vorausgesetzt, so wie in anderen Gebieten, 1980 die Tausendjahrfeier. Es steht uns eine Fülle von Arbeit, es steht uns aber auch eine Fülle von Ausgaben bevor. Wo schlagen sich diese Ausgaben nieder, meine sehr geehrten Damen und Herren? Doch in erster Linie auf jenen Sektoren unseres Budgets, die mit den Begriffen Kultur, Denkmalpflege in Verbindung zu bringen sein werden. Wenn ich nun die Ansatzposten betrachte, rein prozentuell, so ist das derzeitige Kulturbudget, wenn ich es so bezeichnen darf, im oH nur 3,5 % des Gesamtvolumens, im aoH 5,1 % des Gesamtvolumens. Diese Ansätze erscheinen uns vorwiegend auch im Hinblick auf die zu setzenden Maßnahmen finanzieller Art, im Bezug auf die Tausendjahrfeier als zu gering. Bedenken Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Zeit bis 1980 läuft uns davon. Wir wissen, was zu machen ist, es ist sicherlich zum Teil ein Wunschkatalog und es werden dort und da Abstriche zu verzeichnen sein. Wir wissen aber trotzdem noch, daß das, was überbleibt, uns finanzielle Belastungen wird aufhalsen müssen, auch die, die von der Stadt alleine getragen werden können. Solche Belastungen, die in den weiteren Jahren der Budgets 1978, der Budgets 1979 nicht mehr unterbringbar sind, deswegen, weil auch das Volumen des aoH auf diesem Gebiet nicht unbeschränkt ausweitbar ist. Es war dies auch eine Forderung meiner Fraktion, hier die Ansätze zu erhöhen im Bezug auf Realität der Gegebenheiten, im Bezug auf die tragbare Finanzmöglichkeit in den anderen Jahren. Es ist zum Teil realisiert worden. Ich darf aber trotzdem erinnern und Sie gleichzeitig bitten - und diese Bitte geht sicherlich an den nominell verantwortlichen Finanzreferenten - für die Budgets 1978 und 1979 entsprechende Mittel vorplanen und einplanen zu wollen und auch diese Tätigkeit nicht nur für die Tausendjahrfeier, sondern im Interesse unserer Stadt finanzieren zu können. Wir alle miteinander, meine sehr geehrten Damen und Herren, wissen, daß Budgetwünsche und Vorstellungen jedes Einzelnen von Ihnen hier herinnen bestehen. Jeder einzelne Gemeinderat hat entsprechend zielgerichtete Überlegungen angestellt und wir alle wissen, daß nicht alle Wünsche, nicht alle Forderungen realisierbar, plötzlich und jetzt realisierbar sein können, daß also aus allen diesen Überlegungen Kompromisse zu erstellen sein werden. Diese Kompromisse sich aber nun auch in diesem Budget des Jahres 1977 teilweise abzeichnen. Da die wesentlichsten Ansätze auf diesem Gebiet sich mit unseren Vorstellungen decken, ist die Zustimmung meiner Fraktion zu diesem Budget, trotz berechtigter Kritik, noch gegeben, wobei allerdings verschiedene Positionen nicht unbedingt bei der speziellen Beschlußfassung positiv beschieden werden. Daß die Erstellung eines Budgets, die Arbeit nicht leicht ist, ist uns allen bekannt und es geziemt sich und ich tue es ehrlichen Herzens namens meiner Fraktion, allen, die für die Erstellung des Budgets auf Beamtenebene tätig waren, meinen herzlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen. Aber auch gleichzeitig in den Dank inkludiert den Dank dafür, daß Sie uns Mandatäre bei unserer Arbeit mithelfend unterstützen. Das bevorstehende Weihnachtsfest gestatten Sie mir, persönlich aber auch namens meiner Fraktion, Ihnen Herr Bürgermeister, allen Mitgliedern des Gemeinderates sowie

sämtlichen Beamten, Angestellten und Arbeitern des Hauses, auch der heute hier versammelten Presse, die besten Wünsche für ein friedvolles, für ein ruhiges Fest im Kreise Ihrer Lieben zum Ausdruck zu bringen. Besinnliche Stunden zu den Festtagen mögen auch dazu beitragen, die Arbeit und die Vorgangsweisen im kommenden Jahr zu überdenken, um unser gemeinsames Wollen für die Stadt Steyr auch dokumentieren zu können. Meine Wünsche für das Jahr 1977 Ihnen allen, persönlich Gesundheit, Erfolg und Zufriedenheit sei damit zum Ausdruck gebracht.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Erklärungen. Als nächster Sprecher kommt nun Herr Gemeinderat Fuchs. Die nächsten Redner sind Gemeinderat Treml und Gemeinderat Mayrhofer.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Budgetdebatten bieten immer wieder Anlaß zu einem Ausblick in die Zukunft, zu einer Vorschau auf die zu erwartende wirtschaftliche Entwicklung der Stadt, aber auch zu einer Rückschau über das nun bald zu Ende gehende Jahr. Noch selten war eine Vorhersage so schwer zu treffen, wie in diesem Jahr. Die auch in Steyr spürbare Rezession des Jahres 1975 - der schwerste wirtschaftliche Rückschlag seit 1945 - scheint nun überwunden. Anstatt wie gewohnt zu wachsen, schrumpfte Österreichs Wirtschaft um 2 %. Das Jahr 1975 war weder für unser Land noch für unsere Stadt ein besonders erfolgreiches Jahr. Einem neuerlichen Anstieg von 4 % im Jahr 1976, der in Steyr laut Nachtragsvoranschlag stärker als im Bundesgebiet spürbar war, steht die Ungewißheit für 1977 gegenüber. Wirtschaftsfachleute sehen die Zukunft durchaus nicht nur in rosigem Licht. So wird vorhergesagt, daß die Stahlindustrie mit handfesten Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird, aber auch Bauwirtschaft und Fremdenverkehr können auf eine Verbesserung ihrer Situation nur hoffen.

Die Freiheitliche Fraktion ist, nach genereller Durchsicht des heute zu beschließenden Voranschlages, gewillt, dem Stadtbudget 1977 die Zustimmung zu erteilen. Wir melden jedoch einige Bedenken und Wünsche grundsätzlicher Art an, die sich vor allem auf die bereits von mir in der Vorwoche zitierte Budgetwahrheit, auf die Einhaltung des vom Gemeinderat beschlossenen mittelfristigen Investitionsprogrammes 1974 bis 1978, auf die Sicherung der Arbeitsplätze, selbst wenn damit neue Schuldenverpflichtungen erwachsen - auf ein langfristiges Entwicklungskonzept für Steyr und das Umland und auf eine wirtschaftliche Belebung der Stadt Steyr vornehmlich beziehen. Besonderes Interesse ist einer fortschrittlichen Politik in Steyr im Bereich der mittelständischen Wirtschaft zu schenken. Gerade die kleinen und mittleren Gewerbebetriebe wirken als wesentliche Stützen und als bindendes Glied in der Wirtschaftskette unserer Gesellschaft. Sie bilden die solide Grundlage, auf die sich wirtschaftliche Freiheiten, aber auch die Arbeitsplatzwahl und auch persönliche Freiheiten des Einzelnen gründen. Wir meinen, daß eine große Anzahl von kleinen und mittleren Betrieben gerade in Steyr eine bessere Garantie darstellen, als sich z. B. auf einen einzigen großen Betrieb allein zu verlassen, oder sich auf drei bis vier Versorgungsmonopole zu verlassen. Besonders im Bereich des Handels und des Gewerbes, vor allem bei der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfes ist es nötig, die in

Steyr nicht gerade erfreuliche Entwicklung in den Griff zu bekommen. Die immer häufiger auftretende Überwucherung der kleinen und mittleren Betriebe durch Handelsriesen in den letzten Jahren läßt weder für den angestammten Gewerbetreibenden noch für den Verbraucher, am wenigstens für unsere Gesellschaftsordnung, Gutes erwarten. Betrachten Sie einige Stadtteile, z. B. Neuschönau, wo die Versorgung mit dem Lebensnotwendigsten durch den "Greißler ums Eck" bereits in Frage gestellt ist. Wir registrieren bereits Anrufe von uns Nahestehenden, die uns ersuchen, sie zum Einkaufen zu fahren. Es handelt sich dabei vor allem um ältere, gehbehinderte Leute oder um autolose Familien. Sicherlich bringen die Supermärkte eine Bereicherung des Angebotes und der Einkaufsmöglichkeiten und beleben vorerst sogar den Wettbewerb. Diese Entwicklung aber führt zu einem ungesunden und übertriebenen Wachstum bei diesen riesenhaften Handelsgelassen und führt dazu, daß die kleineren Einzelhändler, die durch Jahrzehnte die Bevölkerung in ihrem Wohnbereich versorgt haben, auf der Strecke bleiben, denn sie können mit den Lockangeboten der Supermärkte nicht Schritt halten. Die Hauptleidtragenden einer solchen sich auch in Steyr anbahnenden negativen Entwicklung wären aber insbesondere sozial schwächere Gruppen, ältere und gebrechliche Leute, Mütter mit kleinen Kindern ohne Auto und Bezieher kleinerer Einkommen. Eine weitere Gefahr droht dem Konsumenten durch ein Versorgungsmonopol weniger Großer, da Preisabsprachen zwischen diesen doch leichter zustande kommen, sich dadurch allzu leicht versteckte Kartelle bilden könnten, die dann die Preise diktieren, wenn die kleineren Versorgungsbetriebe zusammenschrumpfen. Wir warnen vor dieser Entwicklung und bitten die Verantwortlichen, sich stärker auch um die Sicherung der Nahversorgung in allen Stadtteilen Steyrs zu bemühen und entsprechende Förderungen dafür ins Auge zu fassen.

Die Gruppe 7, Öffentliche Einrichtung und Wirtschaftsförderung, sollte sich nicht nur auf Ausgaben für Kanalbauten und Feuerwehrewesen, Badeanstalten und unter dem Titel "Förderung der gewerblichen Wirtschaft", die mit nur S 500.000,- dotiert ist beschränken bzw. man sollte sich nicht nur auf Landeshilfen diesen Gewerbe- und Handelstreibenden gegenüber verlassen, es sollte in der Richtung mehr geschehen. Eine zielbewußte Gewerbeförderung dient nicht nur der Sicherung der Nahversorgung und der Erhaltung der Vielfalt im wirtschaftlichen Gefüge der Stadt, sondern vor allem der Sicherung der Arbeitsplätze. Das Zittern um den Arbeitsplatz in einem einzigen Steyrer Großbetrieb sollte in Zukunft zugunsten einer größeren Arbeitsplatzwahl und Auswahl weichen. Wir würden uns wünschen, daß diese Sorge nicht mehr so groß bei den unselbständigen Erwerbstätigen ist, wie im Jahre 1975 und 1976.

Doch nun zu einigen budgetären Kriterien. Gegenüber dem Voranschlag des Vorjahres ist global von unserer Sicht aus festzustellen, daß der Gesamthaushalt für 1977 eine Einnahmeausweitung von rund 15 % und eine Ausgabenausweitung von 13 % aufweist. Dieser aus diesen Ziffern abzulesende Optimismus, vor allem die erhöhte Erwartung von Einnahmen, ist vor allem aus einer um 18 % erhöhten Erwartung aus eigenen Steuereingängen, besonders aus der Grundsteuer B, der Gewerbe- und Getränkesteuer, abzulesen. Weiters durch erhöhte Einnahmeerwartungen von Darlehensmitteln aus dem Wasserwirtschaftsfonds, auch durch die erhöhte Entnahme aus Rücklagen und natürlich durch eine um 11 % erhöhte Erwartung von Bundesabgabenertragsanteilen. Diese 4 Einnahmeposten allein sollen 1977 um 30 Mill. mehr einbringen als der Voranschlag im Jahre 1976. Die eigenen Steuererträge allein sollen gegenüber dem Vorjahr um 13,3 Mill. ansteigen. Dadurch wird es dem Ersteller möglich, die Darlehensaufnahme-

absicht um 20 Mill. gegenüber dem Vorjahr auf nun 40 Mill. zu senken. Mit weiteren nennenswerten Einnahmeerhöhungen rechnet man bei den Kanalbenützungsgebühren, die auf Grund der Vorjahrs-Tarifregulierungen nun 12 statt knapp 6 Mill. bringen. Weiters mit verschiedenen vom Gemeinderat beschlossenen Erhöhungen für Tarife, Gebühren und Beiträge, die auch zusammen etwa S 1,5 Mill. Mehreinnahmen bringen sollen. Diese kurz zitierten Positionen sollen das Stadtbudget um insgesamt 40 Mill. anheben. Dazu wird noch ein Betrag von nahezu S 1 Mill. vom Land im Jahre 1977 für die 55 % Übernahme der Personalkosten für die Musikschule der Stadt Steyr und auch für die 55 %ige Übernahme der Instrumentenanschaffungskosten dazukommen auf Grund des in Bälde zu verabschiedenden Landesmusikschulgesetzes. Dieser erhöhte Einnahmenoptimismus ist durchaus vertretbar, ja es erscheint uns die Einnahmenschätzung sogar übertrieben vorsichtig zu sein, wenn man sich den Nachtragsvoranschlag 1976 vor Augen hält, der in der Vorwoche beschlossen wurde und um sogar S 1 Mill. im oH höher als der Voranschlag für das Jahr 1977 liegt. Dies soll offenbar dem Herrn Finanzreferenten später entsprechende Erfolgsberichte ermöglichen. Er kann sich dann am Ende des Jahres 1977 mit einem Schein der Sparsamkeit schmücken und durch vorsichtige Schätzung geschaffene stille Reserven sogar noch vergrößern, die der aoH auf Grund des heute zu beschließenden Defizites von nahezu S 20 Mill. ohnehin benötigt.

Mit Budgetwahrheit hat ein derartiger, zu wenig optimistisch ausgefallener Voranschlag wenig zu tun, das haben wir ja in der Vorwoche bereits beim Nachtragsvoranschlag erlebt. Es ist ja stets schön zu hören, was eine Gemeinde wie Steyr im kommenden Jahr alles vorhat, am Bausektor, beim Schul-, Straßen-, Kanalbau, bei der Aufschließung, für das Kulturwesen und so fort. S 108,5 Mill. sollen für insgesamt 70 Positionen, davon eine Reihe von neuen Baumaßnahmen, aufgewendet werden. Darüber hat und wird die Presse auch berichten. Auch wir sind veranlaßt, mit Freude dies und jenes der Bevölkerung zu berichten, was heute global beschlossen werden wird. Tragen doch die vor allem im aoH zu bewältigenden Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung und zur wirtschaftlichen Belebung der Stadt bei. Wir sind der Ansicht und stellen die Forderung an die Ressortverantwortlichen, daß im kommenden Jahr alles unternommen werden muß, damit auch tatsächlich alle hier im Ausgabenteil gekennzeichneten Projekte, Baufortsetzungen, Planungen, Ankäufe in der zu beschließenden Zahl und in der zu beschließenden Betragshöhe vorgenommen werden. Nicht daß wir am Ende des Jahres 1977 wieder wie im Jahr 1976 beim Nachtragsvoranschlag eine nur 62 %ige Positionsübereinstimmung und einen Ausfall von 23 Positionen feststellen müssen, die der Budgetwahrheit ins Auge schlägt. Daher haben wir auch keine Zusatzwünsche nach der Entwurfsübermittlung und wie schon der Herr geschätzte Vorredner ausgesagt hat, auch dafür kaum Zeit gehabt, hier irgendwelche Wünsche vorzubringen. Dazu war die Zeit zu knapp. Uns ist es lieber, daß wir tatsächlich die S 40 Mill. präliminierte Darlehenssumme echt ausschöpfen, damit die restlose Realisierung dieses Budgets gewährleistet wird, damit die Arbeitsplätze gesichert werden, damit die Auftrags- und Ertragslage der Wirtschaft verbessert wird, als am Ende des Jahres stolz oder weniger stolz zu verkünden, wir haben nur ein Drittel des Kreditrahmens auszuschöpfen brauchen, dafür aber 20 oder 30 Posten des aoH streichen müssen. Naturgemäß liegen unter diesen 70 zitierten Positionen die Ausgabenposten für die Gemeindestraßen und Ortschaftswege und für das Schulbauprogramm an der Spitze. Der Betrag für den Gemeindestraßenbau liegt jedoch um S 3 Mill. unter dem im Vorjahr beschlossenen Straßenbauprogramm des aoH. Obwohl für die Kanalbauten

diesmal mit S 14,2 Mill. um 2,5 Mill. mehr als im Vorjahr ausgegeben werden sollen, ist das vom Gemeinderat auferlegte Ziel über das mittelfristige Investitionsprogramm 1974 - 1978, nämlich für Kanalbauten im Jahre 1977 S 25 Mill. aufzuwenden, nicht nur nicht erreicht, sondern um 11 Mill. unterschritten. Erfreulich wird von uns die gegenüber dem Voranschlagsentwurf vorgesehene nun erhöhte Ausgabe für das Kulturwesen von nun 6,5 gegenüber 5 Mill. registriert. Hoffentlich schrumpfen die Posten für die Revitalisierung des alten Stadttheaters oder für die Altstadterhaltung nicht wieder so empfindlich und budgetunwahr zusammen, wie in diesem Jahr. Ich erinnere S 4,5 Mill. waren präliminiert, S 800.000 betrug der neue Ansatz, den wir in der Vorwoche beschlossen haben.

Eine Kritik haben wir für die unseres Erachtens zu niedrig angesetzten Summen für den Wohnungsbaubeitrag und für die Grundkäufe anzubringen. S 4,3 Mill. sind im Voranschlag 1977 dafür vorgesehen. S 10 Mill. hätten wir laut mittelfristigem Programm für Grundkäufe im Jahre 1977 aufzuwenden! Gerade im Hinblick auf das, ich darf es so nennen, Weiss-Entwicklungskonzept, das in groben Zügen zu unterstützen ist, und im Hinblick auf die Flächenwidmungs-Zielplanung - Stadterweiterungsgebiete, sollte die Stadt rechtzeitig Grundkäufe tätigen und in dieser Hinsicht risikofreudiger sein. Wenn die künftigen Bauerwartungs-, Entwicklungs- und Erweiterungsgebiete der Stadtteil Gleink, Hausleiten und die Steyr-Niederungen sein sollen, dann sollte sich die Stadtgemeinde vor Spekulationen privater Natur rechtzeitig schützen. Vielleicht könnte sich die Stadt Steyr durch rechtzeitige Vorsorge von Grundkäufen Millionen Schilling er- und einsparen.

Nochmals: Lieber die Budgetausgabenseite dieses Voranschlages im Interesse der Zukunft der Stadt und der Budgetwahrheit voll ausschöpfen und dafür etwas riskieren, lieber der kleinen allgemein erkennbaren Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft Rechnung tragen, als auf eine neuerliche Rezession zu warten, die z. B. Herr Staatssekretär Eugen Veselsky für Mitte 1977 bis 1978 kürzlich voraussagte, als sich mit nichtausgeschöpften Darlehenssummen rühmen. Wir haben eine wirtschaftliche Minierholung verspürt laut Nachtragsvoranschlag 1976 und spüren diese Minierholung auch jetzt im Voranschlag 1977 im - allerdings zu geringen - Maß. Nützen wir diese kleine Aufwärtsentwicklung, bevor eine neuerliche Abkühlphase wieder eintritt, die sich zwar niemand wünscht, die aber eintreffen kann. Unternehmen wir alles, um Steyr in Zukunft dorthin zu bringen, was man auch wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Zentralraum nennt. Dazu sind noch viele Maßnahmen auch außerhalb dieses Gemeinderates nicht nur im gedanklichen Gleichschritt vonnöten. Von einem Durchsetzungsvermögen höherenorts für Investitions- und Verkehrsmaßnahmen größeren Ausmaßes war bisher wenig zu verspüren. Steyr darf in dieser Richtung nicht Stiefkind und unterbehandelt bleiben, der Linzer, Welser und neuerlich der Ennser Raum dagegen nicht stets bevorzugt werden. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, auch etwas zu den Nahverkehrskonzepten zu sagen. Wie Sie wissen, gibt es auf Grund der Kfz-Steuererhöhung auch einige Milliarden, die der Herr Bundesfinanzminister zusätzlich einhebt. Wir wehren uns jedoch dagegen, daß diese Mittel zweckentfremdend anderen Aufgaben zugeführt werden. In diesem Zusammenhang darf ich Ihnen zur Kenntnis bringen, die Kfz-Steuermilliarde soll nur dem Schienennahverkehr dienen. 25 % dieser Milliarde, um nur eine Zahl herzunehmen, gehen nach Wien für den U-Bahnbau, 15 % dieser Kfz-Steuermilliarde gehen für den Straßenbau und O-Buslinienbau auf und 60 % werden der ÖBB für den Ausbau des Schienenschnellverkehrsnetzes für den Nahverkehr zur

Verfügung gestellt. Kein Groschen, kein Schilling für den Straßenbau. In diesem Zusammenhang ein Artikel aus einer Tageszeitung vor einigen Tagen wo es heißt: Land drängt auf Westbahn. In einer Stellungnahme zu Problemen des Nahverkehrs im oö. Zentralraum hat sich Verkehrsminister Lanc für die Verwirklichung des vom Landesvize Dr. Hartl vorgeschlagenen Schnellbahnprojektes zwischen Wels und Linz ausgesprochen. Ich stelle hier die Frage in den Raum und ich bitte Sie, auch an den Herrn Landeshauptmann das seitens der sozialistischen Spitzen weiterzutragen, wann schlägt Dr. Hartl, unser Landeshauptmann-Stellvertreter für den Raum Steyr ein Schnellstraßen- oder Schnellbahnprojekt vor? Wann schlägt er dies vor? Diesbezüglich haben wir weniger gehört. Man hört stets wie der Raum zwischen Linz und Wels mit Schienen-, mit Straßenverkehrskonzepten gefüttert werden soll. Neben dem vierspurigen Ausbau der B 1 eine eigene Autobahn Linz - Wels bzw. Wels - Linz, ein Schnellstraßenprojekt mit der Bezeichnung S 38, das ohnehin die Kritik der Anrainergemeinden herausfordert und daneben noch in etwa auch die Westautobahn und daneben soll jetzt auch noch für den Schienennahverkehr eine eigene Trasse, laut einem sogenannten "Hurch"-Plan, das ist der persönliche Berater scheinbar des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Hartl entwickelt werden. Für den Steyrer Raum vernimmt man ähnliches leider nicht. Daher die Bitte, daß man hier auch eine Umorientierung nicht nur dieser Kfz-Steuermilliardenmittel vornimmt, sondern auch eine Umorientierung hinsichtlich der Nahverkehrskonzepte in OÖ., indem man auch hier versucht, Steyr besser ins Spiel zu bringen. Wir Freiheitlichen sind bereit, unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit für ein besseres Steyr im Sinne meiner Ausführungen und im Sinne einer ideenbereitstellenden, kooperativen, aber auch beschlossenen Maßnahme ob der Durchführung gegenüber kritischen Form allen Fraktionen und darüber hinaus der Bevölkerung anzubieten. Lassen auch Sie bitte darüber, was die vielzitierte Zusammenarbeit betrifft, nicht nur Worte fallen. Möge das Jahr 1977 für Steyr der Beginn einer Aufwärtsentwicklung sein, der diese geschätzten Einnahmeziffern weit übertrifft, damit die im Voranschlag 1977 gekennzeichneten Ausgaben und Aufgaben und auch die darin noch nicht enthaltenen zu tätigen Maßnahmen auch finanziell mit möglichst eigenen Kräften bewältigt werden können.

In diesem Sinne wünsche ich namens der Freiheitlichen Fraktion dem Präsidium, allen Mandatären und den Beamten und Bediensteten dieses Hauses frohe Festtage, Gesundheit und persönlichen Erfolg im Jahre 1977.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Erklärungen. Als nächsten Fraktionssprecher bitte ich Kollegen Treml zum Rednerpult.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich glaube, daß es richtig ist, wenn man bei der Erstellung des Voranschlages für das Jahr 1977 von einer positiven Entwicklung der Wirtschaft ausging, denn schon in diesem Jahr gestaltete sich das Ergebnis günstiger als man bei der sehr vorsichtigen Präliminierung voraussetzte. Im Voranschlag unserer Stadt ist ein Rahmen von insgesamt S 405 Mill. vorgesehen, wobei der oH mit fast S 297 Mill. präliminiert ist. Vergleicht man die Summe des Voranschlages 1977 mit dem Nachtragsbudget 1976, so kann man kaum Unterschiede feststellen. Daher möchte ich feststellen, daß man sehr zurückhaltend budgetiert hat, da ja erfahrungsgemäß die tatsächlichen Einnahmen bisher immer viel höher waren.

Der aoH weist S 108,5 Mill. Ausgaben auf. Obwohl vom oH S 30 Mill. dem aoH zugeführt werden, müssen zur Teilabdeckung S 45 Mill. Darlehen aufgenommen werden, davon wiederum muß die Stadt S 40 Mill. auf dem teuren Kreditmarkt leihen und der Schuldendienst wird 1977 rund S 15 Mill. betragen. Aber bevor ich auf einige wichtige Probleme unserer Stadt eingehe, möchte ich bei dieser Gelegenheit auch heuer wieder auf den Zusammenhang zwischen der Bundespolitik und den Gemeindefinanzen hinweisen, wie dies der Berichterstatter Stadtrat Fürst einleitend ausgeführt hat. Aus dem Voranschlag ist ersichtlich, daß die Bundesertragsanteile im kommenden Jahr mit S 111 Mill. an erster Stelle stehen und eine Steigerung von S 14 Mill. aufweisen. Durchleuchtet man jedoch die Steuerpolitik des Herrn Finanzministers, um festzustellen, woher die Mehreinnahmen an Ertragsanteilen für unser Budget kommen und das ist vor allem für die arbeitenden Menschen unserer Stadt wichtig, dann kommt man zu folgendem Resultat: Daß einen immer größeren Teil der den Gebietskörperschaften, dem Bund, Ländern und Gemeinden, zur Verfügung stehenden Steuermittel die Arbeiter und Angestellten aufbringen müssen, während die Steuern, die die Großunternehmer und Kapitalisten zahlen, häufig sogar zurückgehen. Z. B. werden die Einnahmen aus der Einkommenssteuer der Selbständigen im Bundesbudget für heuer mit S 15,6 Milliarden veranschlagt und für das Jahr 1977 aber nur mit S 14,2 Milliarden. Ähnlich ist es bei der Gewerbesteuer, sie wurde heuer mit S 10,2 Milliarden veranschlagt und soll im kommenden Jahr nur mehr S 9,6 Milliarden bringen. Die Körperschaftssteuer brachte in den ersten dreiviertel Jahren 1976 rund S 4,2 Milliarden, im Vergleichszeitraum des Vorjahres aber noch S 5,4 Milliarden. Hingegen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, waren die Einnahmen aus der Lohnsteuer heuer mit 27 Milliarden angesetzt, für das Jahr 1977 aber schon mit S 34,4 Milliarden.

Und die Einnahmen aus der Umsatzsteuer oder Mehrwertsteuer wurden für heuer mit 63,9 Milliarden und für 1977 aber mit 79 Milliarden veranschlagt. Und diese Tendenz der immer stärkeren Belastung der Arbeiter und Angestellten mit Steuern ist seit längerer Zeit feststellbar und ist daher auch für sie nichts Neues bzw. ist keine Erfindung der Kommunisten. So waren im Jahre 1965 die Einnahmen aus der Einkommensteuer und aus der Lohnsteuer mit je S 5,7 Milliarden noch gleich. Aber 1977 wird die Einkommensteuer nicht ganz dreimal so hoch sein wie vor 12 Jahren, aber die Lohnsteuer wird sechsmal so hoch sein. Und an die Umsatzsteuer soll die Masse der Bevölkerung im kommenden Jahr bereits um 400 % mehr zahlen, als die Selbständigen an Einkommenssteuer entrichten. Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Bis zum Jahre 1969 war die ÖVP, aber seit 1970 ist für diese Umverteilungspolitik zugunsten der Reichen, der Großunternehmer, die SP-Alleinregierung verantwortlich, die bekanntlich vor der Regierungsübernahme das Gegenteil versprochen hatte. Dazu gehört auch die Tatsache, daß die Gemeinden trotz gestiegener Aufgaben einen viel zu geringen Teil vom Ertrag der großen Steuern erhalten. Das hat zur Folge, daß die Gemeinden zur Bewältigung ihrer Aufgabe, immer mehr teurere Kredite aufnehmen müssen, wie dies auch aus dem Voranschlag unserer Stadt ersichtlich ist. Bei der derzeitigen Aufteilung der Steuermittel sind es die Länder, die am besten und die Gemeinden, die am schlechtesten abschneiden. Daher verlangt die KP alle Jahre, wie Sie wissen, wieder, daß der kommende Finanzausgleich zugunsten der Gemeinden abgeändert wird. Ohne eine solche Änderung wird es bei ständigen zusätzlichen Belastungen der Bevölkerung bleiben. Es erscheint mir jedoch nicht ganz aufrichtig zu sein, wenn

Politiker der Mehrheitspartei jetzt feststellen, daß der Finanzausgleich am Geldmangel der Gemeinde schuld ist, wenn dieselben maßgeblichen Kommunalpolitiker diesen Finanzausgleich mitbeschlossen haben und uns gegenüber als sehr positiv für die Gemeinden gewertet haben. Es wäre daher auch für unsere Stadt besser, anstatt gelegentlich zu jammern, gemeinsam die Stimme zu erheben und eine Änderung dieses gemeindefeindlichen Gesetzes von der Regierung zu verlangen. Es ist erfreulich, daß der Herr Finanzreferent Koll. Fürst heute erklärte, er erhebt die Forderung für eine Änderung. Es wäre natürlich viel besser, wenn die Soz. Mehrheit des Gemeinderates heute einen Antrag stellen würde zur Änderung dieses schlechten Finanzausgleichsgesetzes, das bestimmt von allen Minderheitsfraktionen unterstützt würde und mehr Nachdruck verleihen könnte, als daß man hier erklärt, ich habe die Forderung gestellt. Auch die Länder könnten zur Verbesserung des Finanzausgleiches zugunsten der Gemeinden beitragen, etwa mit der Beseitigung der Landesumlage und durch die Erhöhung der Zweckzuschüsse für den Bau von Schulen, Straßen- und Kanalbau oder für den Umweltschutz könnte meiner Meinung nach die finanzielle Situation unserer Stadt spürbar erleichtern.

Ferner läge es vor allem an den verstaatlichten Banken, den Gemeinden für notwendige Investitionen im Interesse der Bevölkerung verbilligte Kredite zu gewähren, damit die Gemeinden nicht weiterhin die Profitquelle des privaten Bankkapitals bleiben. Allein schon der Wegfall der übermäßig hohen Zinsenlasten würde für die Gemeinden eine spürbare Entlastung ihres Budgets bringen. Nur unter solchen neuen Bedingungen werden die Gemeinden ihre wachsenden Aufgaben erfüllen können, ohne in eine mit der Zeit untragbare Verschuldung zu geraten und bisher sahen sie den Ausweg darin, die fehlenden Mittel durch Gebühren- und Tarifierhöhungen hereinzubringen, wie man dies auch im verstärkten Maß in Steyr praktiziert. In den letzten Jahren kann man wohl sagen, vergeht ja kaum eine GR-Sitzung, bei der nicht Gebühren- und Tarifregulierungen, wie man so schön sagt, von der Mehrheit im Ausmaß bis 100 % beantragt und auch beschlossen werden. Natürlich, meine Damen und Herren des Gemeinderates, muß man die Finanzsituation unserer Stadt im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage, der Auslastung der Steyrer Betriebe und vor allem der Sicherung und der Erweiterung der Arbeitsplätze, sehen. Die Kommunistische Partei tritt für eine Wirtschaftspolitik ein, in deren Mittelpunkt tatsächlich das Wohl der breiten Masse der Bevölkerung stehen muß. Daher begrüßen wir die langfristigen Kooperations- und Handelsverträge der Steyr-Werke, der GFM und anderer kleinerer Steyrer Betriebe mit den krisenfreien sozialistischen Ländern. Hier muß ich anführen, daß es sich um die kommunistischen Staaten handelt, wie es täglich im Fernsehen heißt, das heißt in erster Linie mit der Sowjetunion, Polen, CSSR, DDR und Ungarn, die nicht nur für tausende Arbeiter und Angestellte die Arbeitsplätze sichern und daher eine Lebensfrage darstellen, sondern stellen auch gleichzeitig die entscheidende Entwicklung und Lebensgrundlage für die Stadt Steyr und die Umlandgemeinden dar. Ja selbst Bundeskanzler Kreisky mußte vor wenigen Tagen bei einer Betriebsversammlung in Kapfenberg zugeben, daß sich der Osthandel, wie er wörtlich dort vor Arbeitern sagte, positiv für die Beschäftigungslage ausgewirkt hat und man wollte nun das, was im Westen verloren geht, im Handel mit den sozialistischen Staaten und dem Mittleren Osten wieder zurückgewinnen. Die Kommunistische Partei ist vor allem in den letzten Jahren, in den Krisenjahren 1974/75, bei allen Gesprächen und Zusammenreffen mit den Vertretern der Parteiführungen und der Regierungen der sozialistischen Länder, für die Aufrechterhaltung und den weiteren Ausbau der Wirt-

schaftsbeziehungen eingetreten, weil dies im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze in Österreich und in unserer Stadt ist. Und wir werden dies auch weiter tun. Ob allerdings, meine Damen und Herren, die antikommunistischen Auswüchse des Gemeinderates Reisner bei der letzten GR-Sitzung dazu beitragen, erlaube ich mir zu bezweifeln.

Auch zum Wohnungsbau erlaube ich mir einige Bemerkungen zu machen. Nach Jahren der Kritik hat man den Förderungsbetrag im Jahre 1975 auf S 20 Mill. hinaufgesetzt, was zu begrüßen war. 1976 waren nur mehr S 10 Mill. eingesetzt und für 1977 wird der GWG ein Darlehen und ein Zuschuß in der Höhe von je S 2 Mill. gewährt. Ob man damit heute mehr Wohnungen fördern kann, muß ich auf Grund der Baukostensteigerung gerade beim Wohnungssektor um 18 % allerdings bezweifeln. Die Wohnungs- und Mietenfrage ist nach wie vor eines der wichtigsten ungelösten Probleme in unserer Stadt, trotz der Versprechungen seitens der Mehrheitsfraktion, jährlich 150 Wohnungen zu bauen, wurden im Vorjahr nur 84 und heuer 120 Wohnungen gebaut und vergeben. Darum stehen noch immer fast 2.000 - ich glaube es sind 1.925 - Familien in unserer Stadt auf der Warteliste für eine Gemeindewohnung. Der Quadratmeterzins für Neubauwohnungen der GWG der Stadt Steyr stieg von S 19,70 im Jahre 1973 auf S 34,70 1976. Demnach erhöhten sich die Wohnungskosten in den letzten 4 Jahren um 76 % oder anders ausgedrückt um S 15,- pro Quadratmeter Nutzfläche. Im Jahre 1973 mußte man für eine Vierraumwohnung mit 92 m² eine Miete in der Höhe von S 1.812,- entrichten + Baukostenzuschuß. Heute, 1976, bezahlt man für die gleich große Wohnung im Resthof rund S 60.000 Baukostenzuschuß und eine monatliche Miete von S 3.192,-. Wie kann man da noch vom sozialen Wohnbau und tragbaren Mieten sprechen? Aber die derzeitige Kostenerstellung für Neubauwohnungen liegt jedoch derartig hoch, daß sie für den Großteil unserer Wohnungssuchenden untragbar ist. Dies zeigt die mehrmalige Vergabe von nicht angenommenen Resthofwohnungen durch den gemeinderätlichen Wohnungsausschuß. Und gegen diese unbefriedigenden Verhältnisse eingeführten Wohn- und Mietzinsbeihilfen sind als notwendige Maßnahme zur Erleichterung der Lage für sozial bedürftige Wohnungswerber anzuerkennen, verwischen aber die echten Ursachen. Die grundsätzlichen Ursachen liegen im System der Superprofite und Gewinne in der Bauwirtschaft und den enormen Bankkosten. Wie das Steyrer Bankkapital am Wohnbausektor mitnascht, zeigt der Wirtschaftsplan der GWG für das Jahr 1977 über die Darlehensaufnahme für den Wohnungsbau. Für Zinsen werden S 10,4 Mill. ausgewiesen. Die gesamte Bevölkerung bezahlt also mit ihren Abgaben an den Wohnbauförderungsfonds, aus welchen die Beihilfen verschiedener Art geleistet werden, die enormen Gewinne der Großbauunternehmungen und der Banken. Und auch der Finanzminister nascht über die Besteuerung der Wohnungen fleißig mit. Die 3.500 GWG-Mieter müssen pro Jahr, also im kommenden Jahr 1977, S 3 Mill. Mehrwertsteuer bezahlen. Dadurch entsteht ein weiteres Problem, das ich aufzeigen möchte.

Am 9. Juni 1976 wurde vom Präsidium der Stadt Steyr, von den SPÖ- und ÖVP-Mandataren gemeinsam beschlossen, daß bei Neuvermietungen von gemeindeeigenen sogenannten Substandardwohnungen der Mietzins auf S 4,- pro m² angehoben wird. Das bedeutet mehr als eine Verdoppelung der bisherigen Mieten für die ärmsten Gemeindebürger mit oft nur einem monatlichen Einkommen von S 3.000,-. Die Begründung dieser Maßnahme durch die reichen Stadtväter ist, man muß eben auch für diese alten Gebäude, um die man sich nebenbei gesagt jahrzehntelang nicht gekümmert hat, eine Reserve für die Instandhaltung schaffen. Über 60 Jahre wurden keine größeren Reparaturen in diesen Häusern der

Gemeinde durchgeführt. Ich sage Ihnen, notwendig sei diese Maßnahme, weil der Herr Finanzminister auch diese Elendswohnungen mit einer Mehrwertsteuer belegt hat und diese 8 %ige Steuer dem Instandhaltungszins entnommen wird. Dadurch, meine Damen und Herren des Gemeinderates, bleibt nicht mehr viel übrig für eventuell notwendige Reparaturen in diesen alten Häusern. Hier zeigt sich wieder einmal, wie recht wir Kommunisten hatten, als wir diese Mehrwertsteuer ablehnten und Jahr für Jahr im Gemeinderat die Abschaffung dieser unsozialen Wohnungsbesteuerung, die einmalig in Europa ist, verlangen. Die Armen der Ärmsten in unserer Stadt werden mit dieser Mietzinserhöhung schwerstens belastet, aber zur gleichen Zeit zeigen sich die Spitzenpolitiker beider Parteien im Präsidium großzügig beim Verschenken von öffentlichen Gemeindemitteln. Z. B. wurden Millionenbeträge an Unternehmer unter dem Titel Gewerbeförderung gegeben oder eine viertel Million Schilling der reichen Kirche, die bis heute nicht im Gemeinderat beschlossen wurden, aber sie wurden ja bereits gegeben. Einer Kirche, die laut dem letzten Budget, das sie für das Jahr 1977 erstellt haben - es handelt sich hier um die Finanzdiözese Linz - allein fast mehr aus Eigennitteln für Baumaßnahmen ausgibt, als die Stadt Steyr im Budget heute beschließen wird. Oder es wurden, wie sie heute genau noch wissen, überhöhte Summen für Grundablösen von der Gemeinde, so auch an den Allgem. Turnverein, bezahlt. Aber für die gemeindeeigenen Althäuser - Sie kennen Sie alle - auf der Ennsleite, im Wehrgraben und in der Sierninger Straße, hat man in den letzten Jahrzehnten keinen einzigen Schilling für Instandhaltung ausgegeben bzw. für die Modernisierung.

Obwohl im Voranschlag für Kinderspielplätze kein Schilling präliminiert wurde, möchte ich doch im Interesse der Kinder und Eltern eine Anregung vorbringen. Und zwar ist die Kommunistische Partei für die Erweiterung der Erholungs- und Spielplätze für Kinder durch Freigabe der Grünanlagen vor den Häusern der GWG der Stadt Steyr. Allerdings muß dazu gesagt werden, ist Fußballspielen und das Radfahren, der Jugendlichen selbstverständlich zur Sicherheit der Kinder und der älteren Bewohner in diesen Anlagen sowie auch im Schloßpark, Kollege Saiber, und der Anlage auf der Promenade weiterhin zu untersagen. Ich vertrete auch die Auffassung, daß Verbotstafeln nicht helfen und daher aus den Anlagen entfernt gehören und ich halte es für erfolgsversprechender, wenn man zum Schutz dieser Grünanlagen die Eltern und Bewohner dieser Wohngebiete verstärkt zur Mithilfe auffordert. Wie notwendig wir mehr finanzielle Mittel brauchen würden, um den Bedürfnissen, vor allem der jungen Familie gerecht zu werden, zeigt das Problem der Kindergärten. Ohne Zweifel wurden von der Stadt in den letzten Jahren große Anstrengungen gemacht und mehr Kindergartenplätze geschaffen, aber den gesellschaftlichen Notwendigkeiten entsprechen sie noch bei weitem nicht. Wir treten auch für die Errichtung einer Art obligater Vorschulklasse im Rahmen des Kindergartens ein, die von immer mehr Fachleuten als dringend notwendig befürwortet wird. Gleichzeitig ist es aber auch notwendig, daß die Eltern von den immer höher werdenden finanziellen Beiträgen befreit werden. Die Kommunistische Partei tritt seit vielen Jahren für den Nulltarif ein. Daß diese Forderung von uns gar nicht so utopisch ist, zeigt unser Nachbarland Niederösterreich, wo keine Beiträge für den Besuch des Kindergartens eingehoben werden. Also während man in Niederösterreich die Kindergärten der Schule gleichsetzt, wird bei uns in Oberösterreich und auch in Steyr der Besuch durch die Tarifprogression, die auch mit Mehrheit von der Gemeinde beschlossen wurde, immer teurer. Dieses Problem hängt natürlich auch damit zusammen, das wurde heute schon angeschnitten, daß die Ersätze für die Personalkosten, die

das Land Oberösterreich unserer Stadt leistet - für das Jahr 1977 sind das nur S 3,1 Mill. - bei weitem nicht wirklich 75 % der Personalkosten bedeuten. Es werden nämlich nur 75 % des Gehaltes rückerstattet, wenn es sich um eine Diplomkindergärtnerin handelt und außerdem wird je Gruppe nur eine Kraft bezahlt. Der tatsächliche Personalaufwand ist viel höher und beträgt laut Voranschlag S 10,8 Mill. Daher sind wir für eine Novellierung des öö. Kindergarten-gesetzes mit dem Ziel, daß nicht nur für geprüfte Kindergärtnerinnen, sondern daß den Gemeinden 75 % der Ausgaben für das gesamte Personal rückerstattet werden. Leider muß ich dabei feststellen, daß in dieser so wichtigen Frage für die Stadt die Initiative der Mehrheitsfraktion, insbesondere ihrer Abgeordneten, der Steyrer Abgeordneten im Landtag OÖ. Reichl und Heigl, fehlt.

Und nun meine Damen und Herren zu einer sehr wichtigen Frage. Seit mehr als einem Jahr gibt es das Gesetz über die Fristenlösung. Aber in nur wenigen Städten sind die Voraussetzungen geschaffen worden, um dem Gesetzesauftrag gerecht zu werden. Da das Gesetz über die Fristenlösung keine zwingende Vorschrift enthält, ist es der Leitung der jeweiligen Krankenhäuser, vor allem den Primärärzten überlassen, ob ein Schwangerschaftsabbruch durchgeführt wird oder nicht. Dies führte auch dazu, daß im Landeskrankenhaus Steyr dem Fristenlösungs-gesetz bis heute nicht entsprochen wird und die schwangere Frau in ihrer Notlage gezwungen ist, bei einem Arzt in der Privatordination oder in einer anderen Stadt einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen und dadurch mit zusätzli-chen Kosten und Honoraren bis S 10.000,- verbunden ist. Ich habe bereits auf diese Tatsache im Vorjahr im Gemeinderat aufmerksam gemacht und auch verlangt, wenn schon die Stadt Steyr 7,5 Mill. Schilling an Krankenanstaltenbeitrag leisten muß, so hat die Gemeindevertretung allein schon das moralische Recht, zu ver-langen, daß das Gesetz im öffentlichen Krankenhaus durchgesetzt wird. Die Kom-munistische Partei wird wie bisher auch in Zukunft im Gemeinderat verlangen, daß auch im Steyrer Krankenhaus Voraussetzungen zur Durchführung der gesetz-lichen Fristenlösung geschaffen werden. Bedauerlich dabei ist, daß die Kollegen der Sozialistischen Fraktion bisher unser Verlangen nicht unterstützt haben, ob-wohl sie, wie ich weiß, mit unserer Auffassung übereinstimmen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Bei der Bilanz 3 Jahre Gemeinde-tätigkeit unter dem Titel "SPÖ Steyr hält Wort", die von der Sozialistischen Par-tei veröffentlicht wurde, mangelt es sehr an Objektivität. Unter anderem heißt es: Von den Sozialisten wurden im Resthof 480 Wohnungen gebaut, die SPÖ hat S 70 Mill. für Straßenbauten und Verkehrsmaßnahmen ausgegeben oder sie schu-fen die Pensionistenwohnungen usw. Alle diese kommunalen Einrichtungen, mei-ne Damen und Herren, das möchte ich heute feststellen, wurden gemeinsam von allen im Gemeinderat vertretenen Parteien entwickelt, beraten und einstimmig beschlossen. Allerdings gab es und wird es auch in Zukunft Auffassungsunter-schiede geben, welche Probleme vorrangig sind oder auch grundlegender Natur sind. Wie z. B., daß die Kommunistische Partei für einen verstärkten Wohnbau eintritt, mit Mieten, die auch von der breiten werktätigen Bevölkerung bezahlt werden können. Oder daß die Kommunistische Partei die Auffassung vertritt, die Funktion eines Gemeinderates sei ein Ehrenamt und daß die Verdoppelung der Bezüge in diesen 3 Jahren nicht tragbar sei. Laut Voranschlag verschlingen die Gemeindevertreter im kommenden Jahr bereits S 5,9 Mill., darüber stand natürlich nichts in der SP-Propaganda, und darüber eigentümlicherweise konnte auch oder wollte der Berichterstatter, der Finanzreferent, auch kein Wort ver-lieren. Wenn unsere Stadt auf eine erfolgreiche Entwicklung und Aufbauarbeit zurückblicken kann, so möchte ich heute ohne Übertreibung und Überheblichkeit

sagen, auch die Kommunistische Partei im Steyrer Gemeinderat hat einen nicht unwesentlichen Beitrag geleistet. Zu Beginn der laufenden Funktionsperiode habe ich erklärt, die Kommunistische Partei hat klare Vorstellungen und soziale Alternativen zur Politik der Mehrheit und zu den anderen Parteien. Aber die Kommunistische Partei wird nach wie vor alles unterstützen, was den Arbeitern, Angestellten und Pensionisten sowie den kleinen Gewerbetreibenden unserer Stadt dient und nützt. Wir werden allen Vorhaben und Anträgen unsere Zustimmung geben, ganz gleich von welcher Seite sie kommen, die unserer Stadt für ihre weitere Entwicklung förderlich sind, sei es in wirtschaftlicher, kultureller oder sozialer Hinsicht. Und darnach habe ich mich als Sprecher der Kommunistischen Partei im Gemeinderat in all diesen Jahren gehalten. Die Kommunistische Partei hat sich zur Zusammenarbeit bekannt, soweit sie positiv ist und im Interesse der werktätigen Bevölkerung. Und die Kommunistische Partei steht nach wie vor zu diesem Bekenntnis.

Ich anerkenne aber auch die großen Zuschüsse, die für das Schulwesen S 28 Mill., für Kindergärten und Horte S 7,5 Mill. und für das Zentralaltersheim S 10 Mill., im Voranschlag eingesetzt sind als eine soziale Leistung der Stadt.

Und nun zum Abschluß. Die Kommunistische Partei wird so wie bisher auch im kommenden Jahr gegen alle unsozialen und überhöhten Gebühren und Tarife auftreten und zugleich aktiv bei der Weiterentwicklung unserer Stadt zum Wohle der Bevölkerung in allen Ausschüssen sowie im Gemeinderat mitarbeiten. Daher tritt die Kommunistische Partei auch für die schnelle Realisierung der im aoH vorgesehenen Großprojekte ein, wie z. B. die Ausgabe von S 32 Mill. zum Neubau der Handelsakademie, der Handelsschule und der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen samt Lehrkindergarten. Wir stehen auch positiv zu den Straßen- und Kanalbaumaßnahmen im Ausmaß von S 40 Mill. sowie der schnellen Errichtung der Enns- und Steyrbrücke in Zwischenbrücken. In diesem Sinne werde ich als Vertreter der Kommunistischen Partei dem Voranschlag 1977 die Zustimmung geben. Allerdings ausgenommen die neuerliche Erhöhung der Funktionsbezüge auf nun schon S 5,9 Mill. und die Kanalgebührenerhöhung, die bekanntlich ab 1. 1. 1977 voll in Kraft tritt, die die Bevölkerung allein im kommenden Jahr mit über S 6 Mill. belastet.

Im Namen meiner Partei und natürlich auch persönlich wünsche ich Ihnen, werter Herr Bürgermeister, Ihnen meine Damen und Herren des Gemeinderates, den Beamten und Bediensteten dieses Hauses sowie ihren Familien, frohe Festtage. Der Bevölkerung unserer Stadt wünsche ich vom ganzen Herzen ein friedliches Jahr 1977 und daß sie im kommenden Jahr von weiteren Gebühren- und Tarifierhöhungen verschont wird.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Erklärung. Nach Aufliegen aller Fraktionserklärungen ergibt sich, daß wir heute mit einem einstimmigen Beschluß zum Budget 1977 rechnen dürfen. Das bedeutet aber nicht, daß wir nun die Diskussion abbrechen können. Ich habe einige Wortmeldungen noch vorgemerkt. Nächster Sprecher ist Gemeinderat Mayrhofer, anschließend Gemeinderat Manetsgruber und dann Frau Stadtrat Kaltenbrunner und Stadtrat Wallner.

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich möchte die Budgetdebatte zum Anlaß nehmen, um über die Lage der Selbstän-

digen zu berichten und sie zu beleuchten. Zweifellos läßt der erfreuliche Aufschwung an Gewerbesteuer erkennen, daß im allgemeinen die Ertragslage unserer Unternehmen und Betriebe nicht die schlechteste ist. Nur glaube ich, sollte man eine solche Aussage doch auch einschränken, indem man auf die Lage der kleinsten Betriebe hinweist. Auch wir, Herr Gemeinderat Fuchs, haben uns über diese Klein- und Kleinstbetriebe sehr ernste Gedanken gemacht, über diese sogenannten "Papa- und Mama-Betriebe" und wissen genau, daß es gerade jene Betriebe sind, die für die Nahversorgung unserer Bevölkerung von entscheidender Bedeutung sind und die mit immer größeren Sorgen zu kämpfen haben. Sie sind nicht in der Lage, Schritt zu halten mit den großen Verkaufsketten, mit den größeren Gewerbeunternehmungen. Sie müssen nach wie vor um jeden einzelnen Kunden sich bemühen, sie müssen durch stärkeres Service und durch eine ständige Bereitschaft sich auszeichnen, um in diesen harten Zeiten des Konkurrenzkampfes noch bestehen zu können. Es gehören aber nicht nur Großunternehmen, Mittelbetriebe zu einer gesunden Wirtschaftsstruktur, sondern auch Klein- und Kleinstgewerbetreibende. Und diesen zu helfen und ihren Fortbestand und damit die Nahversorgung zu sichern, ist für die Stadt Steyr eine Verpflichtung.

Ich möchte daher heute die Anregung aussprechen, eine Kleingewerbeaktion vorzunehmen, bei der die Stadtgemeinde Steyr Hilfestellungen für Investitionen zu geben hat. Ich könnte mir vorstellen, daß bei Gewerbeneugründungen oder bei bestehenden Betrieben bis zu einem bestimmten Jahresumsatz die Stadtgemeinde Steyr Investitionen durch verlorene Zuschüsse oder aber auch durch Zinsendienste erleichtern sollte. Voraussetzung ist allerdings, daß diese Investitionen die Lebensfähigkeit, die Produktivität und die Wirtschaftlichkeit dieser Kleingewerbetreibenden fördert. Bisher hat u. a. die Gewerbeförderung der Stadt Steyr so ausgesehen, daß Fremdenverkehrsbetriebe bei Modernisierung und Einbauten von Toiletteanlagen Zuschüsse von S 3.000,- bzw. S 5.000,- erhalten haben. Diese Beträge sind meiner Ansicht nach überholt und bilden keinen nennenswerten Anreiz mehr, solche Investitionen zu tätigen. Daher wäre auch hier eine Anhebung bzw. Verdoppelung auf S 6.000,- bzw. S 10.000,- angebracht. Zudem wird auch, wie ich weiß, in solchen Fällen ein gleich hoher Betrag, wie ihn die Stadtgemeinde gibt, vom Land gegeben. Diese Art der Förderung sollte im Interesse der Fremdenverkehrswirtschaft beibehalten werden, jedoch mit einer Einschränkung, daß nach Möglichkeit bessere Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen geboten werden. Ich werde mir erlauben, schon in den nächsten Wochen einen entsprechenden Vorschlag hier dem Magistrat zu unterbreiten und ich bitte bereits Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, heute für mein Vorhaben ein offenes Ohr zu haben. Der Kleingewerbetreibende, wissen wir doch alle, ist kein Schnorrer, der sich an öffentlichen Mitteln bereichern will. Er übt aber eine so wichtige Verteilerfunktion in einer gesunden Wirtschaftsstruktur aus, daß die öffentliche Hand nicht umhin kann, auch ihm helfend unter die Arme zu greifen. Gerade eine Stadtverwaltung wie die von Steyr, die stolz darauf ist, alle Lebensbereiche zu verbessern und zu verschönern, muß sich auch der Lage dieser Selbständigen annehmen. Ich möchte aber betonen, daß wir neue Wege einer intensivierten Gewerbeförderung beschreiten müssen, aber nicht wie bisher nach einem Gießkannenprinzip, das, glaube ich, unzweckmäßig ist und dem ich bestimmt nicht das Wort rede. Meine Absicht und meine Initiative gipfelt, wie bereits festgestellt, darin, Investitionen, die zukunftsweisend für den einzelnen Gewerbetreibenden sind bzw. die der Erhaltung seiner Substanz in der modernen Wirtschaft dienen, zu unterstützen. Nähere Einzelheiten werde ich in meinem schriftlich einzubringenden Vorschlag niederlegen.

Abschließend, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen allen zum bevorstehenden Fest frohe und ruhige Weihnachten sowie ein erfolgreiches gesundes Jahr 1977 wünschen.

A p p l a u s

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich glaube nicht, daß wir heute jedem Diskussionsredner für die Weihnachtswünsche danken müssen. Dessen ungeachtet darf ich in der Rednerliste fortfahren. Als Nächster ist Gemeinderat Manetsgruber vorgemerkt, dann Frau Stadtrat Kaltenbrunner.

GEMEINDERAT JOHANN MANETSGRUBER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Gerade die Ausführungen unseres Kollegen Tremml veranlassen mich, hier einige Worte zu sagen. Als Betriebsrat der Steyr-Daimler-Puch AG und als Gemeinderat der Stadt Steyr möchte ich eine grundsätzliche Erklärung zu den weltweiten Wirtschaftsverflechtungen der Steyr-Daimler-Puch AG, zumindest soweit sie das Hauptwerk Steyr betreffen, abgeben. Wir sind eine gute Firma, unsere Erzeugnisse haben einen weltweiten Ruf, ihre Lebensdauer und Qualität ist unbestritten. Ein sehr kritischer Besucher unseres Werkes, der polnische Ministerpräsident hat die goldenen Hände unserer Arbeiter an dem Ergebnis der von ihnen geschaffenen Produkte besonders hervorgehoben. Wir sind auch konkurrenzfähig. Unsere Erzeugnisse brauchen keinen Vergleich mit denen anderer Industriestaaten zu scheuen. Als Betrieb eines neutralen Staates sind wir daher ein idealer Wirtschaftspartner für jeden Interessenten aus aller Welt. Natürlich auch für unsere Partner in den Oststaaten. Sie haben wahrscheinlich durch leidvolle Erfahrungen gelernt, genau zu prüfen, bevor sie sich durch langfristige Verträge an ein Industrieunternehmen außerhalb ihrer politischen Einflußsphäre binden. Sie legen auch einen sehr strengen Maßstab bei der Beurteilung jener Produkte an, die sie einkaufen. Sie können es sich nicht in ihrer Planwirtschaft leisten, Aggregate zu besitzen, die ständige Ausfälle aufweisen. Bei ihren Programmen sind sie an Termine gebunden und um diese einhalten zu können, brauchen sie zuverlässige betriebssichere Fahrzeuge. Wir haben ihnen dies alles angeboten und sie haben sich unseres Angebotes bedient und es ist eine echte Kooperation und Partnerschaft daraus geworden. Wir schätzen an den osteuropäischen Staaten ihre sichere Wirtschaftslage. Rezessionen treten nicht in dem Maß auf, wie sie in der freien Marktwirtschaft des Westens zu verzeichnen sind. Wir freuen uns über die langfristigen Bindungen, die dabei entstehen und wir müssen für unsere Zukunft einplanen, daß wir auch späterhin unsere Produktion durch ihre Beiträge ergänzen werden. Ich glaube daher, mit Stolz sagen zu können, daß wir mit unseren osteuropäischen Partnern, diese aber auch mit uns zufrieden sein können und hier sich eine Entwicklung anbahnt, die vielleicht zukunftsweisend für die gesamte Weltwirtschaft sein könnte, nämlich Kooperation und Gütertausch in allen Bereichen, von der Planung über die Konstruktion, den Prototyp bis zum fertigen Aggregat. Wir Steyrwerkler haben nichts zu verschenken, es wird uns aber auch nichts geschenkt und damit ist eine klare Rechnung gegeben und damit auch eine klare Aussage zu unseren Ostverbindungen in den Raum gestellt. Ich glaube, diese Aussage ist für den Steyrer Gemeinderat wichtig, denn nach wie vor ist der Pulsschlag dieser Stadt die Produktivität der

Steyr-Daimler-Puch AG. Sie zu erhalten und weiter auszubauen ist nicht nur ein Gebot der Stunde, sondern auch eine Aufgabe für die Zukunft. Das Entwicklungskonzept, welches wir für die Region Steyr beschließen wollen, nimmt darauf bereits weitgehend Rücksicht. Nicht nur die Vertragspartner in den einzelnen Ostländern tragen zur Belebung der Wirtschaft bei. Gerade die soz. Bundesregierung unter Bundeskanzler Kreisky hat durch Gewährung von namhaften Bereitstellungskrediten bzw. Sicherstellung dieser auch für die bereits erwähnten Länder maßgebenden Anteil an der Vollbeschäftigung in Österreich und im besonderen an der Weiterentwicklung in den Steyr-Werken beigetragen.
Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke. Als nächster Sprecher ist vorgemerkt Frau Stadtrat Kaltenbrunner, anschließend Stadtrat Wallner und diesem folgt Stadtrat Zöchling.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist heute internationales Gedankengut geworden, daß Sozialpolitik in der Verwaltung eines Gemeinwesens eine Schlüsselstellung einnimmt und diese Erkenntnis hat auch in unserer Gemeinde ihren Niederschlag gefunden. Die Aufgabe der Sozialpolitik ist es vornehmlich, soziale Gegensätze zu überwinden sowie soziale Mißstände abzubauen und sozialen Spannungen vorzubeugen. Man weiß heute ganz genau, daß gestörte oder bedrohte soziale Verhältnisse immer eine Gefahr für den Bestand der Gesellschaft sind. Es muß daher der Familie als Keimzelle der Gemeinschaft, als Keimzelle des Staates, in erster Linie unser sozialpolitisches Interesse gelten, wobei wir Sozialisten in Anspruch nehmen können, daß Sozialpolitik für uns von Beginn der modernen Arbeiterbewegung an immer eine entscheidende Rolle gespielt hat. Nun haben wir in unserer Stadt auf dem Gebiet der Sozialen Dienste schon sehr vieles erreicht. Aber selbst wenn wir annehmen, daß es uns auch in Zukunft gelingen wird, noch weitere Verbesserungen vorzunehmen, bleibt ein weiteres Gebiet auf sozial-fürsorgerischem Gebiet übrig und damit, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, bin ich eigentlich schon bei meinem Thema Jugendwohlfahrt angelangt. Mein Kollege Stadtrat Zöchling wird mir entschuldigen, daß ich hier aus seinem Ressort zu einem ganz besonderen Kapitel ganz kurz Stellung nehme, welches uns Frauen ganz besonders bewegt. Wenn auch unsere Familienberatungsstelle ganz gut funktioniert, ist doch darauf hinzuweisen, daß gerade auf dem Gebiet der generellen Betreuung unserer gefährdeten Jugend ein gewisses Leerfeld besteht. Von unseren Fürsorgefrauen wird heute sehr viel Arbeitsenergie aufgewendet, um Kinder aus sogenannten asozialen Familien vor Verwahrlosung zu bewahren. Selbst Heim- und Pflegeplatzunterbringung erweisen sich oft als sehr problematisch, soweit diese Kinder einmal einige Jahre im verwahrlosten Milieu aufgewachsen sind. Wo trotz aller Hilfen die Familie nicht imstande ist, die sozial-individuelle Integration des Jugendlichen im befriedigenden Maß sicherzustellen, ist eine Unterbringung in einem Heim notwendig. Sind es doch z. B. bei verbesserten materiellen Bedingungen vor allem die Probleme der Wohlstandsverwahrlosung, die dringend einer Sozialbetreuung neuen Stils bedürfen. Außerdem führen die erhöhten Ansprüche vieler Familien zu neuen Belastungen und Streßsituationen, denen viele Mitglieder dieser Gesellschaft nicht mehr gewachsen sind. Damit ist vor allem der Jugendwohlfahrt ein umfassendes neues Aufgabengebiet erwachsen. Man weiß heute, daß zumindest eine Ursache der ungezügelten Ag-

gresivität wie der Suchtgefährdung, die bereits zu einem weltweiten Problem geworden ist, im unentwickelten Gemeinschaftsgefühl und Verunsicherung in der Kindheit und Jugend zu suchen ist. Wenn sich nun die Sozialarbeit vor allem darum bemüht, die Integration des jungen Menschen in der Gesellschaft zu fördern, so übt sie sicherlich entscheidende gesellschaftspolitische Funktionen aus. Immer mehr setzt sich heute in Fachkreisen und in der Öffentlichkeit die Einsicht durch, daß eine ambulante Betreuung unserer gefährdeten Kinder und Jugendlichen viel früher und intensiver als bisher einsetzen muß. Wir müssen das Suchtgiftproblem mit den Mitteln der Aufklärung und Abschreckung bekämpfen. Schon in den Schulen sollten die Jugendlichen auf die Gefahr der Drogenabhängigkeit aufmerksam gemacht werden, daß ein aus Neugier gerauchtes Suchtgift nicht nur viel Geld, sondern auch den Charakter, die Existenz, die Gesundheit und allzufrüh auch das Leben kosten kann. Die Umgestaltung der vielfach klein gewordenen Familie in der industriellen Gesellschaft birgt erhebliche Gefahren für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder. Es kommt vermehrt zu Zivilisationsschäden und immer mehr Eltern brauchen Rat und Hilfe bei der Bewältigung ihrer Erziehungsaufgabe. Es muß daher ein vordringliches Anliegen der Sozialarbeit sein, den Eltern ein differenziertes System einer Beratungseinrichtung zur Verfügung zu stellen. Als Grundlage für solch eine Drogenberatungsstelle müßte vorerst eine entsprechende zentralliegende Räumlichkeit in unserem Stadtgebiet zur Verfügung gestellt werden. Nach der Vorstellung eines Bewährungshelfers könnte dies durchaus eine zur Zeit leerstehende Wohnung sein, keinesfalls dürfte die Unterbringung in einem Amtsgebäude erfolgen. Nach Möglichkeit sollten dort auch die Trinker miterfaßt werden. Neben verschiedenen Angeboten an Freizeitgestaltung sollte ansatzmäßig ein gruppentherapeutisches Angebot im Vordergrund stehen. Dafür wäre ein entsprechend ausgebildeter Sozialarbeiter, der im Umgang mit Suchtgiftabhängigen Erfahrung hat und ein psychiatrischer Konsulent notwendig. Es würde vermutlich ausreichend sein, wenn der Psychiater wöchentlich an einem bestimmten Tag für vier Stunden am Abend anwesend wäre. Die Hauptlast der Arbeit würde naturgemäß wieder am Sozialarbeiter liegen, der auf Grund seiner Fähigkeit im Umgang mit Drogenabhängigen, die Beratungsstelle zielgerichtet leiten sollte. Die Vorstellungen des Bewährungshelfers basieren auf den Erfahrungen einer Drogenberatungsstelle in Wien. Es wäre sicher wichtig, bei Errichtung einer ähnlichen Stelle bei uns in Steyr, den vorgesehenen Sozialarbeiter bei einem Praktikum in dieser Beratungsstelle Erfahrung sammeln zu lassen. Ich darf Ihnen, verehrte Damen und Herren, sagen, daß es in OÖ. an die 1.650 Süchtige gibt. Ein Bericht der Steyrer Kriminalpolizei besagt, daß im Zeitraum zwischen Jahresbeginn 1976 bis heute im Überwachungsbereich Steyr, 66 Personen, teils Jugendliche, wegen Vergehens nach dem Suchtgiftgesetz ausgeforscht und angezeigt wurden. Im Budget 1977 sind ja bereits S 100.000 für die Einrichtung einer Beratungsstelle für Suchtgift- und Alkoholranke vorgesehen, wofür ich Ihnen herzlich danke. Es war nicht meine Absicht, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, aus dem Leistungskatalog moderner Jugendwohlfahrt ein Referat zu halten, vielmehr wollte ich damit ihre Bedeutung für soziale Sicherung unserer von Alkohol, Rauch und rauschgiftgefährdeten Jugend andeuten. Und nun gestatten Sie mir, einige Worte über unser Altersheim zu sagen. Seit mehreren Jahren ergibt sich für unsere Stadtgemeinde in der Vorsorge für die pflegebedürftige ältere Bevölkerung ein echter Engpaß. Der Bau der Pensionistenheime hat bewirkt, daß sehr viele ältere Mitbürger, die früher ohne ein Pflegefall zu sein, das Altersheim aufgesucht haben, nunmehr durch die altengerechten Wohnverhältnisse sowie durch unsere Aktion "Essen auf Rädern" ihren priva-

ten Haushalt weiterführen. Eine Erscheinung, die in jeder Beziehung begrüßenswert ist. Daraus ergibt sich jedoch, daß der Zuzug in unser Zentralaltersheim zum überwiegenden Maße nur mehr von solchen älteren Mitbürgern angestrebt wird, die bereits echt pflegebedürftig sind. Aus diesem Grunde mußte die Krankenabteilung von ursprünglich 72 Betten in den letzten Jahren bereits auf 147 Betten erweitert werden. Diese Entwicklung ist leider derzeit nicht zu ändern. Ich hoffe, es wird sich später einmal eine Besserung ergeben, wenn im Landeskrankenhaus Steyr eine geriatrische Abteilung für Langzeitpflegefälle eingerichtet wird, die uns schon lange versprochen ist. Da die Nachfrage nach Pflegebetten ständig zunimmt, ist die Unterbringung der einzelnen Fälle nur nach Maßgabe einer langen Vormerkungsliste möglich. Dieser Umstand hat die Stadtverwaltung dazu bewogen, durch Aussiedlung Personalräume freizumachen und durch diese die Pflegeabteilung zu erweitern. Zur Information darf ich noch sagen, daß von 113 Bediensteten des Heimes 52 Personen im Haus selbst wohnen. Auch darf nicht überschen werden, daß die Pfl egetätigkeit in einem Zentralaltersheim besonders schwierig ist und vor allem auch sehr viel Idealismus voraussetzt. Ebenso wie sich die Spitäler bemühen, durch Dienstwohnungen für Schwestern und sonstige Mitarbeiter die Personalfrage zu lösen, hat nun auch in dieser Beziehung die Stadtgemeinde Steyr Vorsorge getroffen. Durch den Ankauf des ersten Obergeschosses des Schülerheimes Tabor wird es innerhalb kürzester Zeit möglich sein, 16 Garconnieren als Dienstwohnungen für das Pflegepersonal des Altersheimes auszubauen. Über diese Beschlüsse, die in diesem Sinne in der GR-Sitzung am 8. November von der Sozialistischen Mehrheitsfraktion mit der Stimme der KPÖ gefaßt wurden, bin ich sehr froh und danke nochmals recht herzlich dafür. Sie haben dadurch vielen hilfsbedürftigen Menschen geholfen, ihr Schicksal leichter zu ertragen, indem doch an die 30 Personen mit einer Heimeinweisung rechnen können. Gegen die Vereinsamung unserer Heiminsassen wird seitens der Verwaltung sehr vieles unternommen. Es werden laufend Unterhaltungen veranstaltet, abgesehen von der Muttertags- und Weihnachtsfeier wurden im abgelaufenen Jahr 10 Musik-, Gesang- und Lichtbildervorträge abgehalten. Um Betätigungsmöglichkeiten zu schaffen und die geistige Aktivität zu erhalten, werden Ausflüge durchgeführt. Im Jahresdurchschnitt kommen auf diese Weise ungefähr 10 - 12 Nachmittagsfahrten zustande. Auch für die mit 1.500 Büchern ausgestattete Heimbücherei besteht sehr reges Interesse.

Verehrte Damen und Herren! Weiters bin ich stets bemüht, persönlichen Kontakt zu unseren einsamen alten Menschen zu pflegen. Ich gehe stets auf ihre Probleme, Anliegen, Sorgen und Nöte ein. Ein gutes Wort, ein guter Rat und vor allem Verständnis wirken oft Wunder, sie kosten kein Geld, höchstens Zeit, die ich mir immer nehme, Geduld und Einfühlungsvermögen. So glaube ich, kann ich für unsere betagten Menschen im Heim, die ja letztlich nichts anderes als eine große Familie, eine Schicksalsgemeinschaft sein sollen, wirken.

Sicher gibt es vielfach ein Altersleid, das zu lindern sehr schwer fällt. Es ist leider die selbstgewählte Vereinsamung. Sie haben in ihrem Leben oft bittere Enttäuschungen erlebt, kapseln sich ab und glauben, so ihre Ruhe gefunden zu haben. Wenn auch heute alles versucht wird, alt gewordenen Menschen ihr Dasein menschenwürdig und halbwegs in finanzieller Hinsicht sorgenfrei zu gestalten, bedrückt doch mehr als wir stets annehmen wollen das Gefühl des nicht mehr Gebrauchtwerdens, der Unnützh eit Viele, ja nur Allzuviele der älteren Generation. Man mag sicher einwenden, wer einsam sei oder sich als unnüt z vorkommt, sei selbst Schuld daran. Aber so einfach ist das auch wieder nicht. Wenn man davon ausgeht, daß mehr als zwei Drittel unserer betagten Menschen ganz selten oder

nie einen Besuch bekommen, so sind dies noch Zeichen der Vereinsamung und der Resignation. Und diese Auswirkungen der Altersproblematik in unserer modernen Gesellschaft können weder vom Einzelnen noch von der Volksgemeinschaft ignoriert werden. Deshalb verdienen alle Bestrebungen, welche darauf hinzielen, dem Angehörigen der älteren Jahrgänge Hilfe zur Selbsthilfe zu übermitteln, Dank. Wir alle wissen, daß die Zusammenhänge und Interessen unseres gesellschaftlichen Lebens immer schwerer durchschaubar werden und auch die Anforderungen an das Verständnis unserer betagten Mitbürger immer höher steigen. Wir wissen aber auch, daß die Zukunft unserer Stadt nicht von selbst erreicht wird, sondern planvolles Handeln und von uns allen verantwortungsbewußte Politik erfordert. Politik für unsere Stadt im Interesse und zum Wohle der hier lebenden Menschen ist eine Aufgabe, die am besten in gemeinsamer Arbeit erfüllt werden kann.

Ich danke nicht für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Beitrag. Der letzte Ausspruch veranlaßt mich, jetzt nicht Kollegen Wallner zum Rednerpult zu bitten, sondern eine kurze Pause einzuschalten.

Pause von 16.43 - 16.58 Uhr.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich darf Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen.

Nach dieser kurzen Erfrischungspause geht die Sitzung wieder weiter. Als nächster Redner ist vorgemerkt Herr Stadtrat Wallner, anschließend Stadtrat Zöchling, Gemeinderat Reisner und Gemeinderat Radler.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich werde mich bemühen bzw. ich kann es Ihnen gleich versprechen, daß ich keine weltpolitischen und internationalen Beiträge bringe, wie zum Teil meine verehrten Vorredner gebracht haben, daß ich also das nicht tun werde. Ich werde mich auf den Sinn und Zweck des heutigen Beisammenseins beschränken, also mir erlauben, Sie unter Umständen wieder auf das Budget zurückzuführen.

Zunächst ein grundsätzliches Wort zu den Budgetsitzungen überhaupt und ich glaube damit eines auszusprechen, was sich jeder von Ihnen wohl denken mag. Man kann eine Budgetsitzung des Gemeinderates nach 2 Kriterien beurteilen. Nach der Dauer der Sitzung und z. B. mit Stolz vermelden in der Öffentlichkeit, wir tagten 7 oder 8 Stunden. Oder die zweite Möglichkeit, man kann den Inhalt und den Aussagewert einer Gemeinderatsitzung für deren Beurteilung heranziehen. Ich glaube für mich behaupten zu dürfen, daß ich mich immer zur letzteren Version bekannte und weiß mich hier eins mit vielen von Ihnen und auch mit jenen Leuten aus der Bevölkerung, die unsere Sitzungen, das gibt es noch, mit Interesse verfolgen. In diesem Sinne hat sich meine Fraktion im Bezug auf die Anzahl und Dauer der Beiträge weitestgehend Selbstdisziplin auferlegt und so wollen Sie bitte auch unsere Beiträge verstehen.

Das Vorhergesagte schließt nicht aus, daß man doch zu wichtigen Kapiteln des Budgets Stellung nimmt und auch eine kurze Bilanz über das vergangene Jahr zieht, das ja in seinen Auswirkungen wiederum Grundlage für die Arbeit im Gemeinderat im kommenden Jahr ist. Zunächst ein Wort zu jenen Problemen, die

mich in meiner Eigenschaft als Baureferent betreffen. Dazu gehört zunächst die von der Mehrheitsfraktion - das ist heute schon von meinem Kollegen Fritsch angeschnitten worden, das soll kein Nachbeten sein, aber ich glaube, es soll in dem kurzen Beitrag auf die Bedeutung dieser Situation hingewiesen werden - also die von der Mehrheitsfraktion im vergangenen Jahr abgelehnte Vergabeordnung. Mir war und bleibt es unbegreiflich, warum Sie sich gegen ein Ordnungsprinzip bei der Vergebung öffentlicher Aufträge, das noch dazu der Rechnungshof gefordert hat, mit so fadenscheinigen Argumenten wie mit der Kausalität zwischen Vergabeordnung und Statutenänderung gestellt haben. Es soll damit nicht gesagt werden, daß bisher öffentliche Aufträge willkürlich vergeben worden sind oder daß es Anlaß gibt, dem Amt Unordnung vorzuwerfen. Ich muß Ihnen aber eines ehrlich sagen. Seit 2 Jahren führt meine Fraktion eine Vergabekartei, in die alle Vergaben nach jeder Sitzung eingetragen werden und diese Kartei sagt doch bei einigen maßgeblichen Auftragsvergaben sehr deutlich aus, daß immer noch zu viele Arbeiten und Leistungen nur beschränkt und hier in manchen Fällen noch dazu alzu einseitig beschränkt ausgeschrieben bzw. freihändig vergeben werden. Diese beweisbare Kritik nehme ich auch dann nicht zurück, wenn auch immer wieder von Ihnen, meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei uns gegenüber damit argumentiert wird, man müsse einen Spielraum für Entscheidungen unter Bedachtnahme auf die Beschäftigungslage der Wirtschaft lassen. Dazu nur eines: 1) ist diese Entscheidungshilfe, von der Sie sprechen, auch in der Ö-Norm, die ja wiederum Grundlage für die von uns erarbeitete Vergabeordnung war, normiert und 2) regelt die Wirtschaft schon selbst ihren Kreislauf nach dem einfachen und allzu bekannten Prinzip Angebot und Nachfrage. Sie wären gut beraten, wenn Sie mit uns im kommenden Jahr wieder Verhandlungen über die Erstellung einer Vergabeordnung aufnehmen würden. Nun ein Wort zur personellen Situation im Stadtbauamt. Das Bauamt ist eindeutig personell unterbesetzt und es ist nur dem Leistungswillen und der Leistungsbereitschaft sämtlicher Bediensteter des Bauamtes zu verdanken, daß der Dienstbetrieb ohne schwerwiegende Komplikationen abgewickelt werden kann. Für wichtige Aufgaben, wie z. B. eine allumfassende Stadtplanung, bleibt aber einfach zu wenig Zeit. Allerdings ist meiner Meinung nach auch der Ansatz von S 100.000,- im Budget für die Stadtplanung zu gering. Derzeit wird, wie Sie wissen, im Bauamt an der Erstellung des gesetzlich erforderlichen Flächenwidmungsplanes gearbeitet, auf dessen eheste Fertigstellung wegen der dann zu treffenden Maßnahmen größter Wert gelegt wird. Erlauben Sie mir einen personellen Vergleich im Bereich der beiden Stadtbauämter in Wels und Steyr anzustellen. Ich habe mir die Zahlen geben lassen, sowohl von Wels als auch von unserem Amthier. Bitte nur einige Zahlen daraus gegenübergestellt. Immer die erste Zahl ist die Welser Personalzahl, Personenanzahl und als zweite die Steyrer: Baudirektion 3 - 2, Bauverwaltung 9 - 4, Stadtplanung 9 - 6, wobei ich dazu einschränkend bei den 6 Stadt Steyr sagen muß, daß an und für sich nicht in der Stadtplanung von 6 Personen man sprechen kann, sondern echt von 2, wie Sie wissen. Die übrigen 4 sind der Vermessung zuzuteilen. Aber nur plangemäß sind sie dieser Abteilung zugeordnet bzw. auch in Wels zugeordnet. Hochbau 8 - 2, Bau- und Feuerpolizei 7 - 2, Elektrotechn. Dienst 3 - 7, Tiefbau 13 - 8. Das ergibt bitte eine Anzahl in Wels von 56 und in Steyr von 33, also immerhin ein Manko von 23 Personen in unserem Stadtbauamt, wobei mir selbstverständlich die Größenordnungen Steyr - Wels bekannt sind. Doch glaube ich sagen zu können, daß ein sehr deutlicher Unterschied feststellbar ist. Ich möchte nun mit diesen Zahlen nicht einer Personalvermehrung im Ausmaß der Welser das Wort reden, jedenfalls müssen aber ehestens im Magistratspräsidium Überlegungen angestellt werden, ob

nicht ein gewisser Ausgleich durch magistratsinterne personelle Umschichtungen möglich wäre, wobei mir selbstverständlich das Problem der erforderlichen technischen Qualifikation bei einer solchen Umschichtung nicht unbekannt ist. Nun gleich zu einem anderen Thema, das mit dem Bauwesen unserer Stadt zusammenhängt. In der letzten Aussendung eines Steyrer Presseorganes, den Namen darf ich wegen des sonst bestehenden Verdachtes einer Schleichwerbung bitte hier nicht nennen, wird der Bauausschuß, dem ich die Ehre habe vorzustehen, pauschal für Baustünden in unserer Stadt verantwortlich gemacht. In meinem Namen und ich glaube auch im Namen - ich habe vorher nicht die Möglichkeit gehabt, mit ihnen darüber zu reden - der Mitglieder des Bauausschusses muß dieser Vorwurf in der heute hier vertretenen Öffentlichkeit zurückgewiesen werden, denn der Bauausschuß kann bestenfalls Empfehlungen abgeben und hat sich geschäftsordnungsmäßig prinzipiell nur mit der Behandlung von Ausnahmegenehmigungen (also Überschreitungen von Baufluchtlinien, Abänderungen von Flächenwidmungsplänen etc.) zu befassen. Darüber hinaus würde die derzeit geltende Bauordnung dem Bauausschuß gar keine gesetzliche Handhabe bieten, Bauvorhaben in gestaltungsmäßiger Hinsicht (also ob etwas schön oder schiach ist - verzeihen Sie diesen Ausdruck, - wenn Sie wollen schön oder nicht schön ist) positiv oder negativ zu beeinflussen. Es muß hier allerdings auch klar zum Ausdruck gebracht werden, daß gemäß Gesetz der Bürgermeister selbst in Bauangelegenheiten erste Instanz ist. Im übrigen gibt es im Bereich des Magistrates Steyr noch einen Präsidial-Planungsausschuß, dem vom Bauausschuß her mein Kollege Wippersberger und ich angehören, dessen Vorsitzender aber der Herr Bürgermeister selbst ist. Ich werde aber die dem Grunde nach, das gebe ich offen zu, in manchen Fällen begründete Pressekritik zum Anlaß nehmen und im nächsten Präsidialplanungsausschuß die Frage der Beachtung, der Erhaltung und Verbesserung des Stadtbildes, an dem jeder von uns sicherlich größtes Interesse hat, zur Sprache bringen. Ich persönlich habe jedenfalls schon durch mehrere Beispiele bewiesen, daß ich gerne bereit bin, für die Erhaltung und Verbesserung des Stadtbildes mein Möglichstes zu tun und dafür einzutreten. Vielleicht findet sich in einem Presseorgan auch einmal ein Lob für positive Reaktionen der Stadtväter. Gleich dazu etwas. Nicht um ein Lob auf Vorschuß einzuheimsen möchte ich im Zusammenhang mit dem Zustand des Wehrgrabens, es ist heute schon kurz davon die Rede gewesen, der kürzlich Gegenstand einer Fernschendung war, einen Vorschlag bringen und zur Debatte stellen. Der Wehrgraben, da sind wir uns alle einige, soll nach dieser Sendung nämlich nicht mehr in Vergessenheit geraten und dessen Problematik sozusagen schubladiert werden. Es sollte sich hingegen ehestens, so glauben wir, eine Arbeitsgemeinschaft - ob sie als Komitee bezeichnet wird oder sonst wie - konstituieren, die sich dieses Problems ernstlich annimmt und unter Zugrundelegung der Hierzeggerschen Studie und eigener Überlegungen Vorschläge erarbeitet, in welcher Form und in welchem Ausmaß die Stadt Steyr Initiativen in Sachen "Wehrgraben" ergreifen sollte. Auch diese Frage werde ich mir erlauben, in einer der nächsten Sitzungen des Präsidial-Planungsausschusses anzuschneiden. Nachdem wir nun gerade im Stadtteil Steyrdorf sind, würde ich Herrn Bürgermeister dringlichst bitten, sich mit der derzeitigen Verkehrs- und damit wirtschaftlichen Situation des Stadtteiles Steyrdorf zu befassen. Durch die zurückliegenden Versäumnisse der Stadt Steyr im Zusammenhang mit dem schon lange bestehenden bedenklichen Bauzustand der Steyr- und Ennsbrücke in Zwischenbrücken und der nunmehr verfügten gänzlichen Sperre beider Brücken sowie der Aufhebung der Haltestellen der Bahn- und Postautobusse am Wieserfeldplatz ist es zu einem gänzlichen Abschneiden dieses Stadtteiles vom Stadtzentrum gekommen. Das Steyr-

dorf ist sozusagen, um einen harten Ausdruck zu gebrauchen, zum Ghetto geworden und würde es, wenn nicht sofort Gegenmaßnahmen getroffen werden, auch bleiben. Der gewerblichen Wirtschaft ist dort ein immenser wirtschaftlicher Schaden entstanden, der sich in einem rapiden Umsatzrückgang ausdrückt. Der Abgeordnete zum Nationalrat, Hans Kammerhofer, hat als zuständiger Kammerfunktionär sich, nachdem er an einer Sitzung von Wirtschaftstreibenden dieses Stadtteiles teilgenommen hat, dieses Problem angenommen und am 3. 12. 1976 im Parlament an den Bundesminister für Verkehr eine Anfrage betreffend die Auflassung der Autobushaltestellen der Bahn und Post am Wieserfeldplatz eingebracht. Es wird in dieser Anfrage zum Ausdruck gebracht, daß durch eine sorglose Kommunalpolitik dieser Stadtteil vom Verkehr praktisch abgeschnitten und dadurch eine fast gänzliche Isolierung von der sogenannten City entstanden ist. Es handelt sich um ein wörtliches Zitat aus der Anfrage an den Minister. Die Anfrage an den Minister geht dahin, ob er bereit sei, dafür Sorge zu tragen, daß diese Auflassung wieder rückgängig gemacht wird. Im Zusammenhang mit dem Brückenbau noch eine kurze Feststellung. Mein Kollege Fritsch und ich haben erst zuletzt wieder in der Informationssitzung des Gemeinderates am 29. November 1976 den Herrn Bürgermeister gebeten, sofort einen Generalverkehrsplan - davon ist heute ebenfalls schon kurz die Rede gewesen - für die Stadt Steyr zu erstellen, der schon den Neubau der beiden Brücken einbezieht und an dem sich sowohl die Bevölkerung als auch die gewerbliche Wirtschaft im besonderen langfristig orientieren kann.

Ich muß auch heute sagen, ich verstehe einfach nicht die damals gegebene Antwort des Herrn Bürgermeisters, der da sagte, zuerst werden die Brücken gebaut und dann werden wir einen Verkehrsplan erstellen. Glauben Sie nicht, Herr Bürgermeister, daß die Konzeption der beiden Brücken sehr stark von einer Konzeption der künftigen Verkehrsführung in unserer Stadt abhängig ist? Es gäbe die Möglichkeit, daß hier verschiedene Institutionen gebeten werden, durch Zurverfügungstellung von umfangreichen Archiven und Erfahrungsberichten uns zu helfen.

Soweit mein Beitrag zu diesem Thema.

Ein Wort zur Gewerbeförderung. Der Ansatz von S 500.000,- ist wohl nicht zu hoch, aber im Hinblick auf die erfolgte Förderung der gewerblichen Wirtschaft in den vergangenen Jahren - hier sei speziell die Förderung der Tätigkeit der Steyrer Ausstellungsgemeinschaft, die ja bekanntlich im Oktober die große Leistungsschau der gewerblichen Wirtschaft in der Steyrer Sporthalle und in einer angemieteten Zelthalle durchgeführt hat, hervorgehoben - und im Hinblick auf die noch zu erwartende Förderung der gewerblichen Wirtschaft - ich denke hier an die Vorgespräche mit dem Herrn Bürgermeister im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Neubau einer Ausstellungshalle durch die Steyrer Ausstellungsgemeinschaft gegenüber der Sporthalle und auf dem Gelände des ehemaligen Exerziergeländes - muß hier auch einmal namens der gewerblichen Wirtschaft öffentlich Dank gesagt werden. Ich stehe nicht an, dies zu tun. Dies soll aber die Gemeinde nicht von der Verpflichtung entbinden, auch für die heute schon zweifach erwähnte Nahversorgung in unterversorgten Stadtteilen Veranlassungen zu treffen.

Nun ein Wort zu Dir, Kollege Mayrhofer. Ich muß ehrlich sagen und das meine ich wirklich so, wie ich es sage. Es tat mir richtig wohl, in solchen Tönen seitens eines Vertreters des Freien Wirtschaftsverbandes über Klein- und Mittelbetriebe sprechen zu hören. Ich kann mir vorstellen, daß Du es oft in der jetzigen Regierung nicht leicht hast, Deine Interessen durchzubringen oder sie zumindest aufs Tapet zu bringen.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Diese Wünsche werden wir sicherlich prüfen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Dann kommt jetzt, Herr Bürgermeister, gleich eines dazu, das muß ich allerdings hier sagen. Verehrter Kollege, Deine Vorschläge kommen um einige Jährchen zu spät. Ich bitte im Protokoll nachzulesen. Ich habe in jeder Budgetsitzung, seit ich die Ehre habe, dem Gemeinderat anzugehören, haben wir diese Vorschläge immer wieder gebracht. Herr Bürgermeister bitte das zur Kenntnis nehmen zu wollen. Das soll um Gottes Willen nicht heißen, wenn es gemeinsam geht mit Dir, verehrter Kollege Mayrhofer, dann kann es für die gewerbliche Wirtschaft nur gut und schön sein, daß endlich hier solche Maßnahmen getroffen werden. Ein Wort noch zum erwähnten Gießkannenprinzip. Ich gebe Dir vollkommen recht, das war bisher in der Stadt der Fall, nicht aber und da gestatten Sie mir ein Wort zum Land, nicht aber im Land, das darf ich wohl sagen, daß Landesrat Trauner in den Jahren 1973 bis heute 217,4 Mill. allein an Wirtschaftsförderung zur Verfügung gestellt hat. Da kann man nicht mehr vom Gießkannenprinzip sprechen. Nun eine Frage, die ich mit Ihnen kurz besprechen möchte, die ich zur Sprache bringen möchte im Zusammenhang mit dem Hotelbau. Wenn ich vor die Frage gestellt würde, wie würde ich die Frage des verunglückten Hotelbaues in bildlicher Darstellung darstellen? Ich könnte mir durchaus vorstellen mitten auf dem Bauplatz für das Hotel eine wehende Fahne mit der Aufschrift "Tausendjahrfeier 1980 in Steyr" und darunter, wenn Sie wollen, unterstrichen diesmal ohne neues Hotel. Meine Damen und Herren, können Sie sich die Tausendjahrfeier im Jahre 1980 ohne ein neues Hotel, in welchem Sie die doch hoffentlich in Vielzahl zu erwartenden prominenten Gäste unterbringen können, vorstellen? Ich nicht. Die Blamage wird somit, wenn nicht schon heute, so zu jenem Zeitpunkt vollkommen sein. Wir müssen, so glaube ich, den Mut aufbringen, die Blamage einzugestehen und daraus schnellstens eine Konsequenz ziehen. Eine logische Schlußfolgerung aus der derzeitigen Situation ergibt, daß wir einfach kein neues Hotel zur Tausendjahrfeier haben werden. Es ergibt sich daher die Frage, ob es nicht am sinnvollsten wäre, aus finanziellen Mitteln der Stadt den Steyrer Gastwirten, die die bauliche Möglichkeit für die Erweiterung ihres Angebotes an Betten haben, den Ausbau und die Modernisierung ihrer Beherbergungsbetriebe schnellstens zu ermöglichen. Es soll ehestens eine diesbezügliche Erhebung bei den Gast- und Beherbergungsbetrieben von Steyr durchgeführt werden und nach einem positiven Ergebnis, das sicher zu erwarten sein wird, sollte sich eine Kommission konstituieren, die die Ausbaumöglichkeiten entsprechend überprüft und Vorschläge über eine finanzielle Bedeckung der Kosten erstattet. Ich bin sicher, daß mit einer solchen Maßnahme eine entsprechend große Anzahl von zusätzlichen Fremdbetten geschaffen werden kann. Es ergibt sich allerdings im Zusammenhang mit der Hotelmisere die ernst zu nehmende Frage, wer für dieses Debakel und für die bereits geleisteten Aufschließungsarbeiten und deren immense Kosten die Verantwortung trägt? Hätten Sie bloß unseren seinerzeitigen Vorschlag, mit der Internationalen Schlafwagen- und Touristikgesellschaft in konkrete Verhandlungen zu treten, angenommen, dann stünde zumindest heute der Rohbau, wenn nicht schon das fertige Hotel. Aber man ließ sich auf eine Lizitation durch die Holiday Inn ein, die protzig erklärt hatte, ein größeres Hotel als die Schlafwagensgesellschaft zu erbauen. Und dies ist uns auf den Kopf gefallen. Überlegen Sie sich daher unseren Vorschlag und handeln Sie. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke auch für diesen Beitrag. Als nächster Redner wäre nun Stadtrat Zöchling an der Reihe. Er hat aber zugunsten einer Wortmeldung des Kollegen Schwarz verzichtet und wird nachher reden.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Gestatten Sie mir, daß ich einige grundsätzliche Überlegungen zur Wohnbausituation in Steyr im Zusammenhang mit dem Budget vorbringe. Es ist ja allgemein bekannt, daß die Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr den sozialen Wohnbau vor allem im Gebiet des Wohnbauvorhabens Resthof so wie bisher auch im Jahre 1977 fortsetzen wird. Darüberhinaus ist geplant, daß auch in den übrigen Stadtteilen die Wohnbautätigkeit durch die Neuerrichtung von Wohnanlagen forciert wird. So darf ich darauf verweisen, daß im Stadtteil Ennsleite ein neues Bauvorhaben mit insgesamt 24 Wohnungen entsteht. Dieser Bau wurde bereits begonnen. Im Wehrgraben wird zunächst das Pensionistenwohnhaus mit insgesamt 36 Wohnungen in Angriff genommen. Dieses Vorhaben wird in späterer Folge durch weitere Bauten in der Wehrgrabengasse ausgedehnt und wir hoffen, daß wir damit auch eine Belebung dieses Stadtteiles erreichen können, was zweifellos auch eine Verbesserung der Sozial- und Altersstruktur nach sich ziehen wird. Ich darf darauf hinweisen, daß sich die Verbauung am rechten Brückenkopf im Planungsstadium befindet und auch Gespräche mit einer Steyrer Baufirma über eine Sanierung der Baulücke in der Haratzmüllerstraße im Gange sind. Diese Liste könnte noch fortgesetzt werden. Sie sehen also, daß auf dem Sektor des sozialen Wohnbaues für die nächste Zeit Initiativen gesetzt sind, die dazu beitragen werden, die Wohnungssituation in unserer Stadt weiter zu verbessern. In diesem Zusammenhang darf ich wohl darauf verweisen, daß auch bezüglich einer weiteren Verbesserung der Wohnqualität Überlegungen vorliegen und daß für das Siedlungszentrum Resthof bereits neue Pläne vorhanden sind. Auch ein diesbezügliches neues Modell existiert, an Hand dessen in der nächsten Zeit die entsprechenden Diskussionen abgeführt und Entscheidungen getroffen werden können. Wir werden in der Informationssitzung des Gemeinderates im Jänner dieses Modell vorstellen und glauben, daß diese Vorstellung, die von der bauausführenden Firma Zwettler in diesem Gebiet errichtet wurde, daß diese neue Vorstellung sich wesentlich gegenüber den bisherigen Überlegungen unterscheidet und eine sehr wesentliche Verbesserung darstellt. Ich möchte an dieser Stelle den Mitgliedern des Wohnungsausschusses sehr herzlich für ihre aktive Mitarbeit im abgelaufenen Jahr danken. Es wurden immerhin 11 Sitzungen abgeführt und es konnten 311 Wohnungsvergaben im Jahre 1976 getätigt werden, darunter 150 Neubauwohnungen, Herr Kollege Treml und nicht 120, im Wohnbauvorhaben Resthof. Es kann sein, daß sich Deine Unterlagen mit dem Jahreswechsel nicht treffen, weil die Vergaben und der Bezug ...

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Unverständlicher Zwischenruf.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

... das geht sich nicht ganz genau aus, das gebe ich zu. Es wurden aber 150 Wohnungen im Resthof echt bezogen im heurigen Jahr und ich glaube, das ist doch eine sehr beträchtliche Zahl. Es ist sicher nicht immer ganz einfach, die richtige Entscheidung zu treffen, weil doch die Zahl der Wohnungswerber in jedem Einzelfall weit über der Zahl der zur Verfügung stehenden Wohnungen liegt. Es freut

mich aber, daß trotz dieses Umstandes in nahezu allen Fällen Einstimmigkeit im Wohnungsausschuß erzielt werden konnte. Lediglich in 5 Fällen von diesen 311 waren die Auffassungen unterschiedlich, sodaß Mehrheitsbeschlüsse notwendig waren.

Es freut mich auch, feststellen zu können, daß wir bei dem zuständigen Referenten der OÖ. Landesregierung, Herrn Landesrat Neuhauser, in Förderungsangelegenheiten immer wieder auf größtes Verständnis stoßen und durch das Entgegenkommen dieser Stelle unsere Vorstellungen auf dem Wohnbausektor eine besondere Unterstützung erfahren. Durch die Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 wird sich künftighin zweifellos auch in finanzieller Hinsicht eine Besserung einstellen, wenn ich nur darauf verweisen darf, daß allein die Eigenmitelaufbringung durch diese Novelle um 50 % reduziert wird. Auch die geplante Ausdehnung der Subjektförderung auf Wohnbauvorhaben, die vor 1968 errichtet wurden, wird einen Schritt zur weiteren allgemeinen Verbesserung darstellen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der soziale Wohnbau ist aber nicht die einzige Möglichkeit der Beschaffung von Wohnraum. In den letzten Jahren wurde ein deutlicher Zug zum Eigenheimbau festgestellt. Dies ist zweifellos auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse breiterer Bevölkerungskreise zurückzuführen und die Gemeinde Steyr ist bestrebt, durch Zurverfügungstellung von entsprechenden Grundstücken auch diesem Trend Rechnung zu tragen. Die Aufschließung der Grundstücke im Gebiete der Waldrandsiedlung und die Zurverfügungstellung bzw. der Verkauf von geeigneten Grundflächen an andere Wohnungsgenossenschaften, wenn ich das Beispiel Dorngründe nur stichwortartig anführen darf, zu äußerst günstigen Bedingungen trägt dieser Entwicklung Rechnung und wir sind froh, daß wir auch hier nach unseren Möglichkeiten eine Hilfestellung geben können. Ich darf Ihnen mitteilen, daß in einer gestern durchgeführten Interessentenbesprechung die Bewerber für die einzelnen Parzellen in der Waldrandsiedlung eine Information über die Situierung, Vertragsabschlüsse, Förderungsmöglichkeiten und den voraussichtlichen Grundpreis, der noch zu beschließen sein wird, erhalten haben. In der Liegenschaftsabteilung haben sich bisher 150 Bewerber für diese 90 zur Verfügung stehenden Parzellen gemeldet. Hier darf ich wohl sagen, um diesen Trend zu kennzeichnen, bei diesen Bewerbern handelt es sich, Herr Kollege Treml, sicher nicht um Kapitalisten, sondern es sind durchwegs Arbeiter und Angestellte und es zeigt deutlich die wirtschaftliche Besserung, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten eingetreten ist und auch solche Kreise in der Lage sind, die Mittel für ein Eigenheim aufzubringen, wenn sie ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

....
wenn einer den Antrag stellt, daß man die Gründe für Eigenheimbau zur Verfügung stellt

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

... entsprechend gefördert werden. Ich komme jetzt auf den Einwand zurück, daß seitens der Gemeinde für den Wohnbau zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt werden. Allein die S 11 Mill., die für die Aufschließungskosten für Straßen- und Kanalbau seitens der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden, sind eine echte Wohnbauförderung. Ich glaube, diese Mittel muß man auch in diesem Zusammenhang sehen und man kann nicht sagen, daß die Mittel für die Wohnbauförderung seitens der Gemeinde entscheidend gekürzt wurden, was nicht zutrifft. An der gestrigen Besprechung haben insgesamt von den 150 gemeldeten Bewerbern 84

Personen und Bewerber teilgenommen. Es ist Ihnen aus Gesprächen bekannt, daß der Quadratmeterpreis S 210,- in diesem Gebiet zur Diskussion steht und ich darf Ihnen mitteilen, daß dies auf Grund der Lage und Leistungen auch von den Kaufwerbern als durchwegs günstiges Angebot empfunden wurde. In diesem Betrag sind die Vermessungskosten, die Errichtung der straßenseitigen Begrenzungsmauer und die Zuführung von Wasser- und Kanalanschluß in jede einzelne Parzelle vorgesehen. Darüberhinaus handelt es sich um einen Nettopreis, weil es üblich ist, wenn man eine Grundparzelle zum Hauskauf erwirbt, daß dann kostenlos für den Straßenbau, für die Verkehrswege, entsprechende Grundflächen zur Verfügung gestellt werden, die bei einer Parzellengröße von 600 bis 800 m² in der Regel an die 10 % Grenze gehen. Diese Zurverfügungstellung fällt ebenfalls in der Waldrandsiedlung weg. Es wird im Laufe des Jänner jeder Interessent zu einer persönlichen Vorsprache zum Amt eingeladen. Noch vorher erhalten die Grundwerber entsprechende Informationsschreiben mit einem Parzellierungsplan übermittelt, um auch die Gelegenheit zu haben, sich in der Natur über die Lage der Parzellen zu informieren. Ich hoffe, daß wir damit vielen siedlungswilligen Steyrern eine echte Möglichkeit, auch in ihrer Heimatgemeinde ein Eigenheim zu errichten, bieten. Soweit einiges zum Wohnbau.

Nun noch einige Worte als zuständiger Referent über die Raumfrage im Schulwesen. Voraussichtlich ab dem Schuljahr 1977/78 wird das neue Schulgebäude an der Promenadeschule für den Betrieb fertiggestellt sein. Dadurch ist die Raumnot in diesem Gebiet zweifellos als behoben zu betrachten. Mit diesem Schulbau wird auch den Erfordernissen der Bevölkerungsentwicklung Rechnung getragen und ich glaube, feststellen zu können, daß wir für unsere jüngeren Mitbürger in dieser Hinsicht die entsprechenden Vorsorgen getroffen haben. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß durch die altersstrukturellen Veränderungen in den einzelnen Stadtteilen es künftighin unsere Aufgabe sein wird, diese vorhandenen Schulräume optimal auszunützen, das heißt, daß vor Planung neuer Schulbauten die Möglichkeit von regionalem Ausgleich wahrgenommen werden muß. Die Inanspruchnahme der freien Schulfahrten bietet hier eine ausgezeichnete Möglichkeit und ich könnte mir vorstellen, daß man Wege sucht, Schulsprengelgrenzen auf Grund dieses Umstandes nicht so rigoros wie bisher einzuhalten. Wenn wir, meine Damen und Herren, diesen Überlegungen nicht näher treten, dann werden wir in den innerstädtischen Bereichen unserer Stadt Schulgebäude vorfinden, die leerstehen, während wir an den Peripherien neue Bauvorhaben errichten müssen. Ich glaube, diese Überlegungen sollten wir uns zu eigen machen und in die Planungen einbeziehen.

Ich darf verweisen darauf, daß wir durch die Verbundlichung der Handelsakademie und Handelsschule eine große Anzahl von Schulräumen im Raume Wehrgraben und Aichert freibekommen, die sich nach entsprechender Adaptierung zweifellos auch weiterhin für Schul- oder Schulungszwecke eignen.

Es freut mich besonders, daß die Verbundlichung der städt. Handelsakademie und Handelsschule durch die gute Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Unterricht nunmehr als abgeschlossen zu betrachten ist und die Versuche der Stadtgemeinde Steyr in früheren Jahrzehnten, vielen sind diese Versuche bekannt, die nie realisiert werden konnten, nunmehr unter sozialistischer Führung des Unterrichtsministeriums endlich verwirklicht werden konnten. Die Gespräche wegen einer Verbundlichung der Frauenberufsschule sind ebenfalls bereits in ein sehr konkretes Stadium getreten und die jüngste Aussprache gibt zur Hoffnung Anlaß, daß auch in dieser Richtung bald eine zufriedenstellende Lösung für die Gemeinde gefunden wird. Hier ist auch eine teilweise Änderung des Schultyps im Gespräch, und zwar eine höhere Schule für wirtschaftliche Frauenberufe. Das heißt, daß dieser Schultyp für die Mädchen und Frauen ebenfalls mit Matura abschließen soll. Es

ist das für Steyr eine vollkommen neue Einrichtung. Das wird sich nicht auf die gesamte derzeitige Frauenberufsschule beziehen, aber auf einen Teil dieser Schule. Die Übernahme von Lehrkräften durch den Bund geschieht stufenweise und die Zusagen der Bundesregierung wurden bisher eingehalten. Wir nehmen das mit Genugtuung zur Kenntnis.

Abschließend, meine Damen und Herren, noch ein Wort zur Personalsituation. Ich bin überrascht über die Ausführungen meines Kollegen Wallner über die personelle Unterbesetzung des Stadtbauamtes. Ich weiß nicht, von wo Du die Zahlen hast. Ich kann nur eine Zahl sagen, Du hast gesagt im Hochbau sind nur 2 Bedienstete beschäftigt ...

ZWISCHENRUF STADTRAT MANFRED WALLNER:

Das hat sich schon aufgeklärt.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Wir haben 9 Bedienstete beschäftigt. Ich darf aber auch sagen, daß wir alle sehr froh sein können, daß wir Wege gesucht und gefunden haben, daß wir besonders in Planungs- und Bauangelegenheiten auch außerhalb des Amtes Aufträge vergeben konnten und die notwendigen Arbeiten so durchgeführt werden konnten, weil ansonsten der Personalstand sicherlich in einem wesentlich größeren Ausmaß bei uns notwendig wäre. Ich möchte den Vergleich mit Wels ganz gerne bringen. Wels hat einen Gesamtbedienstetenstand bei einer annähernd gleichen Aufgabenstellung wie Steyr von 1.105. Sie kennen alle die Zahl, die wir heute zur Diskussion haben. Nach dem Dienstpostenplan in Steyr sind es um 335 Bedienstete weniger. Der Personalaufwand in Wels beträgt S 178 Mill., also um S 52 Mill. mehr als der Personalaufwand in Steyr. Ich glaube, wir können mit dieser Entwicklung sehr zufrieden sein und sollten trachten, sie fortzusetzen und nicht eine Aufblähung des Personalstandes anstreben. Ich kenne den Vizebürgermeister Bregartner von Wels sehr gut, er ist ein persönlicher Freund von mir und bei jeder Gelegenheit klagt er mir sein Leid über das Personalproblem. Es ist Ihnen sicher auch bekannt, daß der aOH in Wels im heurigen Jahr allein auf Grund der Personalkosten in drastischer Weise gekürzt werden mußte. Ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir die bisherige Personalpolitik fortsetzen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Schwarz für den aufklärenden Beitrag. Wir kommen nun zum nächsten Sprecher Stadtrat Zöchling.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

In einer der letzten Gemeinderatsitzungen habe ich Ihnen von der geplanten Bildung eines Seniorenrates berichtet. Nunmehr bin ich in der angenehmen Lage mitteilen zu können, daß dieser bereits gegründet wurde und seine Arbeit zu Beginn des Jahres 1977 aufnehmen wird. Seine Aufgabe wird es sein, Entscheidungshilfen für den Gemeinderat, für den Wohlfahrtsausschuß und natürlich auch für das Wohlfahrtsamt zu erarbeiten. Es wird ein Forum unserer älteren Mitbürger darstellen, mit dem Ziel, möglichst im Einklang mit dieser Generation die Probleme zu studieren, Lösungen zu suchen und letztlich durch GR-Beschluß zu verwirklichen. Eine Reihe von Amtsvorschlägen wurden diesbezüglich bereits ausgearbeitet. Einer davon ist die Schaffung eines Seniorenpasses, der unter anderem ermäßigte Karten für kulturelle und sportliche Veranstaltungen, Freifahrten für die städt.

Autobuslinien sowie Eintrittskarten für das Hallenbad enthalten sollen. Wir wollen versuchen, einen Nachmittag im Hallenbad, der ausschließlich den Senioren zur Verfügung steht, zu reservieren. Mit den zusätzlichen Aktionen "Essen auf Rädern" und der Heimkrankenpflege wird versucht, den Kontakt zum älteren Menschen noch zu verstärken. Denn gerade mit der persönlichen Betreuung geben wir diesen Menschen das Gefühl, nicht allein zu sein. Alle diese Vorhaben verfolgen wir mit dem Ziel, die Menschen in unserer Stadt zum Mittelpunkt aller Bestrebungen zu machen. Auch die Ärmsten wurden nicht vergessen. Ich darf von dieser Stelle aus verschiedenen Steyrer Großkaufhäusern, die diese Menschen im Laufe dieses Jahres zu gemütlichen Nachmittagen in Verbindung mit einer Jause eingeladen haben, meinen herzlichen Dank aussprechen. Darüberhinaus wurden von diesen Firmen Warengutscheine übergeben. Trotzdem müssen wir trachten, daß wir diesen Menschen noch mehr Augenmerk schenken.

Unseren Sozialwohlfahrtseinrichtungen wurden in dem vorgelegten Budgetentwurf 1977 jene Mittel zugestanden, die es uns ermöglichen, unseren bisherigen Aufgaben gerecht zu werden, darüberhinaus auch die von mir angedeuteten Vorschläge zu verwirklichen. Ich glaube daher, daß das kommende Jahr 1977 gerade auf dem Gebiet unserer Senioren einiges bringen wird, was wesentlich zur Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen kann. Ich bitte jedoch den Gemeinderat bereits heute, mich bei all diesen Bemühungen zu unterstützen und wenn es notwendig ist, im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten auch die nötigen Mittel bereitzustellen.

Ich bin mir aber sicher, daß alle Mitglieder des Gemeinderates diese Vorschläge begrüßen, denn die Sorge um den älteren Mitmenschen ist keine Aufgabe einer politischen Partei, sie muß ein Anliegen der ganzen Stadt sein.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Zöchling. Als nächster Sprecher ist Kollege Reisner an der Reihe, dann Gemeinderat Radler und Gemeinderat Ing. Fahrnberger.

GEMEINDERAT FRIEDRICH REISNER:

Sehr verehrter Herr Bürgermeister!

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist allgemein bekannt, daß die Personalkosten eine der größten Ausgabenstellen jedes öffentlichen Haushaltes sind. Und Personalkosten setzt man sehr gerne gleich mit der Zahl der Schreibtische und diese wiederum mit der Zahl der Tintenburgen, die sie beherbergen. Das mag vielleicht früher recht gewesen sein, vielleicht gilt es für andere Verwaltungen, auf keinen Fall jedoch stimmt es, was die Stadt Steyr anbelangt. Unser Personalstand dient nicht der Besetzung der Schreibtische. Diese sind auf ein unumgängliches Maß zurückgedrängt und haben sich in den letzten Jahren kaum vermehrt. Unser Personal bestimmt vorwiegend die Verbesserung der Lebensverhältnisse unserer Stadt. So beschäftigt allein die Stadtgärtnerei 22 Mitarbeiter und sie betreuen die Grünanlagen, die Parks, die Kinderspielplätze, unsere Alleen und was es sonst noch alles gibt. In den Kindergärten sorgen allein 50 Kindergärtnerinnen und 12 Helferinnen für unsere Jüngsten. Wenn man noch die Raumpflegerinnen dazuzählt, sind in diesem Sektor 80 Bedienstete beschäftigt. Gerade jetzt ist die Tätigkeit von 75 Mitarbeitern unseres Wirtschaftshofes von entscheidender Bedeutung, denken Sie nur an die Schneeräumung, die praktisch mit dem Schneefall, ganz egal zu welcher Uhrzeit, ob mitten in der Nacht, beginnt und so lange eine Gefahr besteht fortgesetzt wird. Straßenreinigung, Ausbesserungen von kleinen Straßenschäden und dergleichen ist

ebenfalls den Mitarbeitern dieses Zweiges unserer Verwaltung übertragen. Im städt. Zentralaltersheim bemühen sich 119 Mitarbeiter um das Wohl der Insassen. Sie schaffen aber auch das Essen für unsere Pensionistenheime und Kindergärten. Im Rahmen der Wohlfahrtsverwaltung führen wir die Aktion "Essen auf Rädern", die Hauskrankenpflege durch. Ich könnte diese Aufzählung noch lange fortsetzen, wenn ich nur an die Lehrer unserer Musikschulen, an der städt. Handelsakademie und Handelsschule, an der städt. Frauenberufsschule denke, die Volkshochschule heranziehe, unsere Bücherei erwähne und ähnliches mehr. Fest steht jedenfalls, daß das Klischee, welches den Personalkosten anhaftet, nämlich Schreibtischhocker zu versorgen, längst nicht mehr stimmt. Und gerade eine Budgetdebatte ist dazu angetan, dies einmal in aller Deutlichkeit auszusprechen. Von unseren 763 aktiven Mitarbeitern sind nur 145 als eigentliche Beamte der Verwaltung anzusehen. Alle übrigen sorgen in dem bereits von mir angedeuteten Umfang für die Verbesserung der Lebensbedingungen und zum Wohle der Mitbürger der Stadt Steyr. Es würde mich freuen, wenn diese Zahlen nicht nur im Gemeinderat ausgesprochen werden, sondern auch der Bevölkerung zur Kenntnis gelangen, um das Problem der Personalkosten ins richtige Licht zu rücken.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Reisner. Als Nächster Kollege Radler.

GEMEINDERAT JOSEF RADLER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Gestatten Sie mir zur Gruppe 6 des oH und aoH, nämlich zum Straßen- und Verkehrswesen einige Anmerkungen zu bringen.

Zunächst zum innerstädtischen Verkehrsring. Durch den derzeit im Gang befindlichen Ausbau der Dukartstraße wird ein weiteres wichtiges Teilstück des inneren Verkehrsrings fertiggestellt und dadurch zur Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs ein erheblicher Beitrag geleistet. In diesem Zusammenhang muß besonders positiv hervorgehoben werden die vorgesehene Unterführung für Fußgänger im Bereich der Bahngasse. Wenn im außerordentlichen Haushaltsvoranschlag ein Betrag von S 150.000,- vorgesehen ist für ein Detailprojekt "Abschnitt Teufelsbach" dann besteht die begründete Hoffnung, daß schon im Jahre 1978 mit dem Bau dieses letzten Teilstückes des innerstädtischen Verkehrsrings begonnen werden kann und somit die gefährliche Slalomstrecke für Autofahrer über den Leitnerberg beseitigt sein wird.

Gestatten Sie mir auch einiges zu sagen über den bereits bestehenden innerstädtischen Verkehrsring, und zwar darüber, daß in diesem Zusammenhang einige Korrekturen unerlässlich erscheinen. Und zwar ist das ein kurzes Stück von der Kreuzung Wiesenberg bis zur Kreuzung Seifentruhe der Sierninger Straße. Dort müßte geplant und auch getrachtet werden das zu realisieren, daß dort für den stadtauswärtsflutenden Verkehr zwei wichtige Fahrspuren angeordnet werden. Sie selbst als Autofahrer wissen alle, zu welchen Schwierigkeiten es dort kommt und mit dem zunehmenden Verkehr wird auch diese Schwierigkeit ständig steigen. Ein weiterer, vielleicht weniger kritischer aber immerhin auch kritischer Punkt, ist die Kreuzung Wolfernstraße - Seifentruhenumfahrung. Sie haben das sicher selbst schon gesehen, daß dort aus unerklärlichen Gründen es den Planern der Bundesstraße entgangen ist, an der Innenseite der leichten Rechtskrümmung vor der Kreuzung Wolfernstraße eine Haltebucht anzuordnen. In der Außenseite dieser Kurve hat man das getan, bei der Innenseite nicht und so haben wir dort unmittelbar vor der

Kreuzung Wolfbernstraße eine Haltestelle und wenn dort 2 oder gar 3 Omnibusse halten, besteht für die aus der Wolfbernstraße kommenden Fahrzeuge nach links eine komplette Sichtbehinderung. Es müßte getrachtet werden, dort, so wie es dankenswerterweise auf der Seifentruhenumfahrung im Bereich der Hauptschule bzw. Volksschule am Tabor geschehen ist, auch eine Haltebucht mit einer entsprechenden Länge vorzubereiten.

Zur Kreuzung Wolfbernstraße - Seifentruhenumfahrung selbst müßte das Stadtbauamt initiativ werden und der Landesbaudirektion dort eine Umgestaltung dieser Kreuzung vorschlagen und diese Herren könnte man an Hand eines Lokalaugen-scheines bei der vom Stadtbauamt gestalteten, im letzten Augenblick noch umgeplanten und umgebauten Einmündung der Kaserngasse in die Seifentruhenumfahrung eigentlich das vor Augen führen, wie man eine solche Einmündung gestalten soll. Auf Grund der Breite dieser trichterförmigen Einmündung der Wolfbernstraße in die Seifentruhenumfahrung sind die Fahrzeuglenker, die von dort herunterkommen, ratlos, wosie sich hinstellen sollen. Der eine stellt sich zu weit links hin, der andere zu weit rechts, dann stellt sich ein Gekränkter links von ihm hin und so spielen sich dort täglich solche Szenen ab. Stellt er sich zu weit links hin, muß der links Einbiegende links von ihm vorbei usw. Es müßte dort, wenn nicht mehrere Inseln wie es bei der anderen genannten Kreuzung der Fall ist, zumindest eine tropfenförmige Insel in der Mitte angeordnet werden, um dort nach Recht und Ordnung in diesem Kreuzungsbereich zu sehen. Das wäre zu den baulichen Maßnahmen zu sagen.

Ein paar Worte zur Verampelung von Kreuzungen. Hier stünde an der Spitze die dringend notwendige Verampelung des Ennser Knotens mit den Kreuzungen Posthofstraße, Porschestraße, Resselstraße, Kudlichgasse, Taschelried und Azwanerstraße. Hier müßte an den Herrn Bürgermeister das dringende Ersuchen gerichtet werden, an der zuständigen Stelle, nämlich beim Bautenministerium, ständig und immer wieder vorstellig zu werden, um die nun schon zwei Jahre anhängige Verampelung dieser Kreuzung bzw. Kreuzungen endlich zu realisieren. In weiterer Folge erscheint die Verampelung der Kreuzung Sierninger Straße - Seifentruhenumfahrung unerläßlich. Wenn man bedenkt, wie lange die Wartezeiten sind, wird es höchste Zeit sein, Schritte in dieser Richtung zu unternehmen. Für die bereits vorher erwähnte Kreuzung Seifentruhe - Wolfbernstraße wird mit zunehmendem Verkehr - wir geben ja bekanntlich im Jahre 1985 der Vollmotorisierung entgegen - auch dort eine Verampelung dringend notwendig sein. Sie werden selbst schon gesehen haben, daß dort die Fahrzeuge oft schon hinaufreichen bis zur Firma Weindl bzw. Fa. Ratzinger, weil sie auf Grund des Querverkehrs dort nicht einfahren können. In diesem Zusammenhang erhebt sich auch noch eine andere Frage. Wir haben erfreulicherweise gehört, daß im Jahre 1977 mit dem Ausbau der Märzenkellerumfahrung begonnen werden soll. Es soll jetzt schon geplant und getrachtet werden, die dort entstehenden Kreuzungen auch rechtzeitig zu verampeln. In erster Linie und 100 %ig notwendig wird eine solche Verampelung sein auf der neuen Kreuzung Pachergasse, Beginn des Bauloses Märzenkeller bzw. im Bereich der jetzigen Dr.-Klotz-Straße. Weiters wird es notwendig sein, auch die Kreuzung Hubergutstraße - Märzenkellerumfahrung zu verampeln. Über die Verampelung der Zufahrt von den Steyr-Werken zu dieser Umfahrung wird sich sicher der Betriebsrat der Steyr-Werke schon Gedanken gemacht haben und wird sicherlich schon initiativ geworden sein. Dazu will ich nichts sagen.

Zur Sicherheit für die Fußgänger. Erfreulicherweise haben wir im vorliegenden Haushaltsvoranschlag einen Betrag von S 1,100.000,- für Einrichtungen, die die Sicherheit der Fußgänger betreffen, und zwar sind diës die Übergänge Märzen-

keller, ein Fußgängerübergang Ennser Straße und ein Fußgängerübergang oder eine Unterführung beim Krankenhaus. Weiters eine Fußgeherlösung in der Pachergasse. Es bleibt zu hoffen, daß alle diese genannten Einrichtungen recht bald, soweit es die finanziellen Mittel erlauben, auch tatsächlich gebaut werden. Man sollte in diesem Zusammenhang noch in Erinnerung rufen, daß schon einmal über einen Fußgängerübergang im Bereich der Kreuzung Blümelhuberstraße - Schlüsselhofgasse gesprochen worden ist und daß dort ein Übergang mit Rücksicht auf die immer größer werdende Zahl der HTL-Schüler auch notwendig wäre. Ein anderes Kapitel, Asphaltierung von Straßen bzw. laut Budgetvoranschlag Asphaltierung bestehender Straßen und Schaffung von Parkplätzen. Es ist hier ein Betrag von S 5 Mill. vorgesehen. In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage, ob es nicht zweckmäßig wäre, hier eine etwas intensivere Vorplanung und allgemein gesehen auch ein Asphaltierungsprogramm zu erstellen. Man kann sich fallweise im Herbst nicht des Eindrucks erwehren, daß da, nachdem sich verschiedene Änderungen ergeben, einfach frisch darauf los asphaltiert wird, um einerseits das vorgesehene Geld noch in diesem Jahr zu verbrauchen und andererseits auch die Verträge mit den Baufirmen einzuhalten. Selbstverständlich soll bei einem solchen Asphaltierungsprogramm den Straßen mit der stärksten Frequenz auch eine entsprechende Bedeutung zugemessen werden. Nur dürfen die Straßen im peripheren Gebiet nicht ganz vergessen werden. Ich möchte als Beispiel anführen die Zebetnerstraße, die Goldhanstraße und die Haidershofner Straße. Sie kennen sicher diese Straßen, es gibt dort noch Stücke, wo wir gegen ländliche Bereiche einigermaßen im Hintertreffen sind.

Zum Schluß noch ein Wort zur Straßenbeleuchtung. Es ist erfreulich, daß in den letzten Jahren auf diesem Gebiet sehr viel geschehen ist. Es gibt noch einige Stadtteile und Straßenzüge, die eine mangelhafte Beleuchtung aufweisen und es wäre anzustreben, daß auch dort die Beleuchtung verbessert wird. Es gibt sogar noch einen Straßenzug, den ich als Beispiel anführen möchte, im verbauten Gebiet, und zwar genaugenommen befinden sich dort 10 Wohnhäuser, wo es überhaupt keine Straßenbeleuchtung gibt. Und zwar ist das die Feldstraße, beginnend von der Steiner Straße bis sie ein Stück weiter eben wieder auf die Hochstraße trifft. Das wollte ich Ihnen, meine Damen und Herren, zur heutigen Budgetsitzung gesagt haben. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke. Nächster Sprecher ist Kollege Fahrnberger. Anschließend die Gemeinderäte Holub und Mayrhofer.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Das Budget einer mittleren Stadt wie Steyr ist nicht so brisant, wie etwa der Bundeshaushalt. Vor allem die gesellschaftspolitischen Aspekte können mehr oder weniger vernachlässigt werden. Auch scheinen sich die anderen Posten eher von selbst aufzudrängen. Viele Dinge sind halt augenscheinlich notwendig und müssen daher im nächsten Budget berücksichtigt werden. So mag sich mancher denken. Da wir aber anderer Meinung waren und immer noch sind, daß das nicht genügt, haben wir in unseren Debattenbeiträgen der Entwicklung der Stadt immer größeren Raum eingeräumt. Wir haben zwar immer wieder versucht, unsere Gedanken neu zu kleiden, zu variieren, im Grunde genommen hätten wir eigentlich immer wieder dasselbe trommeln sollen. Heute stellt sich nämlich heraus, daß wir genau richtig gelegen sind. Wir haben schon im Dezember 1973 folgenden Antrag gestellt:

Der Gemeinderat wolle beschließen, ab dem Rechnungsjahr 1974 alles zu versuchen, damit die in der Begründung angeführten negativen Erscheinungen Steyrs, satgnieren der Wirtschaft, Strukturschwächen, mangelnde Raum-, Stadt- und Regionalplanung, sinkender Volkseinkommensanteil, sich nicht weiter verschlechtern, sondern verbessern. Leider wurde dieser Antrag von der Mehrheit her abgelehnt! In den weiteren Jahren haben wir immer wieder darauf hingewiesen, daß wir 3 Punkten unser Hauptaugenmerk widmen müssen:

Der Strukturverbesserung, der besseren verkehrstechnischen Einbindung in den Zentralraum und der über die Stadt hinausgehenden Regionalplanung. Für uns kristallisierte sich in weiterer Folge immer mehr heraus, daß der gegenüber anderen Städten Oberösterreichs stark abnehmende Wanderungsgewinn der Bevölkerung ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Lage unserer Stadt darstellt. Ein Spiegelbild, das wir Jahr für Jahr im mehr oder weniger fallenden Verhältnis aus eigenem Steueraufkommen zu den Ertragsanteilen schwarz auf weiß im jeweiligen Voranschlag oder noch genauer im Rechnungsabschluß geschrieben bekamen. Das relative Absinken der Wirtschaftskraft unserer Stadt hat meines Erachtens wieder 3 Hauptangelpunkte. 1. Das verkehrsmäßige Abseitsliegen von den Hauptadern und das Fehlen der geeigneten Anschlüsse an diese. 2. Das Ignorieren der Probleme des Raumes Steyr durch die zuständigen Landes- und Bundesstellen und der fehlende Druck in Richtung Veränderung dieser Situation durch die Organe der Stadt Steyr. 3. Nicht genügend Initiative im eigenen Bereich zur Erkennung und Veränderung der bestehenden Situation. Wir haben in dieser Richtung bei einer öffentlichen Versammlung zu den Nationalratswahlen 1975, die von Traunviertler Kandidaten aller drei im Parlament vertretenen Parteien abgehalten wurde, massiv darauf hingewiesen, daß Steyr zwar immer gleichrangig dem Industrie- und Ballungsraum Linz-Wels - Steyr zugezählt wird, de facto aber nicht mehr mit der Entwicklung der beiden anderen Städte Schritt halten kann. Wir haben auch in dieser Richtung, vor allem in Richtung Verbesserung der verkehrstechnischen Lage durch unseren Abgeordneten Jossek einige Anfragen im Parlament an die zuständigen Minister richten lassen. Nachdem der Antrag auf Erarbeiten einer Willenskundgebung des gesamten Gemeinderates bezüglich Verbesserung der Verkehrsverbindungen und weiterleiten derselben an die zuständigen Stellen vom Verkehrsreferenten der Stadt Steyr als nicht ernst zu nehmend und als Propagandaakt abgetan wurde. "Wir hätten zumindestens früher darüber reden sollen", meinte er. Ja hatte er denn vergessen, daß wir Jahr für Jahr über dieses Thema erstrangig gesprochen haben? Ich hoffe, daß er jetzt anderer Meinung ist, da ja das von Herrn Bürgermeister eingebrachte Entwicklungskonzept für die Stadt fast dieselbe Vorgangsweisen als richtig ansieht und die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse gleich an erster Stelle stellt. Übrigens sind unsere Vorstellungen, die wir bisher hier in Richtung Stadtentwicklung vorbrachten, in irgend einer Form alle im Konzept enthalten, was uns sehr freut, aber leider nicht stolz machen kann, weil das Konzept offensichtlich nicht durch uns initiiert wurde und damit eine Aktion des Gemeinderates gewesen wäre, sondern offensichtlich eine Reaktion auf die Offterdinger Studie ist. Steyr, die Schlafstadt des öö. Ballungsraumes, war halt doch ein ziemlich unverdaulicher Brocken. Ich habe diese Entwicklung der letzten Jahre deshalb kurz angezogen, weil wir im Begriff sind, schon wieder in eine ähnliche Situation hineinzuschlittern. Im Jahre 1977 müssen wir laut Landesgesetz einen gültig beschlossenen Flächenwidmungsplan abgeben. Und es gibt sicherlich niemanden, der behaupten kann, er könne einen halbwegs richtigen, lang haltenden Flächenwidmungsplan erstellen, ohne zu wissen, wo die wirtschaftliche und bevölkerungsmäßige Reise der Stadt hingehen soll. Es muß also ein Ziel bekannt sein und zwar ein Ziel, das

längerfristig gesteckt ist. Und damit sind wir über das vorliegende Entwicklungskonzept hinausgehend wieder beim langfristigen Budgetkonzept, ob es manchen schon über ist oder nicht. Ich halte mich da an die Worte des Herrn Bürgermeisters, der da schrieb: "Weil nur konstruktive Kritik als Ausdruck einer lebensfähigen Demokratie die endgültige Fassung herbeiführen wird." Deshalb bringe ich jetzt eine genauere Erklärung, was wir unter einem langfristigen Budgetkonzept verstehen. Wir meinen damit ein Konzept, das die gewünschte Entwicklung der nächsten 5 Jahre ziemlich genau beschreibt, weitere 5 Jahre als gute Leitlinie dienen kann und darüber hinaus die notwendigen Entwicklungen schon vorbereiten hilft.

Das Konzept soll zumindest in der jeweils 1. Phase Vorlage und Kontrollmechanismus für die jährlichen Budgets sein. Es soll ein Führungsinstrument sein, an dem eintretende Entwicklungen gemessen und eventuell korrigiert werden können. Es soll dazu dienen, rechtzeitig überregionale Planungen einzuleiten und dem Konzept Zuwiderlaufende abzublocken. Dazu ist aber notwendig: 1. Daß der derzeitige Stand genau erhoben wird und alle beeinflussenden Faktoren bezüglich Wirtschaft, Bevölkerung, Wohnverhältnisse usw. analysiert werden. 2. Daß die genaue Entwicklung zumindest der Nachkriegsjahre festgestellt und analysiert wird, damit die Entwicklungseinflüsse besser erkannt werden können. 3. Daß festgestellt wird, wie sich die Entwicklung vollziehen würde, wenn keine neuen Akzente gesetzt würden. 4. Daß ein gewünschtes Entwicklungsziel erarbeitet und detailliert wird. 5. Daß die Abweichungen aus den in Punkt 3 und 4 genannten Entwicklungsrichtungen festgestellt werden und 6. daß die notwendigen Maßnahmen zur gewünschten Korrektur erarbeitet und in zeitlicher und finanzieller Abhängigkeit voneinander richtig in das langfristige Budget eingereiht werden können.

Meine Damen und Herren, wir glauben, daß die zur Ausarbeitung dieser Studie und des langfristigen Budgetkonzeptes notwendigen Mittel die beste Kapitalanlage darstellen würde, die wir seit langem gemacht haben. Weil wir sehen, daß sich Herr Bürgermeister Weiss mehr Gedanken über die Stadt als Ganzes macht, als es früher üblich war, sind wir zuversichtlich, daß diese Arbeiten eines Tages geschehen werden.

Abschließend möchte ich allen Anwesenden, den Bediensteten des Hauses und allen Bürgern dieser Stadt frohe Weihnachten und ein glückliches neues Jahr wünschen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag. Nächster Sprecher Gemeinderat Holub. Anschließend Gemeinderat Feuerhuber.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich verspreche hoch und heilig, daß ich nicht alles, was ich mir im Zusammenhang zu dieser Budgetdebatte erarbeitet habe, Ihnen jetzt noch präsentieren werde, denn ich glaube, daß Redeübungen zu halten nicht die oberste Aufgabe von Gemeindefunktionären ist. Verzeihen Sie mir daher, wenn ich versuchen werde, nicht nach einem schön gefaßten Konzept zu sprechen, sondern nach diesen Gedanken auszugswise das mir wesentlich Erscheinende vorbringe und doch die Zeit etwas zu schonen, wenn mir das auch vielleicht wieder Vorwürfe einbringen könnten. Ich habe in der letzten Zeit immer die Aufgabe gehabt, über Kulturbelange hier in der Budgetdebatte zu sprechen. Auch dieses Mal ist es so, ich durfte mich ein wenig mit den Kulturangelegenheiten in der Stadt auseinandersetzen. Dabei kommt man zu

.....

denselben Gedanken, die schon Herr Vizebürgermeister Fritsch angeführt hat, die Kulturbelange der Stadt sind überwiegend geprägt durch die Tausendjahrfeier. Herr Vizebürgermeister Fritsch hat schon anklingen lassen, daß unserer Ansicht nach die Vorbereitungen zu dieser Tausendjahrfeier allmählich sehr brisant werden. Es stehen uns nicht mehr so viele Jahre zur Verfügung, um alle notwendigen budgetären Maßnahmen zu treffen, die zweifellos notwendig sein werden. Denken Sie nur an die Instandsetzung des privaten und sonstigen auch stadteigenen Althausbesitzes. Da gibt es jetzt eine Erhebung, die zur Folge hat, daß etwa 20 Mill. für diesen einen Zweck aufzuwenden sein dürften. Es gibt Erhebungen, die noch nicht sehr fundamental sind, die sich mit dem alten Stadttheater befassen, von dem wir ja hoffen, daß es bis zur Tausendjahrfeier benützlich sein wird. Wir haben in der letzten Informationssitzung gehört, daß 10 - 20 Mill. - das scheint sehr realistisch zu sein diese Aufwendungen - bereitzustellen sein werden, wenn gleich auch das heurige Budgetjahr Ansätze zeigt, einzugehen auf diese Erfordernisse. Zu diesem alten Stadttheater erlaube ich mir noch eine Bemerkung. Wir haben vor etwas mehr als Jahresfrist im gemeinderätlichen Kulturausschuß ziemlich lange über dieses Problem gesprochen, es hat eine Begehung des alten Stadttheaters gegeben, die für die Teilnehmer bestimmt sehr interessant und aufschlußreich war und die zu dem Ergebnis geführt hat, daß man fast einhellig der Ansicht war, nun gut, führen wir das Haus als Saaltheater. Umso größer war das Erstaunen in der letzten Informationssitzung, als als klarer Tatbestand hingestellt wurde, wir bauen doch wieder ein Bühnentheater. Ich will den Entschluß nicht kritisieren, im Gegenteil, ich finde es sehr wertvoll, daß wieder ein Bühnentheater in diesem Haus untergebracht wird, das immer schon ein Bühnentheater war. Nur glaube ich, hätte man im Bereich des Kulturausschusses auch diese grundsätzliche Sinnesänderung diskutieren können, noch dazu, wo es ohne Risiko gewesen wäre. Ich könnte mir nicht vorstellen, daß sich irgendwelche ernst zu nehmende Einwände gegen diese Änderung der Grundsatzhaltung erhoben hätten, nur ein kleines bisschen demokratischer wäre es gewesen, in dem ursprünglich beschlußfassenden Gremium wieder darüber zu sprechen. Ebenso wie es ein kleines bisschen demokratischer gewesen wäre, nicht den Gemeinderat zu informieren, das mittelfristige Budgetkonzept gilt ab sofort nicht mehr, weil es der Herr Gemeindeferent der OÖ. Landesregierung so bestimmt hat. Wir haben das Budgetkonzept seinerzeit beschlossen, wenn es tatsächlich nicht mehr gilt, so hätten wir einen Beschluß fassen müssen, der die Aufhebung dieses Konzeptes zur Folge gehabt hätte. Daß kein Eingehen auf dieses Budgetkonzept mehr stattfindet, beweist die allgemeine Entwicklung der Haushaltsvoranschläge, wo grundlegende Dinge - auch das ist heute schon angeklungen - nicht mehr Einklang finden.

Weiter zur Tausendjahrfeier. Es wurde auch heute gesagt, daß zur Tausendjahrfeier unbedingt ein Hotel notwendig sein wird. Herr Stadtrat Wallner, Du hast schon drastisch mit Fahne usw. das geschildert. Ich möchte dazu ein zweites Beispiel anführen. Wenn wir nicht mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft versuchen, den Hotelbau tatsächlich zum Erfolg zu bringen, so werden wir wahrscheinlich die Ehrengäste in Zeltstädten nächtigen lassen müssen oder vielleicht nach Linz evakuieren lassen.

Ein ernstes Problem wäre, und zwar auch im Zusammenhang mit der Tausendjahrfeier, die Situation im Steyrdorf. Auch das wurde heute schon massiv genug besprochen. Aber das Problem ist so schwer, daß es nicht unerwähnt bleiben sollte. Eine jubilierende Stadt, so glaube ich, sollte es sich nicht erlauben, einen absterbenden Stadtteil der staunenden Umwelt zu präsentieren. In diesem Zusammenhang natürlich wieder der Einwand unserer Fraktion beim Brückenbau. Es ist nicht

sehr gut, zu sagen, unsere Fraktion stellt sich gegen den Brückenbau, wie es gelungen hat irgendwann einmal. Im Gegenteil, wir begrüßen die Brücken durchaus, das wurde schon sehr oft gesagt. Nur wäre es an sich logisch, wenn man Brücken baut, daß man sich überlegt, wie geht es an den beiden Enden der Brücken weiter. Das, glaube ich, hat mit aufmüpferischem Verhalten etc. von Kommunalpolitikern nichts zu tun, wenn sie sich ernsthaft Gedanken machen über die Weiterentwicklung in der Stadt. Weitere Zeit zu verlieren bei den Überlegungen, was tut man damit, das schien mir doch etwas sorglos mit der Entwicklung, mit der Weitergestaltung des ganzen Stadtteiles, der einen sehr beträchtlichen Teil unseres Stadtgebietes quadratmetermäßig ausmacht, umzugehen. Sehr eng mit den Belangen der Kultur verbunden ist naturgemäß auch der Themenkreis Schule und Kindergarten. Zur Schule wurde durch unseren Fraktionssprecher Vizebürgermeister Fritsch urgiert die Schule in Gleink. Die Einwandbeantwortung, wie das so schön heißen könnte durch Herrn Vizebürgermeister Schwarz war dahingehend, daß wir sehr viele Leerschulräume in der nächsten Zeit in dislozierten Gegenden, von dort aus gesehen dislozierten Gegenden, haben werden. Das ist zweifellos richtig. Nur wenn man schon eine große Siedlung baut wie den Resthof, mit Endausbau - das ist auch schon bis zur Vergasung bekannt - 1.400 Wohnungen, so sollte man doch dieser Siedlung tatsächlich die notwendigen infrastrukturellen Einrichtungen geben. Zur Infrastruktur einer solchen Wohngegend gehört zweifellos eine Schule. Es ist vollkommen richtig, das Problem der leeren Schulräume, das wird uns noch ganz gewaltig beschäftigen. Ob natürlich genau die Einwohner aus Wohngegenden, wo so ein konzentriertes Aufkommen an Schülern zu erwarten ist wie im Resthof, wo überwiegend jüngere Familien einziehen, genau diejenigen sein sollten, die da zum Handkuß kommen mit Fahrklassen, wenngleich auch kein finanzieller Aufwand damit verbunden ist oder kein nennenswerter finanzieller Aufwand damit verbunden ist, das sollte man doch diskutieren.

Beim Resthof bietet sich ein weiteres dringendes Problem an, und zwar die Frage der Kindergartenplätze. Es wurde zwar durch den provisorischen Kindergarten im Resthof, dem wir ja grundsätzlich zugestimmt haben - dem provisorischen Kindergarten haben wir zugestimmt, aber nicht allem, was damit einherging - etwas Abhilfe geschaffen. Die Situation war ja drückend. Aber wenn Sie nicht wollen, daß dieser provisorische Kindergarten ein Dauerprovisorium wird, so verstehe ich nicht ganz, daß kein Ansatzposten in diesem Haushaltsvoranschlag enthalten ist, der sich mit der Etablierung eines weiteren Kindergartens im Resthof befaßt. Man hat durch die Errichtung des provisorischen Kindergartens die Not an Kindergartenplätzen eingesehen. Man sollte aus dieser Einsicht auch budgetär etwas machen. Zu den Kindergärten selbst ist es unverständlich, daß die Ansatzpost oH 280-51 Kindergartenbeiträge unter dem des Vorjahres bleibt, wo doch schon durch mehrere Sprecher am heutigen Tag angezogen wurde, daß immer mehr Eltern in die Situation kommen, daß sie höchstbeitragspflichtig werden. Das ist ganz natürlich aus der allgemeinen Kaufkraftentwicklung unserer Währung her gegeben, daß ein größeres Aufkommen an Kindergartenbeiträgen zu erwarten sein dürfte. Ich bin der bescheidenen Ansicht, daß das auch im Budget seinen Niederschlag finden soll. Ich bin aber nicht bereit, jetzt Groscherln zu klaben, da fehlt's meiner Schätzung nach um 100.000 oder dort ist eine kleine Fehleinschätzung. Das wollte und will ich damit nicht, weil ich gar nicht glaube, daß das in diesem Stil, wie die heutige Budgetdebatte geführt wird, richtig wäre. Vielmehr hat sich jeder der Sprecher bemüht, grundsätzliche Fragen anzuschneiden und so will ich es auch weiter halten. Zum Thema Kindergarten habe ich hier in diesem Haus schon einmal gesagt, daß es notwendig und zweckmäßig sein wird, die Führung der kleinen Gruppen in den

Kindergärten, das ist die Gruppe der Kleinen, wie es so schön heißt, die kleinen Haserln, die gerade mit dem Kindergartengehen anfangen, nicht mit Ganztageskindergarten zu belasten, denn die kleinen Kinder sind ja vielfach, das wissen alle von Ihnen, nicht in der Lage, den Belastungen eines Ganztageskindergartens standzuhalten und sehr viele Eltern lassen die Kinder dann nur halbtags in den Kindergarten gehen, obwohl sie ganztags zahlen müssen. Dafür sind Kindergartenräume blockiert, die bei Halbtagsführung besser ausgenützt würden. Vielleicht eine Bitte in diesem Zusammenhang. Überlegen wir uns doch die Einrichtung von mehr Halbtageskindergartenplätzen.

Der nächste Punkt des Voranschlages, mit dem ich mich auseinanderzusetzen habe und hätte wäre Bau-, Wohn- und Siedlungswesen. Auch hier wurde schon heute sehr viel darüber gesagt. Sehr erfreulich ist an sich die Grundeinstellung des Herrn Vizebürgermeisters Schwarz, der erklärte, daß nicht nur der soziale Wohnbau, sondern vor allen Dingen auch der Eigentumswohnbau im öffentlichen Interesse ist. Dazu eine Anmerkung. Laut Statut wäre die GWG sehr wohl auch berechtigt, Eigentumswohnbauträger zu werden. Ich bin der Ansicht, daß die GWG das auch tun sollte, da ja Eigentumswohnungen, das wissen Sie alle, wenn Sie sich mit Wohnbaufragen befaßt haben, nicht teurer sein müssen als Sozialwohnungen. Die Realität beweist ja, daß Eigentumswohnungen oftmals billiger sind als sogenannte Sozialwohnungen. Das liegt auch ein klein wenig in der Steuermathematik. Bei Eigentumswohnungen ist eine Besserstellung mit der Mehrwertsteuer in der Abrechnung als bei Mietwohnungen. Nur ein Beispiel am Rande. Zu den Wohnbauvorhaben der Stadt hätte ich noch zwei Wünsche. Vorsatz dazu: Es ist gut und richtig, daß die Stadt Altenwohnungen baut, Pensionistenwohnhäuser baut. Es ist absolut vorbildlich, was hier in Steyr geleistet wurde und noch wird. Die Stadt Steyr findet dafür bei anderen Städten große Anerkennung. Nur glaube ich, daß ein guter Teil der alten Mitbürger sehr froh und glücklich wäre, wenn er nicht nur mit Gleichaltrigen in einem Haus sein könnte, sondern daß es sehr sinnvoll wäre, in den Neubauten Kleinwohnungen, Garconnieren, Ein- bis Zweiraumwohnungen für Zwecke der Einweisung von Pensionisten zur Verfügung zu stellen.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Herr Kollege, wir haben diesen Versuch gemacht im Resthof, der nicht funktioniert hat.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Warum hat es nicht funktioniert? Vor allen Dingen ist es an der Kostenfrage gescheitert. Außerdem, soviel ich mich erinnere, war im Resthof dafür ein eigener Block vorgesehen bzw. ein eigenes Geschoß bei diesem Laubenhaus. Das ist es ja, was meiner Ansicht nach etwas reformbedürftig wäre, wenn man in jedes Haus 2 - 3 Wohnungen hineinbrächte für ältere Leute. Da wären die nicht so aus dem Kontakt zur jungen Bevölkerung. Ebenso wäre die junge Bevölkerung, wie sie es heute ist, nicht so kontaktarm zur älteren Bevölkerung. Man könnte da schon etwas Abhilfe schaffen. Vielleicht sollte man das grundsätzlich überlegen. Bei Neubauten wäre noch ein anderer Punkt in das Auge zu fassen, und zwar vor allem der Gedanke an unsere behinderten Mitbürger. Sie wissen selbst, daß es eine ganze Menge behinderter Mitbürger gibt, die mit den rein technischen Anforderungen, die eine Wohnung mit sich bringt, nicht fertig werden. Stellen Sie sich vor, der kann doch nie eine Neubauwohnung in Anspruch nehmen. Er kommt mit seinem Rollstuhl, wenn er querschnittgelähmt ist, nie in seine Wohnung. Man sollte versuchen - ich weiß, daß das wahnsinnig schwierig ist, - aber man sollte es versuchen, Behinder-

tenwohnungen dann und wann ...

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Im nächsten Abschnitt sind 6 solche geplant!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Wunderbar! Ich renne offene Türen ein, das ist umso eher zu begrüßen. Wir werden dann schauen, ob sie tatsächlich da sind.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Kontrolle!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Nicht Kontrolle. Außerdem, Herr Bürgermeister, glaube ich, daß Kontrolle doch durchaus zu den Aufgaben eines Gemeindevandatars gehört und keineswegs ehrenrührig ist.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Das ist ja kein Mißtrauen, Herr Stadtrat!
Breiten Raum hat heute schon der Straßenbau eingenommen. Ein letztes Wort noch zur Straßenverkehrssituation in Steyr. Wir haben gehört, daß die Vollmotorisierung bevorsteht. Es wird zur Entlastung des Straßenverkehrs zweifellos notwendig sein, die Massenverkehrsmittel attraktiver zu gestalten bzw. die meisten Stadtteile oder nach Möglichkeit alle Stadtteile mit Massenverkehrsmitteln zu versehen. Begrüßenswert ist die Installierung der Verkehrslinie auf die Christkindl- bzw. Schlüßlmayrsiedlung, wemgleich man an Routenführung und Fahrplan ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich bitte um mehr Ruhe!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
... doch das eine oder andere noch verbessern sollte. Grundsätzlich bin ich der Ansicht, daß die gesamte Linienführung der städt. Verkehrsbetriebe in Zukunft zu überdenken sein wird. Es wird sich, so denke ich, zumindest im Zusammenhang mit dem Autobusbahnhof ganz von selbst ergeben, daß die Linienführung nicht mehr so sein kann wie bisher. Ich hoffe sehr, daß man bei der Umgestaltung dieser Linienführung das Mitsprechen aller Gemeindevertreter, das Mitsprechenwollen aller Gemeindevertreter nicht als parteipolitisches Interesse oder irgendetwas sieht, sondern die Bereitschaft mitzuarbeiten, mitzudenken an etwas, das, wie wir glauben, alle angeht. Wie ich überhaupt sagen möchte, die Mitarbeit gerade in der Kommunalpolitik sollte nicht nur ein Ja- und Amensagen sein, sondern im Sagen der Meinungen, im Diskutieren von Problemen und ich würde Sie doch sehr ersuchen, Stellungnahmen von unserer Seite, die sich fundamental mit den Problemen der Stadt beschäftigen, nicht als aufrührerisch, gehässig und neuen Stil abzutun, sondern als das ehrliche Bemühen von Kommunalpolitikern, für die Gemeinde mitzuarbeiten. Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke. Als nächster Sprecher Herr Gemeinderat Feuerhuber.

GEMEINDERAT KARL FEUERHUBER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates! Sicherlich gäbe es sehr viel Grundsätzliches zum Voranschlag 1977 zu sagen. Es wurden schon sehr viele Fragen an unseren Finanzreferenten gerichtet. Als sozialistischer Gemeinderat, der im Wehrgraben wohnt und dort auch seine politische Tätigkeit ausübt, möchte ich mich besonders diesen Fragen zuwenden. Ich danke auch meinen geschätzten Vorrednern, die den Wehrgraben bereits in Ihre Gespräche einbezogen haben. Eines darf ich Ihnen versichern, daß wir Bewohner dieses Stadtteiles hochofneut sind über das große Interesse, das von verschiedenen Seiten, in der Regel allerdings von Außenstehenden, unserer Gegend zugewendet wird. Es wird die Romantik unserer alten Häuser und Gassen, der verfallenen Wehranlagen, der Stege und Brücken beschworen. Die herrliche Luft, die biologischen Umweltbedingungen, die Verkehrsabgeschlossenheit sind ebenso Gegenstand von Berichten, wie die sehr günstige Nähe zum Stadtzentrum. Rundfunk und Fernsehen werden bemüht, Wissenschaftler haben eine Zukunftsstudie über eine Terrassenstadt am Südhang zum Wehrgraben ausgearbeitet. Nur einer ist dabei bisher zu kurz gekommen, nämlich der Mensch, der im Wehrgraben wohnt. Abgesehen von der Sendung des Österr. Fernsehens hat sich noch niemand viel Gedanken gemacht, was wir Wehrgrabler eigentlich wünschen, wie wir uns unsere Zukunft vorstellen. Zum Teil wohnen die Hausbesitzer und Mieter dort schon über mehrere Jahrzehnte in ihren Heimen. Sie haben sie von ihren Eltern und Großeltern übernommen, sind dort aufgewachsen und auch alt geworden. Zum Teil sind die Bewohner zugezogen, weil sie die Abgeschlossenheit liebten, die billigen Mieten sie verlockten, dort ihre Bleibe zu suchen. Andere wiederum haben in den wenigen modernen Wohnblöcken ihre Heimstatt gefunden und sind sehr zufrieden, dort wohnen zu können. Dankenswerterweise hat Herr Vizebürgermeister Schwarz schon berichtet, daß wir in Zukunft dort den Pensionistenwohnbau und einen Wohnbau, den W III bekommen und anschließend noch in der Wehrgrabengasse die anderen 2 Wohnblöcke. Viele Betriebe haben geschlossen, nur mehr wenige Betriebsstätten bieten in unmittelbarer Umgebung der Wohnungen einen Arbeitsplatz. Auch Unerfreuliches ist zu melden. Manche Häuser sind verwahrlost, es droht der Verfall. Viel wird nicht mehr investiert, es bestehen aber auch keine realen, von den einzelnen dort im Wehrgraben wohnenden Menschen zu verstehenden Zukunftsorientierungen. Das Problem Wehrgraben ist kein Problem der Architekten, der Städteplaner, es ist eben eine Frage der Soziologen, der Hausbesitzer und der Mieter, der Gewerbetreibenden und der Arbeiter. Dieses Problem kann nicht auf einem Stück Papier mit einigen Federstrichen voll imponierender Aussagekraft gelöst werden. Es muß alle Bereiche umfassen. Ich begrüße daher die Initiative unseres Bürgermeisters, der das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ersucht hat, einen Forschungsauftrag für den Wehrgraben zu vergeben, der alle die von mir angedeuteten Bereiche umfaßt, denn nur so wird sich dieses Problem für alle befriedigend lösen lassen. Was wir brauchen ist ein praktikables Modell, wie ein solcher in seiner wirtschaftlichen Bedeutung zwar wertlos gewordener Stadtteil, durch seine Lebensqualität jedoch unbedingt schutzwürdiger, auch für die Zukunft gesichert werden kann. Mit der Nutzlosigkeit der Wasserkraft allein kann das Urteil über den Wehrgraben nicht gesprochen werden. Die heutige Zeit erkennt andere Werte, als bloß die der Energiegewinnung. Diese Werte aber in Einklang zu bringen mit den vorhandenen Gegebenheiten soll Aufgabe dieses Forschungsauftrages sein. Ich ersuche daher den Bürgermeister, mit Nachdruck dieses Projekt weiter zu verfolgen. Ich glaube sogar, daß es gesamtösterreichisch von Bedeutung ist, hier Lösungsvorschläge auf wissenschaftlicher Basis erarbeiten zu lassen, denn überall gibt es

solche Stadtteile wie unseren Wehrgraben. Die Mitglieder des Gemeinderates fordere ich aber auf, nicht einseitigen Zukunftsvisionen nachzuhängen, sondern wirklich nur einer umfassenden allen Bedürfnissen gerecht werdenden Lösung letztlich ihre Zustimmung zu geben. Der von der Stadtgemeinde Steyr beantragte Forschungsauftrag wird bestimmt eine wesentliche Entscheidungshilfe dabei bilden. Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke. Für den nächsten Beitrag habe ich mir vorbehalten, selbst einige Worte zu sprechen. Ich bitte Kollegen Schwarz daher um die Vorsitzführung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich erlaube mir heute eine Feststellung, die ich nicht oft bei derlei Sitzungen zu treffen vermag, nämlich die, daß sich bereits - das verspürt man in diesem Raum - der Weihnachtsfriede breit macht. Denn die heutigen Beiträge sind durchaus sachlich, absolut für alle vertretbar und ich glaube auch gerade im Sinne nicht nur der Weihnachtsstimmung, sondern gerade im Sinne jener Sachen gelegen, die wir trotz unterschiedlicher parteipolitischer Zugehörigkeit zu vertreten haben.

Gestatten Sie mir, in dieser Atmosphäre doch einige Bemerkungen zu machen, die meinem Ressort zugehören, nämlich dem Kulturreferat. Ich wurde einige Male auch als Bürgermeister heute zitiert und darf zunächst das Kulturwesen streifen, weil es hier gerade immer wieder Reibungsflächen gibt, wenn es darum geht, verschiedene Beitragsleistungen, die Kultureinrichtungen betreffen, zu regeln. Im allgemeinen dürfen wir jedoch behaupten, daß der Bedarf an Kultur und das dazugehörige Angebot ein hohes Zeichen und ein Ausdruck der Lebensgewohnheiten unserer Zeit ist und daß vor allem, je mehr der Bedarf an Kultur steigt, am Kulturkonsum es zugleich ein Ausdruck steigenden Wohlstandes ist. Diese Behauptung traue ich mir sicherlich zu machen und das trifft auch für den Bereich unserer Stadt Steyr zu. Ich hätte gerne gesehen, daß heuer der Gemeinderat bei einigen notwendigen Regelungen der Beiträge im Kulturbereich zur Gänze ja gesagt hätte. Wenn ich nämlich darauf blicke, daß wir in zwei Jahren von der Rechnung 1975 bis zum Voranschlag 1977 im Bereich des Kulturwesens Zuschüsse zu leisten haben werden, die S 2,6 Mill. etwa ausmachen, dann verstehen Sie auch, daß hier schon diese Bemerkung richtig ist. Gerade kürzlich erst hatten wir uns zu beschäftigen mit Erhöhungen der Beiträge für die Musikschule. Hier ist ein Abgang, also ein Zuschußbedarf erforderlich von S 1,677.200,-. An Beiträgen gehen herein S 238.000,-. Das ist nur ein Beispiel dafür, das ich genau so gut für den Theaterbereich anwenden könnte oder teilweise auch für die Volkshochschule, für die Zentralbücherei, für die verschiedenen Maßnahmen des Heimatmuseums, Stadtarchiv sowie Denkmal- und Heimatpflege. Es ist dies zweifellos kein verlorenes Geld, denn Kulturangebot gehört mit zur Bildung und gerade das streben wir in der heutigen Zeit in hohem Maß an.

Nun zu einigen Bemerkungen der bisherigen Diskussionsredner, ohne dem Referenten, Kollegen Fürst, zum Budget etwas vorwegnehmen zu wollen. Es wurde immer wieder betont, was notwendig wäre. Ich möchte aber doch dem Referenten mit den Mitarbeitern, die mit ihm dieses Budget erstellt haben, einige Anerkennung zollen. Erinnern wir uns zurück, wir haben heute einen Voranschlag vor

uns liegen, der im oH völlig ausgeglichen ist und der trotz einer Höhe von rund S 108 Mill. im aoH nur mit S 18 Mill. nicht gedeckt ist. Ich glaube, das ist ein Maß von einer Übersicht und vor allem auch glücklicherweise ein Maß von Bedeckungsmöglichkeit, das wir bisher in den letzten Jahren in diesem Ausmaß kaum gehabt haben. Somit können wir in das kommende Jahr doch mit Zuversicht blicken und uns Dingen widmen, die wir vor uns haben und die wir unbedingt betreiben müssen.

Wenn ich hier das Entwicklungskonzept anschneiden darf, dann bin ich allerdings etwas in einer Zwickmühle deshalb, weil ich gerade mit der Vorlage dieses Entwicklungskonzeptes, das schon mehrmals zitiert wurde, erreichen wollte, daß man sich in diesem Kreis mit allen diesen Fragen beschäftigt. Ich wollte gleichzeitig erreichen, daß man nicht überfallsartig die nächste Sitzung schon bereits zur Beschlußfassung heranzieht, sondern den Fraktionen die Möglichkeit einräumt, es eingehend zu studieren. Wie sich in der Informationssitzung gezeigt hat, habe ich mehr oder weniger den versteckten Vorwurf von den Freiheitlichen und der Kommunistischen Partei gehört, es ist schon reichlich spät zur Behandlung, man hätte das schon tun sollen. Von der ÖVP kam mehr oder weniger die Meinung, es ist noch Zeit, man soll hier nichts übereilen, man soll noch zuwarten. Sie sehen also, die Meinungen gehen bei diesen Dingen sehr stark auseinander. Ich persönlich bin der Auffassung, daß die Zeit nun gekommen ist und wir uns im kommenden Jahr, zu Beginn, mit dem Konzept wirklich beschlußmäßig zu beschäftigen haben müssen. Zu dem von Kollegen Fritsch erwähnten Vorwurf mehr oder weniger, daß die Referenten zu wenig Möglichkeiten hätten, in das Budget einzugreifen bei der Aufbereitung darf ich sagen, man muß hier die Zusammenhänge und die Praxis kennen. Die Praxis geht so vor sich, daß bereits zu Ende des Sommers die Abteilungsvorstände in ihren Bereichen die Übersicht halten, die notwendigen Zahlenmaterialien aufbereiten, die dann später mit dem Rechnungsdirektor, also dem verantwortlichen Beamten für die Erstellung dieses Budgets, besprochen werden und letztlich dann eine Besprechung beim Bürgermeister mit dem Finanzreferenten, mit dem Magistratsdirektor und Rechnungsdirektor und dem jeweils verantwortlichen zuständigen Abteilungsvorstand stattfindet. Diese Aufbereitung dieses Budgets hat sich im allgemeinen durch Jahrzehnte bewährt und es besteht wie gesagt meiner Ansicht nach keine Notwendigkeit, von diesen bewährten Maßnahmen abzugehen.

Die eingeführten Fraktionsobmännerbesprechungen bieten überdies Gelegenheit, zu verschiedenen Dingen in dieser Richtung immer wieder Stellung zu nehmen. Ein kleiner spaßhafter Beitrag - ich kann es mir nicht erlauben, einen solchen auszulassen - möge der Hinweis sein, daß ich auch kritisiert wurde betreffs der Zusendung der Geschenkpakete an unsere alten Mitbürger, die ich, wenn ich irgendwie kann, gerne selbst überreiche. Es macht mir persönlich Freude, mit diesen Menschen in Kontakt zu kommen, ihre Meinungen zu hören und manches Mal auch über Vergangenes zu plaudern. Dabei kommt mir von Fall zu Fall einmal ein Brief zu Ohren, wo hier - Briefkopf Hauptschuldirektor Karl Fritsch, Bürgermeister-Stellvertreter der Stadt Steyr - gratuliert wird auch namens der ÖVP, also als Vizebürgermeister und namens der ÖVP und ich kann mich dabei des Schmunzelns nicht erwehren, daß ich eigentlich auch Gelegenheit hätte, als Bürgermeister der Stadt Steyr namens der Sozialistischen Partei auch meine Glückwünsche damit zu verbinden. Es würde das sicherlich die Großzahl derer, die das Paket empfangen, nicht stören. Aber ich versichere, ich werde das nicht tun. Ich werde nach wie vor hier das Bürgermeisterpapier ausschließlich zu dem Zweck verwenden, für den es geschaffen ist, nämlich Schriftstücke des Bürgermeisters abzufertigen.

Ich werde davon nicht Gebrauch machen.

Zum übrigen möchte ich doch zum mittelfristigen Konzept ein paar Dinge sagen, denn es ist völlig übersehen worden. Es stimmt, der neue Gemeindeferent Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl hat sich zurechtgelegt, hier nicht mehr nur ein Wunschkpaket der Gemeinden zu behandeln, sondern nach Prüfung der einzelnen Gemeinden auch die Dringlichkeit der Zuwendungen aus dem Gemeindeferat vorzunehmen. Dennoch muß ich hier mit Freude feststellen, daß unser am 18. 4. 1974 abgefaßtes mittelfristiges Konzept in weiten Bereichen bereits berücksichtigt ist. Wenn ich an den Neubau der HAK und Handelsschule, verbunden mit der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen denke, wo 1977 der Abschluß erfolgen wird - genau nach unserem Plan. Die Erweiterung der Promenadeschule ist - mit etwas Verzögerung nicht 1976 fertig geworden, wird aber zu Beginn 1977 ihre Fertigstellung erfahren - auch im Konzept enthalten. Bei den Wohnbaumaßnahmen die Aufschließung des Resthofes II und Siedlungsvorhaben, Maßnahmen, die teils eingeleitet, teils im Laufen sind. Die Sanierung des Hauses Ennskai 27 ist auch bereits im Bau. Auch eine Maßnahme, die im Katalog steht. Betreffs der Einwürfe Kindergarten Resthof darf ich darauf verweisen, daß wir mit dem Bundesministerium für Unterricht kürzlich mit Sektionschef Dr. März das Problem Lehrkindergarten in der Nähe der neuen Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen eingehend besprochen haben und die Planung, die vorgesehen ist, vom Ministerium auch berücksichtigt bzw. gedeckt wird. Darüberhinaus die Kindertagesstätte im Resthof, meine Damen und Herren, ist leicht darzulegen, denn in dem Augenblick, wo der Kindergarten fertig ist, wird der jetzige Lehrkindergarten, der ein normaler Kindergarten ist, wieder dem Zweck zugeführt werden können. Zudem werden Sie Gelegenheit erhalten, am 13. 1. in der Informationssitzung des Gemeinderates, das neue Modell zu sehen über das Zentrum Resthof, wo auch ein Kindergarten mit eingeplant ist. Wir brauchen keine Sorgen haben, daß auf diese Dinge vergessen sein könnte. Ich halte das für notwendig zu sagen. Die Hallen- und Freibäder, Lehrschwimmbecken, Saunasanierung, das ist bei uns schon in diesem Bereich behandelt worden. Das steht auch hier, allerdings sage ich wieder mit einiger Verzögerung, nicht 1976 fertig, sondern 1977 mit Beginn der Arbeiten, aber ich glaube auch mit einer raschen Fertigstellung. Die Feuerwehr kommt auch hier entsprechend dieses Konzeptes zum Zug. Feuerwehrzeugstätte Christkindl ist im Plan, das Bootshaus der Wasserwehr und das Ölalarmfahrzeug - ich glaube, mich richtig erinnern zu können - das ist vielleicht schon angeschafft. Ich kann das jetzt nicht auswendig bestätigen. Bezüglich der Wasserversorgung Hochbehälter Waldbrandsiedlung ist bereits in dieser Richtung etwas unternommen. Erschließung und Sicherung von zusätzlichen Wasservorkommen ebenfalls. Hier könnte man den Katalog, ich muß sagen beinahe sind wir 100 % dem Konzept gefolgt. Auch in Hinsicht der Abwasserbeseitigungsanlagen ...

Unverständliche Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

... ist durch die Bildung des Reinhaltverbandes eine völlig neue Situation geschaffen, die es uns rascher gestatten wird als im Alleingang als Stadt Steyr die Ziele zu erreichen, die wir erreichen müssen, wenn wir die Umwelt, wenn wir die Qualität unseres Grundwassers und sonstige Dinge noch verfolgen wollen. Ich könnte eine Reihe dieser Maßnahmen noch heranziehen. Die Dukartstraße, rechter Brückenkopf Schönauerbrücke usw. Also hier Zwischenbrücken die

Brücken. Ich habe mir das angezeichnet. Und etwas, was Gemeinderat Radler erwähnt hat betrifft beispielsweise die Sicherheit des Fußgehers. Allein im Bereich der Fußgehersicherung sind abgesehen von der bereits seit einem Jahr in Betrieb befindlichen Brücke am Blümelhuberberg eine ganze Reihe von Maßnahmen jetzt im Budget für das kommende Jahr angesetzt als Planungspositionen. Nämlich im Märzenerkeller hat das Land Oberösterreich bereits zugestimmt, daß sie mit der Straßenplanung auf Stützen stehend für die Umfahrung Süd auch gleichzeitig die Fußgeherunterführung von der Ennsleite zur Eisenstraße mit übernimmt. Das Schreiben liegt bereits hier auf. Es ist darüberhinaus an der Ennsener Straße eine Planungsposition im Budget eingebaut für eine Unterführung. Das muß geprüft werden, was günstiger ist, Unterführung oder Überführung.

Hinsichtlich der Verhandlungen, die Herr Gemeinderat Radler erwähnt hat, kann ich sagen, daß bereits mit Jänner 1977 die Anboteröffnung für die Vergabe der Aufträge erfolgt. Hier glaube ich auch, ganz in Ihrem Sinne die nötigen Handlungen bereits gesetzt zu wissen.

Betreffs der Parkplätze muß ich sagen, gerade im Umland der Altstadt ist sehr vieles geschehen. Es sind ca. 1030 Parkplätze mit einer Maximalgezeit von etwa 8 Minuten erreichbar. Da kann man wohl sagen, daß die Stadt Steyr in dieser Richtung nicht schlecht versorgt ist.

Ich danke für den Hinweis, daß in der Beleuchtung in Steyr sehr viel geschehen ist. Das könnte ich noch bestätigen.

Die übrigen Maßnahmen, hier zur Tausendjahrfeier kommend. Meine Damen und Herren, hier fühle ich mich persönlich angesprochen. Man sagt, daß nichts geschehen ist. Es operieren ja bereits die Arbeitsausschüsse seit dem Frühjahr 1976, die sich verschiedentlich und unabhängig voneinander mit der Problematik, die in ihren Arbeitskreis hineinfällt, beschäftigen. Ich kann Ihnen versichern, die Vorschläge sind so reichhaltig, daß ich aus der Sicht der Finanzen, die uns zur Verfügung stehen, wahrscheinlich noch einmal den Vorschlag machen muß, überlegt euch die Projekte noch genau, ob wir alle tatsächlich noch durchführen können. Es ist gut so, denn letztlich ist bei einem Mehr an Vorschlägen es leichter, eine Reihung zu finden über die Notwendigkeiten der jeweiligen Vorschläge, als es wären zu wenige. Hier ist erfreulich, daß nach einer 1 1/2jährigen Dauer seit der Zusage von Herrn Landesrat Dr. Ratzeneböck beim Kulturgespräch am Tabor im Frühjahr 1975 nunmehr kürzlich, ausgelöst durch Umstände, die mir nicht ganz genau geläufig sind, die ich mir nur denken kann, ich eine Verständigung erhalten habe, daß das Land OÖ. nunmehr trotz einer Absage im Frühjahr an meinen Kollegen Schwarz bei Besuch im Landeskulturreferat nun dennoch die Zusage als fix gegeben ist, die Stadt Steyr bekommt eine Landesausstellung. Diese Ausstellung bekommt den Titel "Eisenstadt - Eisenzeit". Wir werden das Schloß Lamberg in den Mittelpunkt dieser Ausstellung rücken. Da treffen sich die Meinungen des Landeskulturreferenten auch mit meiner persönlichen. Es wird morgen ein Gespräch mit den Vertretern des Landeskulturreferenten und der Landeskulturabteilung hier im Haus stattfinden, wo alle diese Maßnahmen einer genauen Überprüfung unterzogen werden und wo diese Maßnahmen für die weitere Führung festgelegt werden. Sie sehen, Initiativen sind schon gesetzt.

Schließlich und endlich kann ich doch noch erwähnen, daß hinsichtlich des Vorwurfes, den Herr Stadtrat Wallner gerichtet hat. Dieser Vorwurf ist auch in einer friedlichen Weihnachtsstimmung gekommen, ich werde ihn auch genau so friedlich beantworten. Der Brückenbau Zwischenbrücken ist für alle Parteien hier in diesem Raum eine Notwendigkeit. Darüber gibt es keinerlei Diskussion. Die Ausschreibungen sind hinausgegangen. Wir werden am 28. 1. die Anboteröffnung ha-

ben und werden sehen, welche Vorschläge die einzelnen Projektanten herein-
geben. Ich stehe durchaus nicht an zu erklären, ich halte es sogar für notwen-
dig, im Interesse der gesamten Öffentlichkeitsmeinungsbildung, daß wir im
Rathaus, wenn möglich unten im Raum im Hof, die Ausstellung der Projekte
der Öffentlichkeit zugänglich machen. Damit auch der Steyrer Bürger, der sonst
nicht mit den Planungsabsichten der Stadt so eng vertraut ist, damit jeder, der
diese Straße, diese Brücke benutzen wird, auch die Möglichkeit bekommt, sich
persönlich ein Urteil über die verschiedenen Vorschläge zu machen. Womit noch
nicht verbunden ist, daß diesem oder jenem Projekt die Zustimmung gegeben
wird. Das ist eine Frage der Finanzierung. Ich glaube, daß es absolut verfehlt
wäre zu sagen, die Brücke darf nicht gebaut werden solange nicht der Verkehrs-
fluß völlig neu überlegt ist. Die Tatsache, daß die Brücke auf Klasse 1 ausge-
bildet wird, hat andere Ursachen. Es ist Zeit während der Bauzeit für die Brük-
ken, die Überlegungen zu treffen, die sicherlich einvernehmlich mit der Ver-
kehrspolizei gemacht werden, mit allen Interessenten, die verkehrspolitisch mit
wirken können, daß man die Prüfungen unternimmt, inwieweit der Altstadtbe-
reich durch eine eventuelle Veränderung des bisherigen Verkehrszustandes in
Mitleidenschaft gezogen wird oder zu verbesserten Zuständen kommt. Diese Über-
prüfung ist absolut noch Zeit während des Baues, denn die Tatsache, daß wir
Brückenklasse 1 bauen, dürfte unbestritten sein, wie ich aus dem zustimmenden
Nicken aus dem rechten Flügel hier im Raum sehe. Beim linken Flügel bin ich
mir dessen einigermaßen sicher.

Zum Präsidial- und Planungsausschuß. Meine Damen und Herren, es ist ganz
logisch, daß alle Vorhaben, die planerisch auftreten, die nur zunächst als vage
Gedankengänge existieren, daß die zunächst einmal dem obersten Entscheidungs-
träger, dem Bürgermeister, nahegebracht werden. Ob der heißen mag wie im-
mer, so wird es wahrscheinlich auch künftighin bleiben. Egal, wie die künftigen
Statuten aussehen werden. Das ist unvermeidlich und ist bei uns so wie überall in
den Städten und Gemeinden. Vielleicht noch mehr in den Landgemeinden wie in
den Städten. Es wird daher auch weiterhin so sein, daß Projekte dort zunächst
vorgelegt werden, Pläne, Vorhaben ventiliert werden. Die Prüfungen von Vor-
schlägen dort besprochen werden und ich denke dabei nur an den Flächenwid-
mungsplan. Auch das ist eine Frage, die zunächst auf dieser Ebene vorgelegt
werden wird und dann dem notwendigen Gremium zur Befassung weitergereicht
wird.

Hinsichtlich des Hotelbaues muß ich eines sagen. Hier bitte muß ich einen Vor-
wurf zurückweisen. Denn ohne jetzt in dieser Zeit schon verantwortlich gewesen
zu sein in dieser Frage, muß ich sagen, es hat sich damals auch die sogenannte
Schlafwagengesellschaft an die Stadt Steyr mit Forderungen herangetastet, die
über das Ausmaß der heutigen hinausgegangen wären. Soweit ich informiert bin.
Beide Gesellschaften, die Schlafwagengesellschaft und auch später die sogenannte
Holiday-Inn-Gesellschaft wurden nicht von irgendwelchen Vertretern der Gemein-
de, die der Sozialistischen Fraktion angehören herbeigebracht, sondern aus Ih-
ren Kreisen wurde diese - der Herr Gemeinderat lacht mich an, ich lache zurück,
er weiß, wen ich meine - wurde ja aus Ihren Kreisen uns mehr oder weniger vor-
gestellt. Daß das Projekt mit den Amerikanern nicht funktioniert hat, liegt auf
einer ganz anderen Ebene und ich bin heute noch der Auffassung, daß wir wahr-
scheinlich gut getan haben, den Schritt zur Vertragslösung damals zu gehen. Ei-
ne zweite Frage ist, daß ein Hotelbau dem Grunde nach überhaupt eine privat
initiierte Unternehmung sein sollte und keine von der öffentlichen Hand geführte
Einrichtung sein kann. Wenn wir das Wort von der Unternehmerinitiative, von

Unternehmerverantwortung, was ich gerne bei anderen Unternehmungen, muß ich offen sagen, gebrauche, weil sie dort deutlich sichtbar wird. Kollege Wallner weiß ganz genau wen ich meine. Ich muß in der Frage Hotelbau sagen, hier verläßt man sich ausschließlich auf die öffentliche Hand und möchte hier sowohl in der Finanzierung in die Tasche der öffentlichen Hand greifen, also noch vielmehr bei der Betriebsgesellschaft. Wir sind heute bei einem Stand angelangt, das dürfte in der letzten Informationssitzung auch besprochen worden sein, daß das Ursprungsprojekt im Ausmaß von rund 60 Mill. dem Finanzier zu teuer war, er eine Überprüfung des Projektes vornehmen ließ und das neue Projekt, das auch fertig ist, um rund S 12 Mill. nunmehr billiger angeboten wurde. Ich möchte ganz offiziell nicht den Appell an den Gemeinderat richten. Ich möchte den Appell an die Steyrer Wirtschaft in der Gesamtheit richten, auch daran zu denken, nicht von der Gemeinde zu fordern, baut ein Hotel, sondern hier auch den Appell an die Wirtschaft richten, daß sie mithilft, daß dieses Hotel, das wiederum der Wirtschaft überwiegend dient und der Kommunikation in unserer Stadt und damit auf Umwegen auch wieder der Rentabilität in der Wirtschaft dienen kann, tatsächlich gebaut wird. Ich verhehle nicht, daß die Steyr-Werke in diesem Gedankengang eine nicht unerhebliche Rolle spielen könnten. Auch andere Unternehmungen in einer bestimmten Größenordnung zweifelsohne durch ihre große Zahl von Besuchern aus dem Ausland, die einen relativ hohen Standard im Hotelgewerbe gewohnt sind, daß sich diese ebenso an diesem Projekt wenigstens am Rande mit interessieren und finanziell in irgend einer Form, wie immer, einen Anteil übernehmen könnten. Damit wäre das Projekt in kürzester Zeit meiner Meinung nach gesichert. Soweit darf ich das zu diesen Dingen erwähnen. Ich möchte mir noch ersparen, auf einige weitere Sachen einzugehen, es würde zu lange dauern.

Meine Damen und Herren! Wir haben mit diesem Budget 1977, mit diesem Voranschlag, wiederum Schritte gesetzt, die größer sind als in anderen Budgets vorher. Warum diese Schritte größer geworden sind, hängt zweifellos damit zusammen, daß wir in einer sehr gedrängten Zeit bis zum Jahre 1980 leben und daß wir versuchen müssen, insbesondere die Baulichkeiten die eine längere Zeit in Anspruch nehmen, daß wir die Baulichkeiten, die notwendig sind, um dieses Jubiläumsjahr in würdiger Form begehen zu können, zeitgerecht fertig bekommen. Es kommt dazu, daß hier in dieser Tausendjahrfeier natürlich auch andere Dinge eingebunden sind, die späteren Generationen genauso noch zur Bedeckung ihrer Bedürfnisse dienen werden. Nebenbei ist auch der Müllbeseitigung, wenn ich dem noch ein Wort widmen darf, im Gegenstand von intensiven Gesprächen und auch in dieser Richtung wird sich in allernächster Zeit die Entscheidung ergeben, einen gemeinsamen Verband im Bezirk Steyr oder in unserer Region zu bilden, der sich mit der Beseitigung des sogenannten Wohlstandsmülls beschäftigen wird. Die erfreuliche Nachricht, die ich kürzlich erhalten habe, ist auch mit einem Termin verbunden, nämlich Bautenminister Moser sicherte uns schriftlich und telefonisch zu, am 26. 1. nach Steyr zu kommen. Wir werden in den Mittelpunkt der Gespräche die Märzenkellerumfahrung stellen, das Schloß Lamberg und auch die S 37 und andere Projekte, die mit diesem Ministerium in Zusammenhang gebracht werden können. Ich darf erfreulicherweise sagen, daß die S 37 ursprünglich die Schnellstraße von Enns oder Asten nach Steyr in der Reihung der Kategorie 2 gelegen war. Es ist bereits den Initiativen und dem Nachdruck auch der Stadt Steyr gelungen, nicht erst jetzt, sondern schon vor einiger Zeit, diese S 37 unter die Straßenkategorie 1 einzureihen. Es wird jetzt Aufgabe auch der Landesbaudirektion sein und die Zusicherung der zuständigen Beamten haben wir in dieser Woche erhalten, daß man im Rahmen dieser Reihung versuchen wird,

die S 37, die die Stadt Steyr an den Zentralraum, an die Hauptverkehrsadern besser anbindet, stärker zu betreiben als bisher. Damit glaube ich, können wir schon wieder einen weiteren Schritt zur besseren Infrastruktur auf lange Sicht gesehen erblicken. Bürgermeisterkontakte mit den Umlandgemeinden verstärken noch diese Tätigkeit und ich muß ehrlich sagen, daß ich hier der guten Meinung bin, daß sich die Umlandbürgermeister dessen gewiß sind, daß wir weder eine Eingemeindung anstreben, sosehr es von der Sache her manches Mal begründet wäre, Gebietsteile dem Stadtgebiet einzuverleiben. Ich sage aber ausdrücklich, daß wir hier die Bürgermeister beruhigen können. Aber umgekehrt die Bürgermeister der Umlandgemeinden auch erkennen müssen, daß das Arbeitsplatzangebot für ihre Bürger in ihren Gemeinden in Steyr liegt und nicht anderswo. Daß daher das gemeinsame Interesse unbedingt auch in dieser Richtung erkannt werden muß.

Betreffs der Grundankäufe, die ich hier vermerkt habe von Herrn Gemeinderat Fuchs. Das hängt weitgehend vom Angebot ab. Wir können nicht Millionenbeträge einsetzen ohne zu wissen, was wir kaufen. Ich bin der Meinung, wenn sich günstige Gelegenheiten bieten, dann wird der Gemeinderat jederzeit bereit sein, auch überplanmäßige Ausgaben zu beschließen, wenn es im Interesse der Stadt und deren Entwicklung liegt, solche Gründe zu erwerben.

Letztlich noch ein Wort zur Anerkennung unserer Stadt nach außen hin. Ich glaube mit Fug und Recht sagen zu können, daß die Stadt Steyr aus ihrem vielleicht etwas gewollten Dornröschenschlaf nunmehr doch mehr und mehr Gesprächsthema von überörtlichen Institutionen geworden ist. Nicht zuletzt durch die Maßnahmen, die wir hier in vielen Dingen gemeinsam beschlossen haben. Wenn wir der internationalen Verbindung in dieser Richtung unser Augenmerk zuwenden, dann sehe ich darin einen guten Beitrag zur Verständigung über den deutschen Sprachraum hinaus noch hinzu, und zwar nach West und nach Ost. Wir sollten uns nicht, wie es manchmal bei Beiträgen durchklingt, als der Bittgänger in Gnaden sein mit irgend einem anderen Land wirtschaftlich verkehren zu dürfen, sondern ich bin der Meinung, daß wir als Österreicher, daß wir als Steyrer, anerkannte, gleichberechtigte Wirtschaftspartner sein sollen und sind. Wir haben nicht nur hochwertige Produkte anzubieten, die gerne gekauft werden. Wir haben vor allem auch damit verbunden eine gepflegte Tradition anzubieten mit einem hohen Kulturbewußtsein und vor allem mit einer guten Lebensqualität in unserer Stadt. Ich danke Ihnen, daß Sie mir zugehört haben.

Applaus

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Herrn Bürgermeister für seinen Diskussionsbeitrag. Als Nächsten bitte ich Kollegen Wippersberger zum Rednerpult.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren!

Ich kann mich sehr kurz fassen. Unser Bürgermeister Franz Weiss hat etliches von dem gesagt, was ich sagen wollte bezüglich Brücken und Verkehrsangelegenheiten. Ich darf einige Dinge doch kurz sagen, und zwar Verampelung Kreuzung Sierninger Straße - Seifentruhe. Kollege Radler, da sind wir bereits beim Bund vorstellig geworden. Die Kreuzung Wolfenstraße - Seifentruhe, hier eine Verbesserung durchzuführen in dem Sinne, wie Du gesagt hast mit einer Insel und Bodenmarkierungen, ist zu überlegen. Asphaltierungsprogramm, da muß ich

widersprechen, Kollege Radler. Und zwar insofern, wir haben ein Asphaltierungsprogramm genau beschlossen. Genau nach Straßen beschlossen im Frühjahr und der wertmäßige Inhalt dieses Asphaltierungsprogrammes ist S 5 Mill. Der wird ganz genau eingehalten. Daß es Verzögerungen gegeben hat diesmal, eine Steyrer Baufirma - ich will keine Namen nennen - hat uns ein wenig hängen gelassen. Aber an und für sich wird genau nach diesem Programm vorgegangen. Kollege Fahrnberger, ich weiß nicht, entweder habe ich Sie mißverstanden oder Sie haben mich mißverstanden. Ich bin seit 21 Jahren im Gemeinderat, seit 9 Jahren Stadtrat und Verkehrsreferent. Ich habe hier im Gemeinderat und auch in den Ausschüssen schon wiederholt die Erklärung abgegeben, daß Steyr von Bund und Land jahrzehntelang stiefmütterlich behandelt wurde, was die Zu- und Abfahrtsmöglichkeiten anbelangt.

Das wären meine kurzen Antworten dazu.

Darf ich abschließend als Verkehrsreferent dazu ein paar Worte sagen. Es freut mich, daß auch 1977 das Verkehrswesen, der Bau und Ausbau unserer Straßen, Vorrang genießt. Es freut mich, daß der Umbau und die Neupflasterung des Grünmarktes gerade noch rechtzeitig vor dem großen Weihnachtsgeschäft fertiggestellt wurde und daß der Fahrzeugverkehr wieder flüssig ohne große Umwege und Behinderungen verläuft. Besonders freut es mich, daß der Pfarrberg wieder zur Fußgängerzone wurde. Überhaupt, verehrte Kollegen, kann festgestellt werden, daß die Schaffung von Fußgängerzonen bzw. verkehrsarmen Zonen im innerstädtischen Bereich entgegen starker Befürchtungen, entgegen eines Großteils der Geschäftswelt - Kollege Wallner lächelt, Du weißt schon, was ich meine - sich ausgezeichnet bewährt. Sehr froh bin ich auch darüber, daß der weitere Ausbau des innerstädtischen Verkehrsrings, die Verbreiterung der Dukartstraße, sehr zügig vorangeht und daß es dank der guten Zusammenarbeit der Baufirma, des Magistrates und der Polizei und auch dem Verständnis und disziplinierten Verhalten der Verkehrsteilnehmer bisher zu keinen größeren Verkehrsbehinderungen kam. Ihnen allen sei hier von dieser Stelle aus herzlich gedankt. Wenn es uns gelingt, auch an den anderen Großbaustellen, die uns in den nächsten Jahren ins Haus stehen, sei es die Märzenkellerumfahrung oder der Bau der neuen Enns- und Steyrbrücken, eine ähnlich gute Zusammenarbeit herbeizuführen und wir mit dem gleichen Verständnis und der Disziplin der Verkehrsteilnehmer rechnen können, dann bin ich sicher, daß wir alle Schwierigkeiten, die uns auf diesem Sektor noch erwarten, meistern werden können. Jedenfalls mit der Fertigstellung des Ausbaues der Dukartstraße im kommenden Jahr wird eine sehr wesentliche Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im innerstädtischen Verkehrsring eintreten.

Die großen Leistungen unserer Gemeinde auf dem Verkehrssektor in den letzten Jahren werden von unserer Bevölkerung sehr wohl gewürdigt und daß wir bemüht sind, diese Verkehrsverhältnisse weiter zu verbessern, sehen Sie auch aus dem Budget für 1977. Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Meine Damen und Herren! Wir haben außer dem Referenten keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich darf nun Kollegen Fürst zum Rednerpult bitten und damit die Diskussion abschließen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Hochgeschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Auf Einwendungen und Wünsche, die von einzelnen Rednern der verschiedenen Fraktionen, sei es der ÖVP, FPÖ oder KPÖ im einzelnen im jetzigen Zeitpunkt von mir einzugehen, wäre meines Erachtens fehl am Platz, da ich eingangs meiner Ausführungen zum Voranschlag bereits die Aussage machte, daß Forderungen, soweit sie von Ihnen vor der Erstellung des Voranschlages getätigt wurden, einen größtmöglichen Niederschlag darin fanden. Soweit es sich um Aufklärungen oder Aussagen zu einzelnen Positionen handelte, wurden die Antworten oder Aussagen dazu weitgehend von den einzelnen Referenten oder vom Herrn Bürgermeister dazu ausgeführt. Die Erstellung des Voranschlages wurde in dem Bestreben gemacht, dem Gemeinderat taugliche finanzielle Leitlinien zu geben sowie politische und wirtschaftliche Ziele zu markieren. Es ist ein Kompromiß, wie ich anfangs meiner Ausführungen dazu schon ausführte und somit trotz allen guten Willens mit Mängel für die persönliche Anschauung manches Gemeinderates behaftet. Daß Sie aber einstimmig dem Voranschlag die Zustimmung geben werden, wie aus den Erklärungen der Fraktionssprecher hervorgeht, läßt die Hoffnung dabei aufkommen, daß uns dieser Voranschlag im Jahr seiner Gültigkeit 1977 zu fruchtbarer Zusammenarbeit bei der Realisierung der darin enthaltenen Vorhaben bereit findet.

Ich möchte an dieser Stelle als Finanzreferent jenen Beamten Dank und Anerkennung aussprechen, welche in verantwortungsvoller Arbeit uns alle Unterlagen und Entscheidungshilfen lieferten, kurzum jene Vorarbeiten leisteten, daß dieser Voranschlag zeitgerecht debattiert und beschlossen werden kann.

Ich möchte Sie nun nicht mehr länger ärgern und die Ausführungen noch länger fortsetzen. Das Magenknurren auf der einen oder anderen Ecke ist bereits laut zu hören. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte den Herrn Bürgermeister, über den Voranschlag 1977 abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für das Schlußwort. Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal sagen, es wird in einem abgestimmt der ordentliche Voranschlag der Stadt Steyr, sowohl auch der außerordentliche Teil des Voranschlages, der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr, der Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen, der Voranschlag der Stiftungen und der Dienstpostenplan. Diese Dinge sind alles in allem in einem Beschluß zu erledigen.

Es wird mir umso leichter fallen, die Abstimmung durchzuführen, als ich die Erklärungen bereits kenne. Wer also diesem Voranschlag in seiner Gesamtheit die Zustimmung gibt, den bitte ich, in Anbetracht der Bedeutung dieser Entscheidung, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Ich stelle fest, daß es keine Gegenstimme gegeben hat. Sämtliche Damen und Herren haben aufgezeigt. Der Voranschlag ist somit einstimmig beschlossen. Damit kommen wir zum Abschluß unserer heutigen Sitzung.

Ich möchte meiner Freude Ausdruck verleihen, daß es bei diesem Beschluß zu dieser Einhelligkeit gekommen ist. Es bestätigt sich damit die ordentliche und gewissenhafte Vorbereitung und Erstellung des Voranschlages. Mein Dank, stellvertretend für alle Mitglieder des Gemeinderates, möge dem Finanzreferenten gelten für seine Antragstellung und Berichte und für die gewissenhafte Arbeit. Dem Rechnungsdirektor, der das Rechnungswerk mit seinen Mitarbeitern erstellen mußte und der Druckerei, die sich bemüht hat, zeitgerecht das Rechnungswerk in dieser Form vorlegen zu können. Wir sind heute in der 5. Sitzung des Jahres 1976 am Ende angelangt. Es ist zugleich die letzte Sitzung in diesem Jahr. Wir haben für das kommende Jahr mit diesem Voranschlag Werte von S 479 Mill.

alles in allem zu bewältigen. Dazu darf ich mir die Bemerkung erlauben, daß dieser Voranschlag wie immer ein Rahmen ist, der es gestatten und erlauben muß, Teiländerungen je nach Dringlichkeit der Situation im laufenden Geschäftsjahr durchzuführen. Was nicht heißen soll, daß von vornherein eine Abweichung in dieser oder jener Position beabsichtigt sei. Erfreulich ist auch immer wieder die Feststellung bei derlei Anlässen wie heute, daß trotz der differenten politischen Auffassungen die gemeinsame Grundsatzhaltung in den wesentlichsten Fragen immer wieder im Vordergrund steht und beibehalten wird. Das Klima wird sich naturgemäß im Jahr je nach Antragbehandlung einmal verschärfen, einmal mäßigen. Das liegt in der demokratischen Natur einer Zusammenarbeit, in der Art, wie wir sie betreiben. Erfreulich ist auch die Feststellung, daß es zu keinerlei persönlichen Entgleisungen in diesem Jahr gekommen ist, daß es immer nur Streitfragen in der Sache gegeben hat und das wünsche ich mir vom Herzen als Bürgermeister und Vorsitzender in diesen Sitzungen auch für das kommende Jahr. Persönlich darf ich hier meiner Befriedigung Ausdruck verleihen, daß es auch über den Rahmen der Sitzung hinaus die Gespräche gibt, die es gestatten, von Mensch zu Mensch immer wieder zu verkehren. Darin sehe ich eigentlich auch einen wesentlichen Sinn der Zusammenarbeit und unserer gemeinsamen Bemühungen. Eines haben wir immerhin auch mit unserer gemeinsamen Arbeit erreicht. Wir haben die Respektierung überörtlicher Instanzen für unsere Anliegen für die Stadt und deren Bürger errungen. Das mag uns mit einer gewissen Befriedigung dieses Jahr beenden lassen und zuversichtlich in das kommende Jahr hineingehen. Letzten Endes entscheiden wir mit unseren Beschlüssen nicht nur über Angelegenheiten, die die gegenwärtige Generation berühren, sondern auch über Anliegen, über Maßnahmen, über Folgerungen, die auch nachkommende Generationen im positiven wie im negativen Sinn verspüren werden.

Ich danke daher dem Gemeinderat für das gemeinsame Wollen und gemeinsame Vorgehen. Ich danke schließlich der Magistratsdirektion und der Beamtschaft und allen Bediensteten des Hauses für die Aufbereitung und für die Bereitwilligkeit, im Dienste der Stadt, im Dienste unserer Tätigkeit zu arbeiten. Ich möchte nicht versäumen, auch der Personalvertretung für die vernünftige Haltung bei allen Gesprächen über personalpolitische Fragen den Dank auszudrücken. Letzten Endes darf ich nicht vergessen die gute Protokollführung, die uns wieder heute bewiesen hat, wie rasch es möglich ist, das Protokoll zeitgerecht in Händen zu haben.

Offiziell darf ich Ihnen jetzt allen, die Sie hier anwesend sind, meine Glückwünsche als Bürgermeister zum Ausdruck bringen für ein schönes Fest im Kreise der eigenen Familie, unbeschwert von den Erschwernissen des beruflichen und politischen Lebens und ich darf Ihnen insbesondere für das kommende Jahr 1977 Kraft wünschen, die wir alle gemeinsam benötigen, um die Aufgaben im Interesse unserer Bürger, die wir zu vertreten haben und im Interesse der Entwicklung dieser Stadt, die wir so lieben, zu besitzen.

Damit darf ich die heutige Sitzung für geschlossen erklären.

A p p l a u s

Ende der Sitzung: 19. 15 Uhr

DER VORSITZENDE:



DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Rachmann
Gungelberger Gerde

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Kurt Koyler
Stellmeyer